

Schleswig-Holsteinischer Landtag

14. Wahlperiode

Plenarprotokoll

40. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 25. September 1997

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der3 Zeit vom 1. April 1997 bis 30. Juni 1997

Bericht des Eingabenausschusses Drucksache 14/911

Gerhard Poppendiecker (SPD)
Caroline Schwarz (CDU)
Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Beschluß: Kenntnisnahme und Bestätigung
der Erledigung

Bericht zur Situation der Tourismus-7 wirtschaft in Schleswig-Holstein und Perspektive einer künftigen Tourismus- entwicklung

Landtagsbeschuß vom 11. Juni 1997 Drucksache 14/760

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/965

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Günter Neugebauer (SPD)
Heinz Maurus (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Beschluß: Überweisung an den
Agrarausschuß, den
Wirtschaftsausschuß, den
Umweltausschuß und den
Sozialausschuß

Rückstellungen der Atomindustrie23

Landtagsbeschuß vom 11. Juni 1997 Drucksache 14/782

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/964

Claus Möller, Minister für Finanzen und
Energie
Konrad Nabel (SPD)
Reinhard Sager (CDU)
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoerendonk (SSW)

Drucksache 14/1014

Beschluß: Überweisung an den
Sozialausschuß und den
Finanzausschuß

Bernd Saxe (SPD)
Jost de Jager (CDU)
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
Anke Spoerendonk (SSW)
Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und
Europaangelegenheiten
Sabine Schröder (SPD)
Peter Jensen-Nissen (CDU)
Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Erhalt der regionalen Windindustrie und38
Sicherung des Windenergieausbaus in
Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/983
Änderungsantrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/1011

Anke Spoerendonk (SSW)
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)
Reinhard Sager (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Claus Möller, Minister für Finanzen und
Energie
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Beschluß: Überweisung an den
Europaausschuß und den
Agrarausschuß

Gemeinsame Beratung71

a) Erhalt der BGS-Standorte in Schleswig-Holstein
Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/985
(neu)

b) Einspruch gegen die Schließung der BGS-Schule
in Bredstedt
Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/984

c) Konzeption zur Neuordnung des
Bundesgrenzschutzes (BGS)

Änderungsantrag der Fraktion CDU
Drucksache 14/1010

Klaus-Peter Puls (SPD)
Klaus Schlie (CDU)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoerendonk (SSW)
Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister
Peter Zahn (SPD)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Heinz Maurus (CDU)
Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Beschluß: Annahme

Entschließung zur Wirtschafts- und48
Währungsunion

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNENDrucksache 14/700
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache
14/730
Bericht und Beschußempfehlung des
EuropaausschussesDrucksache 14/961 (neu)

Uwe Döring (SPD)
Bernd Saxe (SPD)
Jost de Jager (CDU)
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)
Anke Spoerendonk (SSW)
Claus Möller, Minister für Finanzen und
Energie

Beschluß: Annahme

Agenda 2000 - Neuordnung der EU-57
Struktur- und Agrarförderung

Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/978

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Beschluß: Annahme in geänderter Fassung

Regierungsbank:

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung.

Erkrankt sind die Abgeordneten Peter Gerckens, Frauke Walhorn, Bernd Schröder und Thomas Stritzl. Wir wünschen ihnen allen von hier aus gute Genesung.

Wegen dienstlicher Verpflichtungen, und zwar wegen der Trauerfeier für die Opfer des Flugzeugunglücks vor der namibischen Küste, sind heute Herr Landtagspräsident Heinz-Werner Arens und Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis entschuldigt. Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene ist außerdem Herr Minister Rainder Steenblock beurlaubt.

Ich rufe Punkt 23 der Tagesordnung auf:

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. April 1997 bis 30. Juni 1997

Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 14/911

Ich erteile dem Berichterstatter des Eingabenausschusses, Herrn Abgeordneten Poppendiecker, das Wort.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe: Guten Morgen!)

Ich habe überlegt: Bislang waren wir immer das Anhängsel nach 18:00 Uhr, und da saßen alle schon auf gepackten Taschen. Jetzt habe ich mich riesig mit meinen Kolleginnen und Kollegen darüber gefreut, daß wir am Donnerstag morgen als erste auf der Tagesordnung stehen,

(Beifall)

und nun stelle ich fest, daß noch nicht alle aus ihren Hotels heraus und hier im Hohen Hause sind.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Im Gegensatz zu dir!)

Wir suchen noch einmal eine andere Zeit, irgendeine finden wir bestimmt.

Wir haben im zweiten Quartal insgesamt fünf Sitzungen durchgeführt. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal sagen: Ich habe alle Fraktionsgeschäftsführer jetzt mit der Bitte angeschrieben, dafür Sorge zu tragen, daß für die Tage, an denen der Eingabenausschuß tagt, keine Sitzungstermine festgelegt werden. Ich hoffe, daß das in Zukunft etwas besser klappt.

Wir haben in diesem Zeitraum insgesamt 133 Eingaben gehabt. Davon sind 100 abgeschlossen worden, 15 sind positiv und 15 nur teilweise positiv beschieden worden. Damit liegen wir im Level; das entspricht ungefähr 30 % der Eingaben. Fünf Eingaben wurden zurückgezogen, und zwei haben wir an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages weitergeleitet.

Lassen Sie mich ganz kurz - ich will auch die zehn Minuten nicht ausnutzen - drei Fälle einmal darstellen. Zum einen haben wir die Härtefälle „Polizei“ gehabt. Es ging um fünf Polizeibeamte, die pensioniert werden sollten, bevor ihre Beförderungsmöglichkeiten zum 1. Oktober ausgeschöpft werden konnten. Es ist uns - so sage ich einmal - in zäher Arbeit gelungen, dies dann doch hinzukriegen, die fünf Beamten zu befördern und sie anschließend in den wohlverdienten Ruhestand zu schicken. Dafür spreche ich den beteiligten Ministerien ein herzliches Dankeschön aus.

(Beifall)

Ich erwähne einen zweiten Fall, von dem Sie gehört haben. Hier wiehert der Amtsschimmel ganz besonders. Hoch lebe der Bürokratismus. Ein Kreis in diesem Lande überbaut 4 qm Fläche eines privaten Grundstückes. Der Besitzer ist bereit, diese 4 qm zu einem Preis von etwas unter 100 DM zu verkaufen. Der Fall läuft über volle neun Jahre, beschäftigt Beamte bis zur Besoldungsgruppe A 15. Und wir haben es nicht geschafft. Wir haben dann im Eingabenausschuß 90 DM gesammelt. Jeder hat seinen Obolus dazugegeben, und dieses Geld haben wir dann dem Petenten überreicht, damit er zu seinem Geld kommt. Das Geld wurde dann von dem Petenten an eine karitative Organisation gespendet. Jetzt kommt der Hammer. Jetzt kommt dieses gleiche Kreisbauamt und sagt, lieber Petent, wir kaufen dir die 4 qm ab beziehungsweise wir übernehmen sie, aber alle Kosten - zum Beispiel für das Katasteramt, Vermessungsamt - bezahlst du. Da fragt man sich wirklich, wo man ist.

Ich komme nun zu einem dritten Fall. Ein Mensch kauft in Scharbeutz ein Gebäude - in dem war früher eine Diskothek -, das auf einer Düne steht. Er erhält die Abrißgenehmigung, weil er dort etwas Neues bauen möchte, nämlich ein schönes kleines Hotel. Er reißt dieses Gebäude ab, da ist jetzt ein großes Loch in der Düne, weil sich das Gebäude mit Keller dort befand. Anschließend erhält er Bescheid, das sei plötzlich eine hochwertige Dünenlandschaft, es könne nicht mehr gebaut werden. Inzwischen hat er eine Baugenehmigung für ein Gebäude mit fünf Gaststätten, aber der Bau des Hotels kann an dieser Stelle nicht genehmigt werden.

An diesem Fall stricken wir noch, weil wir sagen, das kann nicht angehen. Wir machen da einen runden Tisch, wir finden eine Lösung, alle gehen zufrieden nach Hause, und plötzlich sagt eine Behörde, April April, das war's. Wir fangen von vorn an.

Lassen Sie mich zum letzten Fall, dem berühmten „Treckerfall“, kommen. Da steht ein Trecker an einer Bundesstraße. Dieser Trecker stört, weil er Autofahrer extrem ablenkt, denn ein Treckerschild weist auf eine wunderbare Gaststätte hin, die aber von der Straße her nicht einsehbar ist. Wir kriegen diesen Fall im Eingabenausschuß und sagen: Das ist in Ordnung, wir werden uns darum kümmern. Ich bitte alle Behörden, die involviert sind: Laßt uns eine Lösung finden, auch wenn das Gesetz sagt, daß dies nicht sein dürfe. Wir suchen gemeinsam eine Lösung - ich bearbeite diesen Fall mit der Kollegin Caroline Schwarz -, um die Dinge irgendwie zufriedenstellend zu klären, weil es diese landwirtschaftlichen Anhänger überall gibt.

Nun war ich ja der Meinung, man hält so lange still und sagt, okay, wir werden eine Lösung suchen, weil es ein Haus in dieser Landesregierung gibt, das großes Interesse daran hat, daß diese Reklameschilder in der Form - vielleicht ein bißchen anders - dort stehen, weil wir den ländlichen Raum stärken wollen.

(Zuruf von der CDU: Was für ein Ministerium ist das?)

Nein, was macht jetzt die zuständige Straßenverkehrsbehörde? Sie schickt jetzt alle Beamten durch die Lande, damit sie herausfinden, wo diese Dinger stehen. Und sie erhalten natürlich überall eine Abrißverfügung.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Das kann es meiner Meinung nach nicht sein. Ich bitte die zuständigen Verantwortlichen in der Regierung, hier so lange zu warten, bis wir eine Lösung gefunden haben, die alle befriedigt.

(Beifall)

Zum Schluß sage ich: Es kann doch nicht sein, daß es in der Probstei eine Ökobäckerei mit 18 Beschäftigten gibt, das Hinweisschild nun aber weg muß mit der Konsequenz, daß niemand die Bäckerei mehr findet. Der Bäcker sagt, dann muß er einige Leute entlassen. Das kann's nicht sein.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist absurd!)

Wenn denn ein Gesetz nicht stimmt - so meine ich -, verdammt noch mal, dann ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß wir dieses Gesetz entsprechend stimmig machen. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall)

Inzwischen ist das Plenum ja auch fast vollständig versammelt. Ich wünsche uns allen heute einen schönen Tag.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter des Eingabenausschusses. Gibt es zum Bericht Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat zunächst Frau Abgeordnete Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es außerordentlich kurz machen; denn ich möchte mich den Ausführungen meines Vorredners voll und ganz anschließen.

(Beifall bei der CDU)

Ich hätte nämlich genau dasselbe gesagt.

Ich möchte aber trotzdem die Gelegenheit nutzen, einmal etwas zum Eingabenausschuß insgesamt zu sagen: Wir haben in unserem Ausschuß ein außerordentlich gutes, freundschaftliches, kollegiales Verhältnis.

(Beifall)

Die Fraktionszugehörigkeit spielt nur eine marginale Rolle. Das ist meiner Meinung nach gut so; denn dieser Ausschuß ist es, der sich ganz hautnah mit den Problemen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in Schleswig-Holstein beschäftigt.

Ich möchte noch ein zweites loswerden: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen ganz tollen Vorsitzenden!

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten. - Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe mich heute auch einmal zum Bericht des Eingabenausschusses zu Wort gemeldet. Leider wurde mir gerade schon ein Teil meiner Rede weggenommen, aber ich werde es nachher ablesen, damit Sie sehen, daß es seine Richtigkeit hat.

Vor eineinhalb Jahren wurde ich wunschgemäß Mitglied im Petitionsausschuß. Ich hoffte, durch diese Arbeit das Ohr direkt an der Bevölkerung behalten zu können. Als mir in der ersten Sitzung die Justizvollzugsanstalten Lübeck und Neumünster „angedient“ wurden, war ich nicht gerade begeistert. Diese Arbeit nimmt inzwischen einen Großteil meiner Zeit in Anspruch.

Mein erster Besuch in der JVA Lübeck löste noch großes Erstaunen aus. Bis dahin wurden Eingaben aus den Justizvollzugsanstalten offenbar wie folgt behandelt: Eingabe des Gefangenen, Stellungnahme des Anstaltsleiters, hinter die sich dann in der Regel das Ministerium schriftlich stellte.

Ich übernahm sieben Eingaben; inzwischen sind es allein 68 aus Lübeck. Natürlich hat auch die Bürgerfragestunde, die im Februar auf meine Anregung hin erstmals in der Geschichte des Landes in einem Gefängnis stattfand, zu einer zusätzlichen Eingabenflut geführt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Neben Beschwerden über Disziplinarmaßnahmen gibt es zwei Bereiche, die ich kurz erwähnen möchte. Zunächst zu Problemen, die die Petitionsarbeit unmittelbar betreffen, das heißt erheblich erschweren: Uns war aufgefallen, daß immer wieder Petenten mit merkwürdigen Formulierungen ihre Petitionen

zurückziehen. In fast allen Fällen stellte sich dann bei Vier-Ohren-Gesprächen heraus, daß seitens des Personals Druck ausgeübt wurde gemäß dem Motto: Zuckerbrot oder Peitsche. Wenn du zurückziehest, können wir dein Urlaubsgesuch schneller beraten, oder auch umgekehrt nach dem Motto: wenn nicht, dann!

Noch gravierender ist, daß Eingaben zum Teil kontrolliert und/oder von Eingabenrücknahmen Kopien verlangt wurden. So droht die Eingabe zu einer Handelsware zu werden, nämlich Kopie der Rücknahme gegen Vergünstigungen.

Besonders gravierende Mängel gibt es in der medizinischen Versorgung, und das nicht nur aus Personalmangel. Wenn ein Arzt, der Drogensubstitution durchführt, sagt, Drogensüchtige seien keine Kranken, sie müßten nur wollen, erübrigt sich jeder Kommentar.

Ich nenne das Beispiel einer jungen Frau, die über starke Schmerzen klagte, wochenlang nicht richtig untersucht wurde und dann, nachdem ihr in der Uni-Klinik ein äußerlich sichtbarer Tumor entfernt wurde, trotz Rezepts und Auflagen in der JVA vier Wochen lang nicht weiterbehandelt wurde. Ich könnte etliche andere Beispiele nennen.

Inzwischen hat sich ein Mitarbeiter der JVA vertraulich an mich gewandt. Ergebnis: Bestätigung auf der ganzen Linie. Manches ist sogar schlimmer, als ich bisher geahnt habe.

Am 28. Oktober werden der Staatssekretär des Justizministeriums sowie die Leiter der Justizvollzugsanstalten im Eingabenausschuß zu diesen und weiteren Vorwürfen gehört und befragt werden können. Auf dieses Ergebnis bin ich sehr gespannt.

Soviel zu den neuen grünen Tupfern im Eingabenausschuß.

Jetzt kommt das, was ich vorlesen muß, damit Sie mir auch glauben, daß ich dasselbe sagen wollte: Erlauben Sie zum Schluß eine Bemerkung. Ich freue mich auf jede Sitzung des Eingabenausschusses, nicht, weil die Petitionen so fröhlich stimmen, sondern das Gegenteil ist häufig der Fall. Es sind das Arbeitsklima und der Umgang miteinander.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders beim Vorsitzenden des Eingabenausschusses, Herrn Poppendiecker, aber auch bei den anderen Mitgliedern sowie bei den Beteiligten aus der Verwaltung dafür ganz herzlich bedanken.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte es ganz kurz machen. Es wird bestimmt nicht jedes Mitglied des Ausschusses sprechen, aber ich kann natürlich nicht zulassen, daß der Eindruck entsteht, als ob die Leitung des Ausschusses durch Herrn Poppendiecker nur von der CDU und den Grünen gelobt wird. Das wird auch von der F.D.P. gelobt. Dem möchte ich mich ausdrücklich anschließen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit schließe ich die Beratungen. Es ist beantragt worden, den Bericht des Eingabenausschusses zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung zu bestätigen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich begrüße zunächst auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte der Ernst-Barlach-Realschule aus Wedel. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Punkt 29 der Tagesordnung auf:

Bericht zur Situation der Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein und Perspektive einer künftigen Tourismusentwicklung

Landtagsbeschuß vom 11. Juni 1997
Drucksache 14/760

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/965

Ich erteile zunächst dem Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus, Herrn Wiesen, das Wort.

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Berichtsantrag, der auf einen CDU-Antrag zurückgeht, ist eine gute Gelegenheit, sich noch einmal über die überragende Bedeutung des Tourismus grundsätzlich Gedanken zu machen. Ich möchte mich vorab bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Abfassung des Berichts bedanken. Er ist meiner Meinung nach eine ganz hervorragende Diskussions- und Arbeitsgrundlage für uns alle. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Die **Tourismuswirtschaft** ist gekennzeichnet von nur ganz wenigen Großbetrieben. In der Regel handelt es sich um eine große Vielzahl von Einzelanbietern, die gemeinsam ein Produkt zustande bringen müssen, das den Interessenten, den Kunden, angeboten werden kann. Daß dabei die Kooperation dieser vielen kleinen, dieser vielen einzelnen Anbieter von unterschiedlichen Dienstleistungen und die unterschiedliche Teilhabe am Produkt eine wesentliche Rolle spielen, wird deutlich. Dabei wird auch deutlich, daß wir dort noch Spielräume haben, wenn man die sehr positive Tourismusentwicklung eines Großbetriebs wie Damp 2000 im Vergleich zu ähnlichen Anbietern in den Ferienzentren sieht, wo es einige hundert Leute sind, die ein vergleichbares Produkt gemeinsam erstellen. Insgesamt macht der Tourismus in Schleswig-Holstein pro Jahr einen Umsatz von gut 8,5 Milliarden DM. Etwa 80.000 Arbeitsplätze hängen an der Tourismuswirtschaft. Das sind 7,5 % der Erwerbstätigen.

Die Bedeutung für den **Arbeitsmarkt** wird besonders deutlich, wenn man sich folgendes vergegenwärtigt: In den vergangenen zehn Jahren - das heißt Vergleich 1996 zu 1986 - ist die Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet um 25 % - genau 25,5 % - gestiegen. In Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosigkeit in dem 10-Jahres-Zeitraum um - das ist eine sehr schöne Zahl - 1,5 % gesunken. Das ist ein sehr gutes Ergebnis.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Tourismuskreisen wie Nordfriesland, Schleswig-Flensburg ist die Arbeitslosigkeit in dem 10-Jahres-Zeitraum sogar um 20 % gesunken, in Dithmarschen um fast 10 %, in Ostholstein um 3,5 % und im Kreis Plön immerhin um 5,5 %. Das heißt, die

Auswirkungen des Tourismus, natürlich auch anderer politischer Aktivitäten wie der Regionalprogramme, haben dazu geführt, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein positiver als anderswo gestalten konnte, der Tourismus damit zu einem wichtigen Lebensnerv unserer Wirtschaft und darüber hinaus ein Imageträger für andere Gewerbe- und Wirtschaftszweige in unserem Land geworden ist.

Die aktuelle Marktsituation ist von einer leicht rückläufigen Reisetätigkeit der Deutschen und dabei einem verschärften **Wettbewerb** gekennzeichnet, und zwar zur Zeit nicht - wie man vielleicht meinen mag - mit den neuen Bundesländern, sondern vor allen Dingen mit billigem Auslandsurlaub. Wer eine ökologische Steuerreform nicht macht, sollte wenigstens einmal darüber nachdenken, ob es nicht gut wäre, wenigstens das Flugbenzin zu besteuern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Marktsituation wird - noch - nicht durch die neuen Bundesländer entscheidend beeinflußt, sondern bisher haben wir mehr Besucher aus den neuen Bundesländern in Schleswig-Holstein, als unsere Kunden Urlaub in den neuen Bundesländern machen. Das wird aber nicht zwangsläufig so bleiben, sondern wir werden uns erheblich anstrengen müssen, um unsere Position zu halten. Wir werden einen Wettbewerb um den Gast nicht über den Preis gewinnen können. Wir sind ein Land, das nur eine Saison anzubieten hat. Über den Preis werden wir nicht wettbewerbsfähig sein; wir müssen es über die Qualität und die Vielfalt, die wir im Tourismusbereich anbieten, sein.

Was unsere Markteinschätzung günstig macht, sind die hohen Sympathiewerte, die **Schleswig-Holstein** als **Urlaubsland** hat. Das Interesse der Bevölkerung, in Schleswig-Holstein Urlaub zu machen, ist fast doppelt so hoch, wie es die Menschen tatsächlich wahrnehmen. Das heißt, hier muß noch zusätzliches Potential erschließbar sein; jedenfalls muß das unser Ziel sein.

Das Image Schleswig-Holsteins ist übrigens nicht so - wie auch ich mir das manchmal gedacht habe -, daß die Leute von außerhalb in Kategorien wie Ostseeregion, Nordseeregion und Schleswig-Holstein als Land dazwischen denken; vielmehr wird Schleswig-Holstein südlich der Elbe durchaus als ein geschlossenes Gebiet angesehen, in dem es sich lohnt, Urlaub zu machen. Wir können also - auch wenn wir jetzt einige Rückschläge gehabt haben - davon ausgehen, daß Schleswig-Holstein im Tourismus im Bundesgebiet eine

Top-Stellung behalten wird, wenn wir unser Angebot ständig verbessern. Wir können mit gesundem Selbstvertrauen in die nächsten Jahre gehen. Dabei wird die Stabilisierung auf hohem Niveau und nicht der Aufbau zusätzlicher Bettenkapazitäten unser Ziel sein.

Der Tourismusbereich ist natürlich auch Schwerpunkt der Förderpolitik des Landes. Für **Infrastrukturförderung** haben wir zum Beispiel 1996 18,4 Millionen DM ausgegeben, für die betriebliche Förderung 4,3 Millionen, für die Marketingförderung 3,4 Millionen. Hinzu kommen viele indirekte Leistungen wie Hafenausbau, Wirtschaftswegebau, Direktvermarktung, Radwegebau, Museen, Musikfestival und anderes mehr.

Auch die **Tourismuskonzeption** des Landes, die gemeinsam mit den Verbänden und Organisationen erarbeitet worden ist, sozusagen als gemeinsamer Handlungsrahmen, ist eine wichtige Grundlage. Dabei wird die Partnerschaft zwischen der Wirtschaft als den Hauptbeteiligten, den Hauptverantwortlichen, den Tourismusgemeinden, den Tourismusverbänden und dem Land, das eine große Mitverantwortung für das touristische Produkt insgesamt trägt, auch wenn es im Angebot selber nicht auftritt, deutlich.

Die Tourismuskonzeption, die 1995 gemeinsam und einmütig mit im Tourismusbereich Handelnden beschlossen wurde, ist eine gute Grundlage für eine zukunftssichere Entwicklung des Tourismus in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Dabei ist der sanfte und nachhaltige Tourismus in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt worden, die Schonung der natürlichen Ressourcen, Umwelt, Natur, Landschaft als wichtigstes Kapital des Tourismus. Die Umsetzung dieser Tourismuskonzeption ist bisher ganz erfreulich vorangegangen, auch wenn wir längst nicht am Ende sind, sondern noch viel zu tun bleibt. Seit Inkrafttreten der Tourismuskonzeption sind bereits viele neue Umsetzungsschritte erfolgt: die Qualitäts- und Dienstleistungsoffensive, die wir mit den Organisationen und Verbänden zusammen machen, der Ausbau des Informations- und Reservierungssystems, die Aufstockung der Werbungskostenzuschüsse trotz Haushaltsenge, die Förderung der Beratungsstelle Tourismus und Umwelt beim Fremdenverkehrsverband, neue Campingplatzverordnung, Förderung von Tourismuskonzepten in Nordfriesland, Ostholstein, Plön, Dithmarschen, Aktionsplan Vorsorge- und Rehabilitationsstandort Schleswig-Holstein - denn wie

wir alle wissen, haben wir in den Kur- und Reha-Bereichen massive Einbrüche, weit über den Durchschnitt hinausgehend; wir befürchten 1997 einen Rückgang im Kur- und Reha-Bereich um ungefähr 30 %.

(Unruhe)

Natürlich beschäftigen wir uns mit vielen, vielen weiteren Fragen, die im Tourismus eine Rolle spielen - Tax-Free-Handel oder EXPO 2000 oder der Frage der Strandbefahrung in St. Peter-Ording und anderem. Insgesamt wird wichtig bleiben, daß die Konzeptionen in der Region gemacht werden, in den Gemeinden, von den Tourismusveranstaltern; wir können dabei nur helfen.

Die wichtigen Handlungsfelder sind in der Tourismuskonzeption festgelegt, die gleichzeitig ein **Handlungsrahmen** für uns alle ist. Die Schwerpunkte innerhalb dieses Rahmens ergeben sich sozusagen aus den Regionen in der jeweils speziellen Ausprägung. Wir müssen spezielle **Produktprofile** für die einzelnen Regionen, für die einzelnen Urlaubsgebiete entwickeln. Nicht jede Region darf dasselbe anbieten. Ein Stück weit abgestimmt vorzugehen, macht das Ganze erfolgversprechender.

Ein ganz wichtiger Schritt voran ist dem Fremdenverkehrsverband, der seit ein paar Tagen **Tourismusverband** Schleswig-Holstein heißt,

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dadurch gelungen, daß er die **Werbeaktivitäten** - was seit langem auch ein Anliegen vieler in diesem Hause ist - unter einer „Dachmarke“ zusammengefaßt hat, so daß wir aus den einzelnen Werbeaktivitäten der Regionen und der Gesamtimagegewerbung des Landes bis hin zu den Zimmervermietern immer wieder dasselbe Logo ins Bewußtsein der Menschen bringen und damit Synergieeffekte auslösen, mit weniger Geld mehr erreichen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Das ist eine große Leistung, um die uns viele beneiden. Insgesamt werden wir darüber nachdenken müssen, wie wir auf das sich immer weiter ausbreitende All-inclusive-Konzept anderer Regionen antworten werden, denn bei uns gilt in vielen Landesteilen noch das All-exclusive-Prinzip. Können wir hier vielleicht mit

Kooperation etwas erreichen? Wir sind zum Beispiel mit ZugBus im Gespräch. Kann man es erreichen, daß die Kurkarte mehr den Charakter einer Berechtigungskarte als das unfreundliche Outfit einer zusätzlichen Abgabe bekommt? Wie der Kauf der Bahncard bei der Deutschen Bahn AG das Fahren zum halben Preis ermöglicht, sollte die Kurkarte auch Ermäßigungen beim Eintritt in Museen, zu Stränden, in Theater und Konzerte und beim öffentlichen Personennahverkehr ermöglichen. Wenn uns das gelingen würde, würde die Kurkarte an Attraktivität gewinnen und ihre abschreckende Wirkung verlieren.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Ich hoffe, daß ein solcher Weg gefunden werden kann. Wir wollen im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun, um diesen Weg zu finden. Ich wäre dankbar, wenn auch die Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses bei Unterhaltungen, die sich so ergeben, den Tourismusveranstaltern diese Argumente vortragen könnten.

Insgesamt hat sich in Schleswig-Holstein eine Partnerschaft zwischen den Tourismusveranstaltern der einzelnen Sparten und Branchen auf der einen Seite und der Landesregierung auf der anderen Seite etabliert. Die Kooperation muß Grundlage dafür sein, daß wir in der Produktgestaltung und -vermarktung noch besser zusammenarbeiten. Der Wille ist auf allen Seiten vorhanden; das ist gut so. Diesem Willen muß jetzt mehr Handeln folgen, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Dann sind wir auch auf einem guten Weg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Tourismusminister Wiesen hat eben überzeugend dargestellt, daß der **Tourismus** einer der wichtigsten Wirtschaftszweige dieses Landes ist. Daß der Tourismus noch nicht überall, auch in diesem Hause nicht, die ihm gebührende Aufmerksamkeit findet, liegt vielleicht daran, daß sich dieser Wirtschaftszweig aus vielen Tausenden kleinen

Unternehmensbereichen zusammensetzt, die beim Arbeitsplatzabbau in den Medien nicht die Beachtung finden wie Entlassungen in einem Mittel- oder Großbetrieb. Dennoch ist der Tourismus eine der Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins. Deswegen war es wichtig, den Tourismus mit der **Tourismuskonzeption** 1990 und ihrer Fortschreibung 1995 sowie mit der Bestellung eines Tourismusministers und der Verknüpfung des Tourismus mit der Politik für den ländlichen Raum aufzuwerten.

(Beifall bei der SPD)

Noch nicht alle wissen, daß Schleswig-Holstein das tourismusintensivste Bundesland Deutschlands ist. Alle, die am Tourismus Geld verdienen oder für ihn Verantwortung tragen, sind gut beraten, diesen Platz zu verteidigen. Der Bericht der Landesregierung weist nach, daß die Tourismuskonzeption dafür den entsprechenden Rahmen gesetzt hat. Die Konzeption wurde vielleicht auch deshalb so akzeptiert, weil sie, wie der Minister betont hat, unter Beteiligung aller wesentlichen im Tourismus vertretenen Persönlichkeiten des Landes Schleswig-Holstein zustande gekommen ist. Die Landesregierung muß dabei Partner und Vordenker und wahrscheinlich auch Moderator sein.

Diese Kooperation entbindet aber die Verantwortlichen für den Tourismus in den Verbänden, in der Wirtschaft und in den Gemeinden nicht von der Pflicht, sich um die qualitative und innovative Verbesserung des Tourismusprodukts Gedanken zu machen, statt nur von der Landesregierung mehr Hilfen für die Tourismuswerbung zu verlangen.

(Beifall bei der SPD)

Der Bericht der Landesregierung hat aus meiner Sicht bewiesen, daß es richtig war, mit der Konzeption von 1990 einen **sanften Tourismus** einzuleiten. Schleswig-Holstein hat dabei ein unverwechselbares Profil entwickelt. Wie wir wissen, hat es sich auf der Liste der beliebtesten Urlaubsorte für deutsche Urlaubsuchende auf den weltweit fünften Platz positioniert.

Mehr als alle anderen Landesregierungen hat sich diese **Landesregierung** - das Lob will ich ihr aussprechen - um **Innovation** gekümmert und damit die **Attraktivität** des Tourismuslandes Schleswig-Holstein gestärkt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will dafür einige Beispiele nennen, weil Herr Kollege Kubicki uninformiert zu sein scheint. Ich nenne eine Vielzahl geförderter Maßnahmen im Bereich des sanften Tourismus bis hin zum Verbot der Strandbefahrung in St. Peter-Ording. Hervorheben will ich die wahrhafte Pionierarbeit beim Aufbau eines landesweiten Informations- und Reservierungssystems, das touristische Verkehrskonzept, die Entwicklung touristischer Umweltbilanzen, regionale Tourismusentwicklungsprojekte

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und erst die Radwegeansätze!)

und den Ausbau eines Ostseeküsten-Radwanderweges, den Sie - wie ich auch schon - benutzt haben, bis hin zu dem jetzt im Entstehen befindlichen neuen Fernradwanderweg auf dem Ochsenweg.

Herr Kollege Kubicki, der Bericht der Landesregierung weist zugleich aber auch auf die Gefahren für den Tourismus hin, auf die Grenzen der Nachfrage und auf den verschärften **Wettbewerb**. Bei allen Diskussionen über den Rückgang der Übernachtungszahlen in den letzten zwei, drei Jahren sollten wir nicht vergessen, daß es in den einzelnen Regionen große Unterschiede gibt und daß die statistische Erfassung der Übernachtungen nicht aussagekräftig ist, weil nur gewerbliche Vermieter mit mehr als acht Betten erfaßt werden und weil die Rückgänge auf einem sehr hohen Niveau stattgefunden haben. Um so mehr aber sind Kreativität und Einfallsreichtum gefordert, wenn wir im stärker werdenden Wettbewerb bestehen wollen.

Herr Kollege Kubicki, Sie haben in den letzten Jahren den sanften Tourismus zwar heftig bestritten. Die Sozialdemokraten werden diesen Weg aber unbeirrt weitergehen, weil wir nur mit einer intakten Umwelt und einer intakten Natur Geld verdienen können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P]: Mit einem guten Wetter vielleicht auch!)

Deshalb ist der sanfte Tourismus nicht nur ein Gebot der Ökologie, sondern auch ein Gebot der Ökonomie.

(Beifall bei der SPD)

Der Tourismus steht wegen des internationalen Wettbewerbs und vor allem auch wegen der Dumpingpreise im Mittelmeerraum vor großen Herausforderungen. Diesen Herausforderungen müssen sich alle Verantwortlichen in Schleswig-Holstein

stellen. Der Tourismusverband hat mit der neuen Organisationsstruktur und mit der Prägung der "corporate identity" den richtigen Weg eingeschlagen. Er muß jetzt auch noch einen Weg finden, wie die Verantwortlichkeiten der regionalen Verbände bestimmt werden. Wir müssen im Fremdenverkehr mit der Kirchturmspolitik Schluß machen. Nachdem ich in diesem Lande bei den Tourismusgemeinden weit herumgekommen bin, mußte ich feststellen, daß das egoistische gemeindliche Denken immer noch weit verbreitet ist. Wir brauchen sowohl bei den Tourismusangeboten als auch bei der Tourismusvermarktung eine Regionen und Kreise übergreifende Kooperation.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Danke schön, Frau Kollegin Kähler. Ich weiß, daß Sie sich seit Jahr und Tag um den Tourismus im Bereich Plön verdient gemacht haben. Deswegen werden Sie es gemeinsam mit mir auch begrüßen, daß jetzt endlich die **Norddeutschland-Werbung** verstärkt werden konnte. Davon wird Schleswig-Holstein in besonderer Weise profitieren, wenn es uns gelingt, den Norden Deutschlands gegenüber dem Süden Deutschlands stärker zu profilieren.

Weitere Chancen für den Tourismus in Schleswig-Holstein sehe ich, wenn wir uns stärker auf bestimmte **Zielgruppen** orientieren. Der Kollege von Hielmcrone wird nachher noch etwas zu den Kulturinteressierten sagen. Ich denke, es geht auch darum, sportlich Aktive, Radfahrer, gesundheitsorientierte Menschen und Senioren stärker in der Zielgruppenerfassung zu berücksichtigen. Weiter wird es darum gehen, die Werbung und die kommunale Infrastruktur an einem geänderten Nachfrageverhalten der Touristen zu orientieren.

Notwendig ist angesichts von Internet und der leichten Buchbarkeit von Urlaubsbetten überall in der Welt, sich auf dieses geänderte Buchungsverhalten und die veränderten **Informationstechnologien** einzustellen. Trotz der Millionenförderung durch das Land - der Herr Minister hat darauf hingewiesen - im Bereich des Aufbaus des landesweiten Informations- und Reservierungssystems gibt es leider immer noch viele Gemeinden und Hoteliers und Gastgeber, die wegen ihres Kirchturmdenkens nicht bereit sind, ihre Hotelbetten an das landesweite Informationssystem anzuschließen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr kurzsichtig!)

- Sehr kurzsichtig! Ich teile Ihre Auffassung, Herr Kollege Matthiessen.

Sie werden mir sicherlich auch zustimmen, wenn es darum geht, den Minister bei der Fortsetzung der **Qualitäts- und Dienstleistungsoffensive** zu unterstützen. Die beste Werbung nämlich nützt doch nichts, wenn das vom Urlauber Erlebbare und Genießbare nicht mit der Werbung übereinstimmt.

Lassen Sie mich ein Wort zu den **Finanzen** sagen. Die Herausforderungen können nicht nur dadurch gelöst werden, daß man beim Land anklopft und sagt: „Wir brauchen mehr Mittel!“ Wir haben in den letzten Jahren viele Mittel für den Fremdenverkehr im Bereich der Infrastruktur und der Werbung bereitgestellt. Nein, wir müssen erwarten, daß die Gemeinden selbst alle Einnahmемöglichkeiten ausschöpfen.

Niedrige **Fremdenverkehrsabgaben** oder gar ihre Abschaffung, wie wir lesen können, mögen im Hinblick auf die nächste Kommunalwahl kurzfristig Erfolge zeigen. Dauerhaft sind sie für die touristische Entwicklung vor Ort von Nachteil.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Auch bei der **Kurtaxe** ist Kreativität gefordert. Sie ist nicht mehr zeitgemäß. Sie ist imageschädigend. Der Hinweis des Herrn Ministers, auch semantisch eine Korrektur vorzunehmen, ist originell und interessant. Das Wort „Berechtigungsschein“ ist positiv besetzt. Wenn es uns gelingt, über die Nutzung des örtlichen Schwimmbades hinaus andere Ressourcen bis hin zum ÖPNV anzusprechen, wäre das sicherlich eine Stärkung der Attraktivität des Tourismusstandorts Schleswig-Holstein.

Dennoch müssen wir uns Gedanken darüber machen, ob wir nicht neue Erhebungsformen finden. Wir sollten versuchen, darüber nachzudenken, ob nicht eine neue Form der Fremdenverkehrsabgabe

(Zuruf von der CDU: Zusätzliche?)

die Kurtaxe ersetzt und damit all jene einbindet, die wirtschaftlich vom Tourismus einen Vorteil haben - angefangen beim Hotelier über den Badearzt bis hin zum Einzelhändler.

Schleswig-Holstein braucht nicht mehr Gästebetten, sondern mehr qualitativ besser ausgestattete Gästezimmer und

(Reinhard Sager [CDU]: Gäste!)

Gästehäuser.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auch - lassen Sie mich das zum Abschluß feststellen - mehr Unterstützung aus Bonn.

(Zurufe von der CDU: Ach?)

Dabei denke ich an die **Korrektur der Gesundheitsreform**, die - wie Ihnen bekannt ist - zu desaströsen Auswirkungen bei den Arbeitsplätzen und in den Kurbetrieben geführt hat. Ich denke an die Gefahren aus der Abschaffung des **Tax-Free-Systems** - der Minister hat darauf hingewiesen -, und ich fordere eine Reform der Tourismusstatistik ein,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ausgerechnet Sie wollen Tax-Free haben! Das ist stark!)

damit wir endlich stabile Datenmaterialien haben und nicht nur die Betten in Häusern mit mehr als acht Betten erfaßt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir wollen Tax-Free für alle! - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

Günter Neugebauer [SPD]:

Ausdrücklich - man soll ja mit einem Lob abschließen - erkenne ich an, daß mit Hilfe von F.D.P., CDU und SPD in Bonn endlich eine Neuorganisation der Tourismuswerbung auf den Weg gebracht worden ist, der Aufbau eines bundesdeutschen Reservierungssystems und eine Imageaktion zur Stärkung des Deutschlandurlaubs.

Ich finde, daß dieser Bericht eine Grundlage nicht nur für die Diskussion im Ausschuß, sondern auch im Land ist, weil es darum geht, den Herausforderungen der Zukunft gemeinsam zu begegnen. Da spielt die Landespolitik eine Rolle. Es geht aber auch darum, jene

einzubinden, die in den Verbänden, in der Gemeindepolitik und in der Wirtschaft Verantwortung tragen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der **Tourismus** zählt zu den weltweit am stärksten wachsenden wirtschaftlichen Aktivitäten. Er bietet für viele Länder attraktive Einkommensmöglichkeiten. Sein Anteil an der weltweiten Wertschöpfung beträgt heute schon rund 10 %. Im Rahmen des Wandels unserer Gesellschaft von der Industriegesellschaft zu einer Informations- und Dienstleistungsgesellschaft und im Rahmen einer fortschreitenden Globalisierung ist eine Weiterentwicklung, ein Wachstum vorprogrammiert.

So verwundert es auch nicht, daß nach Angaben der Welttourismusorganisation der **Weltreiseverkehr** jährlich um 4 % wächst und sich alle 20 Jahre verdoppelt. 1996 wurden annähernd 600 Millionen internationale Touristen gezählt. Im Jahr 2020 werden es nach Schätzung der WTO bereits 1,6 Milliarden sein.

1996 verbuchte die Tourismusbranche weltweit 423 Milliarden DM Einnahmen und beschäftigte zirka 250 Millionen Menschen. In der Bundesrepublik erwirtschaftete der Tourismus etwa 5 % des Bruttonsozialprodukts und beschäftigt 1,6 Millionen Menschen. Nach einer OECD-Quelle sind in Deutschland von 100 Erwerbstägigen 7 vom Tourismus abhängig. Auf die Schleswig-Holstein betreffenden Zahlen brauche ich nicht mehr einzugehen; dies hat Herr Minister Wiesen schon getan.

So entwicklungsfähig die Branche auf der einen Seite ist, so anfällig ist sie auf der anderen Seite. Katastrophen, konjunkturelle Entwicklungen, Witterungseinflüsse, Angebots- und Leistungsdefizite - um nur einiges zu nennen - können sich unmittelbar auswirken.

Die aktuelle Situation des Tourismus ist schwierig. Dies war für die CDU-Landtagsfraktion Anlaß, die Initiative zu ergreifen und die Landesregierung zu bitten, diesen „Bericht zur Situation der Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein und zur

Perspektive einer zukünftigen Tourismusentwicklung“ vorzulegen. Ich möchte an dieser Stelle Ihnen, Herr Minister Wiesen, aber vor allem dem Tourismusreferat - namentlich nenne ich Herrn Helle - für die übersichtliche Zusammenstellung der Daten,

(Beifall bei CDU, SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Fakten und Unterlagen danken.

Es ist angesichts der Kürze der Zeit nahezu unmöglich, auf all die Punkte einzugehen, die es eigentlich wert wären, angesprochen zu werden. Daher beschränke ich mich auf einige wenige.

Sicherlich ist die aktuelle Situation im schleswig-holsteinischen Tourismus kein Grund, heute zu lamentieren oder gar zu dramatisieren. Dennoch muß sie uns aufhorchen und gemeinsam überlegen lassen, wo die Gründe für die derzeitige Situation liegen und was wir selbst besser machen können. Sie beschreiben sehr richtig, daß **Schleswig-Holstein** eine noch gute **Marktposition** innehalt, diese Position aber angesichts der zum Teil erheblichen strukturellen Veränderungen des touristischen Marktes nur mit großen gemeinsamen Anstrengungen aller Tourismusverantwortlichen zu halten ist.

Es war richtig, im Rahmen eines **Tourismuskonzepts** das Produkt „Urlaub in Schleswig-Holstein“ zu profilieren, auch wenn der Name des Konzepts vom „sanften Tourismus“ - der Minister hat schon etwas umgeschaltet, Herr Kollege Neugebauer; Sie sollten es auch tun - heute überholt ist, denn die Branche spricht spätestens seit der Konferenz von Lanzarote von einem „nachhaltigen Tourismus“.

(Beifall der Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU] und Martin Kayenburg [CDU])

Gilt es doch festzustellen, daß das von Wirtschaft, Kommunen und Verbänden gemeinsam mit dem Land erarbeitete Konzept nach wie vor eine gute Grundlage ist. Das will ich gern attestieren.

Die bisherigen Umsetzungsschritte gehen in die richtige Richtung, werden zum Teil jedoch nicht konsequent genug verfolgt. Einige Beispiele hierzu möchte ich anführen.

Erstens das **N.I.T.**, Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa! Mit der Gründung

dieses Instituts allein ist es nicht getan. Das Institut und die von ihm erwarteten Leistungen müssen dauerhaft verfügbar sein. Mehr denn je spielt das Wissen um den Gast, seine Wünsche, Ansprüche und Bedürfnisse für zielorientierte Tourismuspolitik eine Rolle. Eine Einbindung des N.I.T. in die schleswig-holsteinische Hochschullandschaft ist von daher unserer Ansicht nach unverzichtbar.

Zweitens die **SHT!** Der Aufbau eines Informations- und Reservierungssystems war wichtig, denn ohne ein zeitgemäßes Informations- und Reservierungssystem hat der Tourismus in diesem Land mittelfristig keine Zukunft. Ich weiß, wie umstritten und stark diskutiert dieses Thema immer wieder ist. Ich will nur darauf hinweisen, daß sich heute die Frage stellt, ob die SHT das gesteckte Ziel erreicht hat und tatsächlich schon in die wirtschaftliche Selbständigkeit „entlassen“ werden kann.

Drittens die Gesundheitsadresse Schleswig-Holstein! Minister Günther Jansen wollte Schleswig-Holstein zur Gesundheitsadresse Nummer 1 machen. Durch den von ihm eingeführten Bäder-TÜV sind viele Millionen öffentlicher und privater Gelder in die Modernisierung des **Kur- und Bäderwesens** geflossen. Allein im Bereich der Herstellung und Kontrolleitung von ortsgebundenen Heilmitteln sind den letzten Jahren mehr als 10 Millionen DM investiert worden, um die Anlagen nach dem neuesten Stand der Technik auszurüsten.

Dieses äußerst ehrgeizige Ziel und diese äußerst ehrgeizigen Vorgaben sollten den in Schleswig-Holstein vorherrschenden Standard höher setzen als in den übrigen Bundesländern. Sie haben einen hohen finanziellen und personellen Einsatz von allen Beteiligten gefordert, ohne daß sich die Ertragssituation nachhaltig verbessert hätte.

Viertens **Kulturtourismus!** Als Stichworte nenne ich hier die längst überfällige Kulturbörse und die Kulturagentur. Sie arbeiten daran. Aber auch den neueren Initiativen - wie der Qualitäts- und Dienstleistungsoffensive - fehlt es an Schwung und Engagement. Was ist eigentlich aus den Ideen einer Fortbildungsagentur oder eines Beschäftigungsprogramms geworden? Wo bleibt der Innovationsansatz? Mit Überschriften allein ist es nicht getan.

Es bleibt festzustellen, daß sich die Landesregierung selbst in die Rolle des beobachtenden Dritten - um nicht zu sagen: der beobachtenden Obrigkeit - begibt und

nicht, wie eigentlich zu erwarten wäre, als animierender, beratender Partner oder gar Dienstleister auftritt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das stimmt doch nun wirklich nicht!)

Besonders deutlich wird das bei dem Thema **Kurkrise**. Insoweit dauert es Monate - man kann bald sagen: Jahre -, bevor die Landesregierung reagiert. Bereits im September 1995 hat die CDU-Fraktion in einem Papier, das damals der Kollege Sager vorlegte, deutlich gemacht, daß der schleswig-holsteinische Tourismus neue Konzepte für seine Kureinrichtungen braucht. Es war formuliert worden:

„Aufgrund bundesgesetzlicher Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen verliert die Kur mehr und mehr an Bedeutung... Aber das Interesse am Gesundheitsurlaub wird weiter zunehmen.“

Dieser Erkenntnis ist Rechnung zu tragen. Wo bleibt in der vielbeschriebenen Situation unserer Bäder und Kureinrichtungen die Unterstützung der Landesregierung? Auf dem Heilbäderntag am 5. September 1996 auf Helgoland hat Staatssekretär Stegner Unterstützung zugesagt. Bis heute ist sie nicht zu sehen, geschweige denn zu spüren. Wie auch auf dem Heilbäderntag 1997 deutlich wurde, tut Aufklärung not, da bei Ärzten und auch Gästen erhebliche Informationsdefizite bestehen. Doch das Land sieht sich im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern nicht in der Lage, die Informationskampagne des Heilbäderverbandes zu unterstützen.

Die weiterhin dringend notwendige bädermedizinische Forschung, die die Aufgabe hat nachzuweisen, daß sich Gesundheitsurlaub in Schleswig-Holstein lohnt, wird im Bericht nur gestreift. Das ist kein Wunder; denn sie wird ohnehin eingestellt. Die heute vorliegenden Erkenntnisse gehen auf 10 Jahre alte Forschungsergebnisse, unter anderem von Professor Witzleben, zurück. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

Auch für die Neuordnung der **Tourismusabgaben** zur Finanzierung der touristischen Infrastruktur - Seite 61 des Berichts - und des Marketings hat die Landesregierung in die vom Innenminister gebildete Arbeitsgruppe keine eigenen Vorstellungen eingebracht. Um es noch einmal deutlich zu machen: Es geht hierbei um die Kurtaxe und die Fremdenverkehrsabgabe. Die eine ist antiquiert und wettbewerbsverzerrend, die andere permanent

gerichtlicher Überprüfung ausgesetzt, weil die Bemessungsmaßstäbe häufig nicht ganz unkritisch zu sehen sind.

Der Tourismusverband muß die Initiative ergreifen und ein Rechtsgutachten in Auftrag geben, um der Landesregierung aufzuzeigen, welche Möglichkeiten der Neuordnung dieser Abgaben durch das kommunale Abgabengesetz eröffnet werden können. Das Land selbst ist untätig geblieben.

Lassen Sie mich noch kurz auf Seite 63 folgende eingehen. Diese Kapitel widmen sich weiteren wichtigen Handlungsbereichen im schleswig-holsteinischen Tourismus. Die dort angesprochenen, von den Tourismusverbänden entwickelten Initiativen für eine „Dachmarke Schleswig-Holstein“ und die Schaffung einer effizienten Organisationsstruktur sind zu begrüßen. Bei der Landesregierung jedoch fehlt Entsprechendes. Nach wie vor sind die **Zuständigkeiten** für touristisch relevante Fragen auf nahezu alle Ressorts verteilt, ohne daß die Koordinierungsfunktion selbst gestärkt wurde.

Der Umweltminister zeichnet von der Badewasserqualität bis zu allen Bereichen, die unter Umwelt und Tourismus im weitesten Sinne zu subsumieren sind, verantwortlich. Der Sozialministerin obliegt die Zuständigkeit für Gesundheit, Kur und die Verabreichung von Heilmitteln. Der Innenminister befaßt sich mit touristischen Abgaben. Die Kultusministerin ist federführend im Bereich Kulturbörse und Kulturagentur. Die Staatskanzlei nimmt Einfluß auf die Planung der touristischen Infrastruktur. Der Wirtschaftsminister hat die Federführung bei bestimmten Förderprogrammen und zeichnet für touristische Verkehrswege und -konzepte verantwortlich.

Dies alles zeigt deutlich, daß der Name „Tourismusministerium“, am Stellenwert des Tourismus in Schleswig-Holstein gemessen, eine Mogelpackung geblieben ist,

(Beifall bei der CDU)

weil er sich weder in der personellen Ausstattung - wir haben lediglich ein Referat, nicht einmal eine Abteilung - noch in der Koordinierungskompetenz - bei allem guten Willen des Ministers und allem Fleiß und aller Kompetenz des Referats - in der Realität widerspiegelt.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Der vorgelegte Bericht ist eine gründliche und gute Arbeit der

beteiligten Referate. Eine geschlossene Tourismuspolitik des Kabinetts mit klarem Handlungskonzept gibt er nicht wieder. Die Perspektive liegt im Nebel. Erschreckend ist, daß vor allem die Ministerpräsidentin die Bedeutung des Tourismus für die Zukunft von Wirtschaft und Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein auch nicht annähernd erkannt zu haben scheint.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Hört, hört!)

Sie klagt öffentlich darüber, daß Schleswig-Holstein nur ein ausgesprochenes touristisches Image als Land zwischen den Meeren habe, träumt ausschließlich vom Technologie- und Industriestandort und übersieht, daß die große Sympathie für das **Urlaubsland Schleswig-Holstein** wohl die einzige Qualität ist, die das Land allen anderen Bundesländern voraus hat.

(Beifall bei der CDU)

Sie übersieht offensichtlich, welche Chancen sich im Wandel bei der Freizeitgestaltung für Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft eröffnen. Sie setzt sich ohne eigene Sachkompetenz kritisch mit einem Anzeigenmotiv des Tourismusverbandes auseinander. Sie leistet aber keinen Beitrag dazu, die Tourismuswirtschaft in einem harten Wettbewerb im Selbstwertgefühl und in der Motivation zu stärken.

(Beifall bei der CDU)

Statt dessen nörgelt sie imageschädigend an der Servicequalität der Gastgeber an der Westküste herum. Die Ministerpräsidentin - lassen Sie mich das sagen - scheint wenig Liebe für dieses schöne Land und seine Bürger zu haben. Sonst müßte sie an der Spitze derjenigen stehen, die für dieses Schleswig-Holstein werben und ihre Liebe zu den Menschen, der Landschaft, der Natur, der Kultur, der Geschichte und der Vielfalt dieses Landes in alle Welt hinaustragen.

Es gibt viel zu tun. Der vorgelegte Bericht ist Grundlage für weitere Beratungen mit dem Ziel, gemeinsam mit der Tourismuswirtschaft den Verbänden und Kommunen die **Chancen** für erfolgreiche **Entwicklungen** herauszuarbeiten und diesen wichtigen Wirtschaftszeig im Lande zu stärken. Ich beantrage, den Bericht federführend dem Agrarausschuß - das ist nun einmal so - und mitberatend dem Wirtschafts-, dem Umwelt- und dem Sozialausschuß zu überweisen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, der Vollständigkeit halber noch einmal alle Daten zu referieren. Ich vermute, Sie glauben mir auch so, daß ich lesen kann. Statt dessen möchte ich auf einige Gesichtspunkte eingehen, die mir aufgefallen sind.

Erster Gesichtspunkt: **Qualität**. Im Jahre 1650 reimte ein gewisser Philander von Sittewald:

„Wer reisen will, der schweigt fein still.
Geh steten Schritt, nimm nicht viel mit,
tret an am frühen Morgen
und lasse heim die Sorgen.“

Ich glaube, man erkennt unschwer: Die Zeiten haben sich geändert. Auch in den letzten 15 Jahren haben sie sich sehr schnell geändert. Der Bericht zeigt, daß sich hinter der scheinbaren Kontinuität der Urlauberzahlen in Wahrheit dramatische Umbrüche verbergen. So hat das klassische Hauptkontingent, die Besucher aus Nordrhein-Westfalen - sprich: die Arbeiter aus dem Ruhrgebiet -, um ein Drittel abgenommen, während die Besucherzahlen aus Hamburg und Hessen um das Zwei- bis Vierfache angestiegen sind. Die Zahl der jugendlichen Besucher im Alter zwischen 14 und 19 Jahren nahm um die Hälfte ab, die der Erwachsenen blieb konstant. Der Anteil der Familien ist rückläufig, und der der Rentner stieg um 50 %.

Fassen wir dies zusammen, dann - so stellen wir fest - geht der Trend hin zu Leuten, die mehr Geld haben und mehr Wert auf Qualität legen. Immer mehr Gäste kommen in der Nebensaison und im Winterhalbjahr. Das ist erfreulich. Es ist aber auch erforderlich, daß wir uns darauf einstellen.

Zusammengefaßt kann man also sagen: Für die Stärkung des Tourismus in Schleswig-Holstein sind die Hebung der Qualität der Unterkünfte und die Ausdehnung der Saison entscheidende Punkte. Für die **Werbung** stellt sich das Problem, daß sich die Zielgruppen rapide verändern. Ich glaube, es ist wichtig, daß dies wahrgenommen wird. Diesbezüglich ist auch einiges passiert.

Ich komme zum Gesichtspunkt Nummer 2: **Umwelt und Nachhaltigkeit**. Auch hierzu liefert der Bericht interessante Zahlen. Für immer mehr Urlauber in Schleswig-Holstein sind **Natur und Umwelt** sowie ein gesundes Umfeld von entscheidender Bedeutung.

Aber wir erhalten die Natur selbstredend nicht nur für die Touristen, sondern auch für uns. Insofern ist die Festlegung der Landesregierung auf ein Konzept des sanften, nachhaltigen Tourismus auch eine Vorsorge für die Zukunft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es ist auch ein wichtiger Standortfaktor. „Arbeiten, wo andere Urlaub machen“ - dieser Slogan einer modernen Standortpolitik wird in den kommenden Jahren sicherlich noch an Bedeutung gewinnen.

Ich denke, hier ist auch eine Anmerkung in Richtung Opposition angesagt. Wie, meine Damen und Herren, können Sie eigentlich verantworten, was Sie hier betreiben?

(Zurufe von der CDU: Was denn?)

Der Nationalpark ist eines der wichtigsten Aushängeschilder unseres Landes,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

er liegt in einer Region, in der bis zu 80 % des Sozialproduktes direkt oder indirekt vom Tourismus abhängen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die Touristen dort sagen uns zum größten Teil, daß für sie eine intakte Umwelt und das Naturerlebnis von großer Bedeutung sind.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Während andere Regionen in Deutschland bewußt und aktiv mit diesem Kapital werben, Frau Schmitz-Hübsch, entfachen Sie hier eine Debatte und erklären den Naturschutz zum Hauptfeind der Menschheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wo steht das?)

Ich habe Verständnis, wenn die Menschen beunruhigt sind, aber ich habe kein Verständnis dafür, wenn Politiker, die es einfach besser wissen müßten, Öl ins Feuer gießen, das in ihrem eigenen Hof ausgebrochen ist. Meine Damen und Herren von der Opposition, ich erwarte von Ihnen, daß Sie bei den Löscharbeiten helfen. Setzen Sie sich mit uns für einen nachhaltigen Tourismus zur Schonung der Landschaft ein, durch die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel, die Vermeidung von Abfall und das Sparen von Energie! Bauen Sie mit am Haus der Zukunft, anstatt nörgelnd danebenzustehen und zu zündeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Gesichtspunkt 3: Image und Angebot. Der Bericht stellt uns vor ein Paradox. In der Beliebtheit und Bekanntheit liegt unser Land mit Werten von 45 % und 53 % bei den Bundesbürgern weit vor Spanien, Italien, Frankreich und Österreich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Trotzdem fahren die Leute nicht hierher!)

Aber leider schlägt sich das nicht nieder. Nur ein sehr geringer Teil derjenigen, die Schleswig-Holstein sympathisch finden und kennen, hat vor, in den nächsten drei Jahren nach Schleswig-Holstein zu fahren.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Weil man schlecht hierherkommt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Leider ist dem Bericht zu dieser Frage nur wenig zu entnehmen.

(Zurufe von der CDU)

- Herr Geißler, Ihretwegen werden die Touristen auch nicht kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Herr Jensen-Nissen, Ihretwegen auch nicht!

(Zurufe von der CDU)

Man erfährt nicht, welche Freizeitangebote die Touristen genutzt haben, welche Bedeutung die wichtigen touristischen Attraktionen - angefangen von den Karl-May-Festspielen über den Hansapark, die Lübecker Altstadt oder Friedrichstadt bis hin zu Haithabu und das Friesenmuseum in Wyk auf Föhr - eigentlich haben.

Wodurch ist Schleswig-Holsteins Image geprägt? - Durch die billigen Butterfahnen mit exzessivem Alkoholgenuss, durch idyllische Golfplätze, durch tosende Brandung oder durch kreisende Windmühlen?

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schlie?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN]:

Oh ja!

Claus Schlie [CDU]: Herr Kollege Hentschel, sind Sie mit mir einer Meinung,

(Zurufe von der CDU: Nein!)

daß es ein Ausdruck des Interesses der SPD-Fraktion ist, daß nur noch fünf Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion im Saale sind, um bei diesem wichtigen Punkt der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes zuzuhören?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Herr Kollege Schlie, ich bewerte hier nicht die Interessenlage meines Koalitionspartners.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P. - Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Es sind zehn Abgeordnete! Sie können nicht zählen! - Zuruf von der CDU: Von der SPD nur fünf! - Unruhe)

- Ich möchte jetzt weitermachen und bitte um Konzentration hier im Saal!

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigung, Herr Abgeordneter Hentschel! - Ich bitte um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit. Der Herr Abgeordnete Hentschel hat das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es gibt Hinweise, daß Urlauber beides wollen. Sie wollen sowohl die Natur genießen als auch etwas erleben. Zum Glück läßt sich beides gut miteinander verbinden.

(Zurufe von der CDU)

Wir brauchen attraktive Angebote an Ausflugszielen, damit auch an den - so sage ich es einmal - seltenen kühlen und regnerischen Tagen in unserem sonnenverwöhnten Land Ausflüge gemacht werden können. Wir haben allerdings das Problem - das ist richtig erkannt worden, und es ist richtig, was der Kollege Maurus und Herr Minister Wiesen dazu gesagt haben -, daß wir die notwendigen Investitionen nicht tätigen können, wenn es nicht gelingt, die Vermieter an der Finanzierung zu beteiligen. Es hat keinen Sinn, lediglich eine Kampagne gegen die Kurtaxe oder die Belegungsabgabe zu starten.

Investition in die Werbung und in funktionierende Buchungssysteme sind das A und O. Es ist kein Zufall, daß das Ferienzentrum Damp mit 18 % Zuwachs in diesem Jahr an der Spitze liegt. Das ist ein Ort, an dem der Vermieter gleichzeitig für die Infrastruktur zuständig ist. Insofern hat er ein Eigeninteresse, eine entsprechend vernünftige Infrastruktur zu gestalten.

Die Zersplitterung der Vermieter, von der bereits die Rede war, ist - wie gesagt - ein großes Problem, an dessen Beseitigung wir gemeinsam arbeiten müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vierter Gesichtspunkt: Reiseverkehr und Buchungssysteme! Meine Damen und Herren, es ist unglaublich, aber wahr: In jedem Reisebüro ist es selbstverständlich, daß Sie komplett Reisen zu den Kanarischen Inseln, den Malediven oder in die Karibik buchen können, nicht aber nach Schleswig-Holstein. Leider erfährt man aus dem Bericht nicht, wie die Urlauber ihren Urlaub gebucht haben, wie sie etwas über Schleswig-Holstein erfahren haben und mit

welchem Verkehrsmittel sie hergekommen sind. Aber immerhin sollen 20 % unserer Urlauber schon jetzt mit der Bahn anreisen. 39 % geben an, während ihres Urlaubs das Fahrrad zu benutzen.

Allerdings höre ich immer wieder das Argument, eine Familie mit Kindern komme nicht mit der Bahn, weil das viel zu unbequem sei. Richtig! Dem stimme ich durchaus zu. Das gilt aber nicht für das Rentnerehepaar, das im Herbst für eine Woche an die Nordsee fährt, und das gilt nicht für die 53 % der Bevölkerung, die für Schleswig-Holstein weit höhere Sympathiewerte angeben als für Spanien, Italien, Frankreich oder Österreich. Natürlich werden sie nicht kommen, wenn sie in Frankfurt im Reisebüro vor der Alternative stehen, einen Kompletturlaub im Strandhotel auf den Kanarischen Inseln zu bekommen, nicht aber in Eckernförde, weil Anreise, Kulturangebote, Sportangebote und so weiter nicht enthalten sind. Die Broschüren dafür gibt es nicht. Da ist noch sehr viel zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich stelle fest: Es passiert in Schleswig-Holstein zwar eine Menge - und zunehmend auch in die richtige Richtung -, aber es ist immer noch zu wenig und es geht viel zu langsam.

Lassen Sie uns bei der Auswertung des Berichtes darüber nachdenken, was getan werden kann. Vielleicht können Sie, Herr Minister, im Rahmen des allgemeinen Stellenabbaus prüfen, da Sie sowieso die Leute unterbringen müssen, ob man nicht ein paar Leute verstärkt im Tourismusbereich einsetzt, um dort die Dinge anzuschließen, die ich für ausgesprochen anschiebenswert halte. Vielleicht können wir damit ein bißchen weiterkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Schließen möchte ich mit einem Vers aus einem alten Schlager von 1929 zum Thema Urlaubsglück.

(Holger Astrup [SPDS]: Aber nicht singen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Doch, bitte singen! Dann singe ich mit! - Weitere Zurufe)

- Soll ich singen?

(Zurufe: Ja! - Der Abgeordnete Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] singt):

„Kein Auto, keine Chaussee und niemand in unserer Näh,
tief im Wald nur ich und du. Der Herrgott drückt ein Auge zu.
Denn er schenkt uns ja zum Glücklichsein
Wochenend und Sonnenschein.“

(Beifall - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte darum, daß wir in Zukunft die Reden wieder reden und nicht singen.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU], Thorsten Geißler [CDU] und Martin Kayenburg [CDU])

Aber es war eine nette Einlage. Das Wort hat nun Frau Aschmoneit-Lücke.

(Holger Astrup [SPD]: Singen, singen!)

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schade, daß Sie den Hinweis gegeben haben, nicht zu singen, aber ich hätte heute ohnehin nicht gesungen, weil ich erkältet bin.

(Zurufe: Schade! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gute Besserung!)

Wenn wir in diesem Hohen Haus über den Tourismus sprechen, sind wir uns weitgehend einig. Wir sind uns einig über die Zahlen. Die Statistiken werden nicht in Frage gestellt. Deswegen brauche ich nicht darauf einzugehen. Ich möchte also nur noch darauf hinweisen - wie es meine Vorfahrt bereits getan haben -, daß trotz der hohen Wertschöpfung und der Bedeutung des Tourismus für unser Land dieser in der Vergangenheit nicht immer den richtigen Stellenwert hatte.

Der **Wettbewerb** mit den in- und ausländischen Konkurrenten nimmt - wie bereits in den vergangenen Jahren deutlich wurde - an Schärfe zu. Das ist auch dem Bericht des Ministeriums zu entnehmen. Hierfür sind sehr viele unterschiedliche Faktoren ausschlaggebend. Seit über zwei Jahrzehnten nimmt der Anteil der deutschen Urlauber, die ihre Ferien in Deutschland verbringen, stetig ab. Destinationen im

Inland wurden zuletzt nur noch von 30 % der Bundesbürger nachgefragt. Tatsache ist, daß zwei Wochen Tauchurlaub auf den Malediven oft billiger sind als zwei Wochen im Schwarzwald oder an der Nordsee.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Tatsache ist aber auch, daß **Schleswig-Holstein** den immer schärfer werdenden **Wettbewerb** nicht zu scheuen braucht, weder mit in- noch mit ausländischen Reisezielen. Dafür sprechen neben den Schönheiten unseres Landes unmißverständliche Zahlen. Während beispielsweise Bayern und Baden-Württemberg drastische Einbrüche in der Publikumsgunst seit 1972 hinnehmen mußten, blieb der Zuspruch zu Schleswig-Holstein nahezu konstant. Wer sich aber zufrieden zurücklehnt, hat schon verloren. Das gilt für alle Beteiligten gleichermaßen. - Ich bin übrigens nicht der Auffassung, daß wir unbedingt ein Tourismusministerium brauchen. Wenn ich die Beteiligten hier nenne, dann meine ich schon die direkt Beteiligten.

Die weitere Entwicklung der Tourismuswirtschaft wird weder von freundlichen Sprüchen der Marke „Ich bin für Sie da“ noch von platten Sprüchen wie „Jammern und Labern“ abhängig sein. Daß unsere Gäste freundlich und zuvorkommend behandelt werden, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Daß dies leider nicht immer der Fall ist, ist beschämend, gilt aber nicht nur für Schleswig-Holstein. Ich habe gerade gestern abend noch einmal das Wort „Dienstleistungswüste Deutschland“ gelesen. Ich glaube, in Gesamtdeutschland können wir auf diesem Gebiet noch einiges tun.

(Beifall bei F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich bin auch der Auffassung, daß dieser Umstand nicht durch einen schlichten Button mit der Aufschrift „Ich bin freundlich“ beseitigt wird. Der Grundstein für eine freundlichere und aufmerksamere Behandlung der Gäste wird in der Ausbildung gelegt und muß daher fächerübergreifend bei der Ausarbeitung der Lehrpläne berücksichtigt werden.

Angesichts des hohen Anteils von Familien mit Kindern, die bei uns ihren Urlaub verbringen, kommt dem Umgang mit den kleinen Gästen eine besondere Bedeutung zu.

Es sind vor allem Ideen gefragt, die dazu beitragen, die **Qualität** eines Urlaubs in Schleswig-Holstein zu verbessern. Mit Billigangeboten auf Mallorca, Ibiza oder den Kanaren können und wollen wir nicht konkurrieren. Um so wichtiger ist es aber, daß das **Preis-Leistungs-Verhältnis** stimmt. Genau das tut es heute sehr oft nicht.

(Holger Astrup [SPD]: Leider richtig! -
Beifall des Abgeordneten Karl-Martin
Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Das beginnt schon bei der Buchung. Wer seinen Urlaub in Spanien oder in unserem Nachbarland Dänemark verbringen möchte, bekommt im Reisebüro einen großen umfangreichen Katalog in die Hand gedrückt und hat nur noch die Qual der Wahl zwischen den einzelnen Regionen, Hotelkategorien und der Verpflegungsart. Dann kann gebucht werden. Wer aber in Deutschland Urlaub machen möchte, bekommt immer noch zahllose Faltblätter in die Hand gedrückt, mal München, mal Timmendorfer Strand, dann wieder Berlin oder Südschwarzwald. Von einer einheitlichen **Vermarktung** des Ferienziels Schleswig-Holstein, geschweige denn Deutschland, war bisher keine Rede. Herr Minister, Sie haben es betont, und auch ich möchte das ausdrücklich loben, daß sich der Fremdenverkehrsverband, jetzt Tourismusverband, die richtigen Ziele gesetzt hat. Das ist sehr erfreulich.

(Beifall bei F.D.P., SSW und des
Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Sie haben ebenfalls betont, Herr Minister, daß wir in diesem Hause hinsichtlich der Vermarktung immer Einigkeit erzielen konnten. Wir haben immer gesagt, Schleswig-Holstein ist eine Einheit, die sich als Einheit darstellen sollte. Die Gäste, die nach Schleswig-Holstein kommen, sehen das offensichtlich ganz genauso. Wer macht sich schon in Madrid, Rom oder Brüssel die Mühe und telefoniert sich durch fünf deutsche Fremdenverkehrsverbände, um dann anschließend noch zwei Telefonate führen zu müssen, um die gewünschte Unterkunft auf Nordstrand zu buchen? - Kleinkarrierte Eitelkeiten und Kirchturmspolitik waren noch nie förderlich, noch nie und in keinem Gebiet.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard
Klug [F.D.P.])

Im internationalen Wettbewerb, in den Zeiten modernster Informations- und Kommunikationssysteme

bedeuten sie über kurz oder lang das Aus. Buenos Aires oder Katmandu dürfen nicht länger unkomplizierter buchbar sein als Lübeck oder die Eifel.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard
Klug [F.D.P.] und Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der mit der Gründung der **Deutschland Informations- und Reservierungsgesellschaft** eingeschlagene Weg ist daher nur konsequent und richtig. Um es aber einmal salopp auszudrücken, Herr Kollege Hentschel: Wir sind uns einig, das Ganze könnte ein bißchen schneller gehen.

Herr Minister, ich teile Ihre Einschätzung, daß eine nennenswerte Steigerung der Urlauberzahlen kaum möglich sein wird. So steht es auch in Ihrem Bericht. Es muß also vielmehr darum gehen, das **Niveau** zu halten. Aber auch dies wird nur durch qualitative Verbesserung und die Besetzung von **Marktlücken** möglich sein. Ich denke zum Beispiel an die immer noch stiefmütterliche Behandlung von Alleinreisenden, hier ganz besonders an alleinreisende ältere Menschen. Müssen Einzelzimmer eigentlich immer den Blick auf die Hotelküche oder die Abfalleimer bieten?

(Beifall bei F.D.P., SSW sowie der
Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone
[SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Warum sollen sich Alleinreisende mit dem Katzentisch neben der Toilettentür begnügen müssen? Ich nenne hier Beispiele, die mir selbst zugetragen worden sind, die ich aber auch als gelegentlich Alleinreisende immer wieder erlebe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Richtig!)

Bei der behindertengerechten Ausstattung der Hotels und Pensionen darf man nicht aufhören. Angebote wie heilpädagogisches Reiten oder spezielle Wassergymnastik gehören genauso in einen übersichtlichen Reisekatalog Deutschland wie das Mittagsbuffet oder die Hotelsauna.

Auch wenn wir uns im Prinzip einig sind, daß der für Schleswig-Holstein entscheidende Wettbewerbsparameter die Qualität des Urlaubs ist, das Preis-Leistungs-Verhältnis läßt sich sehr wohl auch über den Preis steuern. Wenn einer Familie mit zwei Kindern bereits 20 DM dafür abgeknöpft werden, daß sie bei Sonnenschein oder auch Regen den Strand

betreten darf, dann hat das mit familienfreundlichem Urlaub leider nicht mehr das geringste zu tun.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die F.D.P.-Fraktion - ich habe bei meinen Vorrednern die gleiche Intention herausgehört - hält jedenfalls von dem Nebeneinander von Kurtaxe, Zweitwohnungsteuer, Fremdenverkehrsabgabe sowie zahlreicher Benutzungsgebühren überhaupt nichts. Wir sind uns aber auch darüber im klaren, daß viele **Tourismusgemeinden** auf die **Einnahmen** angewiesen sind. Ein Finanzierungsinstrumentarium - wie man es auch immer nennen will - aus einem Guß wäre nicht nur gastfreundlicher, es würde vor allem den Erhebungsaufwand erheblich reduzieren.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.], Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Irgendwie scheint auch der für Tourismus zuständige Landwirtschaftsminister nicht so überzeugt vom Durch- und Nebeneinander verschiedener Finanzierungsinstrumente zu sein. Die zaghafte Andeutung auf Seite 60 des Berichtes bleibt jedoch nur in einem Nebensatz versteckt: Solange Alternativen nicht gegeben seien, halte man die Ausschöpfung dieser Einnahmemöglichkeiten für gerechtfertigt und notwendig. - Herr Minister, Sie haben sich heute mündlich wesentlich deutlicher ausgedrückt. Darüber bin ich sehr froh gewesen. Trotzdem möchte ich einmal zu bedenken geben, ob der Ausdruck „Berechtigungsschein“, der ja von der Intention her etwas Richtiges sagt, der richtige Ausdruck ist. Mir kommen da Zweifel, wenn ich Berechtigungsschein höre.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist höchste Zeit, auch in diesem Bereich Alternativen zu entwickeln. Insgesamt ist in dem Bericht viel die Rede von Maßnahmen, Anstrengungen und Offensiven. Es wird sehr viel geredet, allerdings noch immer zuwenig oder zu langsam gehandelt. Es werden zu viele Konzepte erdacht und zu wenige umgesetzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr richtig!)

Gleiches gilt für den **Einsatz modernster Medien**. Während in Bayern der potentielle Gast bereits letztes

Jahr rund um die Uhr via Internet nicht nur allgemeine Informationen abrufen konnte, sondern sich gleichzeitig auch über freie Betten informieren konnte und mittlerweile online buchen kann, beherrschen Zögerlichkeit, Skepsis und Zurückhaltung die Szene hoch im Norden. Im „Holstein-Courier“ vom 1. Juni 1996 hieß es daher zutreffend:

„Wer allerdings ganz real die Brandung an der Nordsee testen möchte, erleidet schon auf der Suche Schiffbruch. Schleswig-Holsteins Tourismusbranche ist im Internet nicht vertreten.“

Während große Teile des Berichtes durchaus eine akzeptable Diskussionsgrundlage darstellen, erstickt die Situationsbeschreibung der Gesundheitsadresse Schleswig-Holstein in Selbstmitleid. Sie, Herr Minister, begeben sich hierbei ganz in die Phalanx der SPD-Fraktion und der neben Ihnen sitzenden - von mir sehr geschätzten - Sozialministerin: Die Bonner Gesundheitspolitik als Infektionskrankheit, die den Reha-Standort Schleswig-Holstein dahinrafft.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Ganz so einfach ist es aber nicht. Sie verschweigen, daß in den vergangenen Jahrzehnten Überkapazitäten an **Kur- und Rehabetten** aufgebaut wurden. Sie verschweigen, daß sich die Eigenbeteiligung an einem dreiwöchigen Kuraufenthalt auf 525 DM beläuft, das sind - bei einem Vierjahrerhythmus - aufs Jahr umgerechnet 131,25 DM. Man könnte das weiter ausführen.

- Ich werde ganz nervös, wenn das hier alles blinkt. Ich höre aber sofort auf, Frau Präsidentin!

Herr Minister, in einem Punkt möchte ich Ihnen zum Schluß ausdrücklich zustimmen. Auch dem Gesundheitstourismus weht der Wind in Schleswig-Holstein schärfer denn je ins Gesicht. Es gilt also auch hier durchzuhalten, nicht neue Konzepte zu entwickeln, sondern weiterzumachen. Ich glaube nach der Debatte heute in diesem Hause, daß wir alle auf dem richtigen Weg sind und hinter dem Tourismus in Schleswig-Holstein stehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerendonk.

Anke Spoerrendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich möchte wie meine Vorrrednerin zunächst feststellen, daß der Bericht zur Situation der **Tourismuswirtschaft** und zu den jährlichen Saisonbilanzen des Fremdenverkehrsgewerbes zeigt, daß der Fremdenverkehr weiterhin eine herausragende Rolle als Wirtschaftsfaktor in Schleswig-Holstein spielt. Auf diesen Aspekt möchte ich näher eingehen; alles andere - so denke ich - können wir in den Ausschüssen weiter erörtern.

Vom Fremdenverkehr gehen ganz entscheidende strukturpolitische, soziale, kulturelle und umweltpolitische Impulse aus. Diese gilt es auch weiterhin ausfindig zu machen und zu einem langfristigen **Konzept** zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zusammenzustricken. Die bisherige Entwicklung findet auch in Zukunft die Unterstützung durch den SSW, wenn es darum geht, den Fremdenverkehr zu modernisieren und weiterzuentwickeln.

Die Kollegin Aschmoneit-Lücke hat ja eben deutlich gemacht, woran es noch hapert, nämlich an vielen Details. Ich glaube auch, daß es richtig ist, sich in Zukunft auf diese mehr kleinen Sachen verstärkt zu konzentrieren.

Man kann feststellen, daß das Konzept „Sanfter Tourismus“ seine beabsichtigte Wirkung erzielt hat. Trotz wachsender Konkurrenz, Gesundheitsreform und leichten Rückgängen bei den Buchungen hat die **Tourismusbranche in Schleswig-Holstein** ihre Position halten können. Auch das muß so gesehen werden.

Aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage sitzt die Mark den Bundesbürgern aber nicht mehr ganz so locker in den Taschen. Die Kunden reagieren sehr sensibel auf Preisschwankungen. Deshalb darf der Kostenbogen nicht überspannt werden. Wir müssen auch Klarheit darüber schaffen, welche Vorteile durch eine Abschaffung der imagestörenden **Kurtaxe** zugunsten einer Art Bettensensteuer für den Fremdenverkehr entstehen. Die Frage ist dabei aber, ob man dadurch nicht etwas fördert, was zu Lasten der Tagesgäste und zugunsten derer geht, die einen längeren Urlaub planen. Auf jeden Fall muß das, was vorhin vom Herrn Minister angeregt wurde, in den weiteren Beratungen eine zentrale Rolle spielen. Insgesamt gesehen sind wir uns wohl auch darin einig, daß das Kurtaxensystem modernisiert werden muß.

Die auf den Weg gebrachte **Qualitäts- und Dienstleistungsoffensive** im Tourismus im Rahmen der Tourismuskonzeption von 1990 und von 1995 ist eine gute und notwendige Initiative, die wir unterstützen.

Wir begrüßen auch ausdrücklich, daß es mit dem neuen Zentrum für Tourismus und Gastronomie in Husum verstärkt Fortbildungsmöglichkeiten in der Tourismusbranche gibt.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Aber auch da gibt es - das weiß ich aus Gesprächen - noch viel zu tun.

(Günter Neugebauer [SPD]: Die Einrichtung muß aber auch genutzt werden!)

Ich habe aber meine Zweifel, ob diese Maßnahmen ausreichen, um längerfristig Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu schaffen. Gerade die Fremdenverkehrsbranche ist sehr saisonabhängig. Qualitäts- und Strukturverbesserungen sollten daher auf ein ganzjähriges Erholungsangebot setzen und gleichzeitig der Naherholung dienen. Deshalb bedarf es verstärkter Anstrengungen, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ganzjährige Berufsperspektiven zu ermöglichen, zumal viele Tourismusbetriebe in besonders strukturschwachen Regionen liegen.

Der SSW hat sich gegen die Abschaffung des zollfreien Handels eingesetzt und begrüßt die Bundesratsinitiative der Landesregierung für die Erhaltung des **Tax-Free-Handels** über den 30. Juni 1999 hinaus. Der geschätzte Verlust von mehr als 1.500 Arbeitsplätzen in der Schiffahrt in ganz Schleswig-Holstein bedeutet nicht nur ein weiteres Ausbleiben von Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen, sondern auch Einbußen an kultureller Attraktivität und somit an Angebot und Nachfrage in der gesamten Tourismusbranche.

Um jetzt einmal das aufzugreifen, was im Zusammenhang mit **kultureller Attraktivität** und Tourismus in dem Bericht gesagt wird, möchte ich hervorheben, daß gerade dieser Aspekt vielleicht auch zu einer Qualitätssicherung oder zu einer Qualitätsoffensive genutzt werden sollte. Der kulturelle Aspekt ist ja gerade ein besonderes Merkmal des sanften Tourismus.

Es muß an dieser Stelle nochmals unterstrichen werden, daß Erhalt und Schaffung von **Arbeitsplätzen** an oberster Stelle stehen sollten. Der Fremdenverkehr kann auch in Zukunft seinen Einfluß halten, wenn alle an einem Strang ziehen und sich nicht auf den bisherigen Erfolgen ausruhen. Ich glaube, daß wir uns hier mit dieser Beratung auf dem richtigen Weg befinden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will nicht auf die leider teilweise einseitigen und polemischen Anwürfe des Kollegen Maurus eingehen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Dafür ist mir die Zeit zu schade. Wir werden uns ja in dem Ausschuß wieder treffen.

(Beifall der Abgeordneten Bernd Saxe [SPD], Friedrich-Carl Wodarz [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte einen konstruktiven Weg aufzeigen, einen Weg unter vielen, wie der Tourismusbranche geholfen werden kann.

Eine Tagung der SPD-Landtagsfraktion zum Thema „Kultur und Tourismus“ vor einem Dreivierteljahr auf Schloß Salzau, aber auch die Fachtagung zum Denkmalschutz haben aus unterschiedlicher Sicht deutlich gemacht, daß dieses Land zwar ein hohes Angebot an Kultur- und Baudenkmälern, Stadtbildern, Schlössern, Herrenhäusern, Museen, Bauern- und Bürgerhäusern, Katen und Industriebauten - um gar nicht von der Musik zu reden - aufzuweisen hat, daß dieses Angebot aber nicht vernetzt ist und den Einheimischen, aber auch dem Gast nicht leicht erschlossen werden kann.

Dieses Ergebnis ist jetzt in dem sehr interessanten Bericht der Landesregierung auf Seite 73 ff. noch einmal dargelegt worden. - Übrigens herzlichen Dank

auch seitens meiner Fraktion für die ebenso gründliche wie aufschlußreiche, aber auch - was man selten findet - lesenswerte und leicht zu lesende Arbeit.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Dabei ist unser Land ein wirkliches Kulturland. Es hat ein hohes Angebot aufzuweisen. Es ist ein Land mit einer interessanten, aber auch vielfältigen **Kunst und Kultur**, die sich nicht verstecken muß, mit dem wir Ehre im Konzert der Länder einlegen können. Es ist vor allen Dingen aber eine Kultur, die wahrhaft europäisch ist. Mitteleuropa und Skandinavien treffen sich bei uns. Es kommen starke niederländische Einflüsse dazu. Dies ist ein kulturelles Erbe, das wir weitergeben sollen, das gestaltend genutzt werden kann und muß - aber nur dann, wenn es bekannt und erschlossen wird. Unser Land hat hier ein Defizit, das es abzubauen gilt. Auch wir wissen häufig zu wenig darüber.

Deswegen werden wir in den Ausschußberatungen einen Antrag einbringen, der dazu beitragen soll, dieses Angebot zu vernetzen und in einem größeren Maße zugänglich zu machen. Es darf nicht weiter touristisches Geheimwissen bleiben.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Dabei müssen natürlich die Anbieter an einen Tisch; sie müssen sich finden. Wir müssen unsere reiche Geschichte erschließen, und zwar zum Nutzen der Gegenwart, aber vor allen Dingen zur Gestaltung der Zukunft, zur Freude unserer Gäste, zur Steigerung der Attraktivität des Landes, zur Verlängerung der Saison, zur Stärkung des Images Schleswig-Holstein. - Nicht nur Bayern hat Kultur. Herr Maurus, ich sage das, obwohl Sie aus Bayern kommen; ich will also Bayern die Kultur nicht absprechen, aber wir haben sie auch.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Aber auch zur eigenen Selbstbestimmung als moderner, aber auch geschichtsträchtiger und geschichtsbewußter Region in Europa - von einem wirklich hohen Rang in Europa - brauchen wir dies.

Ein Schritt zum Erreichen dieses wichtigen Ziels wäre etwa eine Vereinigung für historische Häuser, wie es sie in vielen Ländern Europas gibt, die European Historic Houses Association, die mit großem Erfolg arbeitet.

Wir brauchen das Rad nicht neu zu erfinden, aber wir sollten es nutzen, und wir wollen es nutzen. Es wäre schön, wenn wir vielleicht gemeinsam auf diesen Wagen aufspringen könnten, zu dem unter anderem auch dieses Rad gehört. Dieser Wagen ist voll beladen. Wir sollten ihn nutzen. Dazu sind auch Sie herzlich eingeladen. Machen Sie also konstruktiv mit!

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung federführend dem Agrarausschuß, mitberatend dem Wirtschaftsausschuß, dem Umweltausschuß und dem Sozialausschuß zu überweisen. Ich frage, ob abschließende Beratung in den Ausschüssen gewünscht ist. - Das ist der Fall.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Herr Abgeordneter Hentschel, zur Geschäftsordnung!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, ich beantrage „nicht zur abschließenden Beratung“!)

- Also Wiederbehandlung im Landtag!

(Günter Neugebauer [SPD]: Ja, einverstanden!)

- Gut. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? Dies ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 28 auf:

Rückstellungen der Atomindustrie

Landtagsbeschuß vom 11. Juni 1997
Drucksache 14/782

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/964

Ich erteile dem Minister für Finanzen und Energie, Herrn Möller, das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den mit Landtagsbeschuß vom 11. Juni 1997 erbetenen Bericht über Rückstellungen der Atomindustrie vor. Ein Mitglied des Hohen Hauses hat etwas kritisch angemerkt, der Bericht sei zu sehr mit Paragraphen gespickt. Es ist leider so. Es handelt sich hier um eine hochgradige Sache des Atomgesetzes und des Einkommensteuergesetzes. Das läßt sich schwer in Lyrik übersetzen. Ich will aber in meiner Rede versuchen, möglichst viele Paragraphen wegzulassen.

Da ich in meiner Rede zum Berichtsantrag der Koalitionsfraktionen am 11. Juni 1997 in diesem Hause bereits einige Elemente des jetzt vorgelegten Berichtes dargestellt habe, möchte ich mich mit meinen Ausführungen auf die mir wichtig erscheinenden Punkte und auf mögliche neue Entwicklungen konzentrieren. Ich sage noch einmal, es geht um drei unterschiedliche Rückstellungen:

Erstens. Rückstellungen für die **Stillegung**, das heißt auch für den Rückbau von Kernkraftanlagen. In diesem Fall haben wir immer die Auffassung vertreten, es müsse Geld dafür vorhanden sein, die Anlagen insgesamt zurückzubauen und nicht nur den atomaren Teil.

Zweitens. Rückstellungen für die Errichtung und Nutzung künftiger **Endlagerstätten**.

Drittens. Rückstellungen - und die stehen in Rede - für die **Entsorgung** bestrahlter Brennelemente.

Entgegen den in der Landtagsdebatte am 11. Juni 1997 teilweise geäußerten Erwartungen liegen der Landesregierung bislang keine eigenen Erkenntnisse über die Höhe der bei den EVUs gebildeten und steuerlich anerkannten Rückstellungen vor.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch nicht einmal der Bundesregierung!)

Zum einen werden in Schleswig-Holstein keine Betreiber von Kernkraftwerken steuerlich geführt, zum anderen wäre es uns und den anderen Bundesländern wegen des **Steuergeheimnisses** auch verwehrt, konkrete Zahlen aus den Steuerakten weiterzugeben oder zu veröffentlichen. Es wäre allenfalls denkbar, daß sich das Bundesfinanzministerium gegebenenfalls

über sein Bundesamt für Finanzen um diese Daten bemühte und dann diese in gesammelter und neutralisierter Form bekannt gäbe. Es sieht jedoch nicht danach aus, als wolle sich das Bundesfinanzministerium dieser Quelle bedienen. Die Bundesregierung hat sich jedenfalls bei der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Fraktion der SPD zur Höhe der Rückstellungen am 15. Mai 1997 allein auf die Angaben der VDEW gestützt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unverschämtheit!)

Ich sehe allerdings in der im Bericht zitierten Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie und in den von der Bundesregierung genannten Zahlen eine brauchbare Grundlage zur Abschätzung der gebildeten und bei unveränderter Rechtslage noch zu erwartender Rückstellungszuführung. Nach diesen beiden Quellen beträgt die **Gesamtsumme** der gebildeten **Rückstellungen** Ende 1994 44 Milliarden DM und Ende 1996 54 Milliarden DM. - Ich sage ausdrücklich „nach diesen Quellen“.

Es geht der Landesregierung nicht darum, die allgemein für alle bilanzierenden Unternehmen maßgebenden handels- und steuerrechtlichen Grundsätze für die Bildung von Rückstellungen in Frage zu stellen.

(Beifall des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Es ist jedoch zu prüfen, ob die gültigen Regelungen oder eine bisher einvernehmlich geübte Praxis mit neuen Entwicklungen und Erkenntnissen noch im Einklang stehen. Unter diesem Blickwinkel ist die Entscheidung der Mehrheit der Länderfinanzminister und der Finanzministerkonferenz vom 10. April 1997 zu sehen. Wir vertreten mehrheitlich die Auffassung, daß für die Verpflichtung der Kernkraftwerksunternehmen, zukünftig die **Betriebskosten** der vom Bund zu betreibenden **Endlager** zu übernehmen, aus Rechtsgründen keine Rückstellungen gebildet werden können. Der Grund besteht darin, daß es an der wirtschaftlichen Verursachung der künftigen Verbindlichkeit vor dem Bilanzstichtag fehlt.

Nicht die Ingebrauchnahme der Brennstäbe im Kernkraftwerk, sondern die spätere Ablieferung der verbrauchten Brennstäbe ins Endlager ist die wirtschaftliche Ursache für die Entrichtung von Einlagerungsgebühren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist Haarspalterei!)

- Das ist keine Haarspalterei. Das ist eine materielle Differenz.

Eine ungewisse Verbindlichkeit kann zudem nur aus Rückstellungen bilanziert werden, wenn ihre Erfüllung innerhalb eines bestimmten Zeitraums in Betracht kommt. Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Endlagers ist jedoch aus heutiger Sicht völlig offen. Man hat noch nicht einmal einen Standort.

Das Land Nordrhein-Westfalen wird diese Rechtsauffassung voraussichtlich in einem Musterprozeß überprüfen lassen. Bis zur Entscheidung über dieses Verfahren sollen gleichgelagerte Fälle in allen Ländern offen gehalten werden. Eine Umfrage des Bundesfinanzministers hat ergeben, daß das Jahr 1993 das erste Jahr sei, in dem in allen betroffenen Ländern noch offene Veranlagungen für Kernkraftwerksbetreiber vorliegen. Deshalb beschlossen die Einkommensteuerreferenten in ihrer Juni-Sitzung, zur Wahrung eines einheitlichen Vorgehens diese Grundsätze erstmals für das Wirtschaftsjahr, das nach dem 31. Dezember 1992 endet, anzuwenden.

Dieser Beschuß ist zwar letzte Woche von den Abteilungsleitern für den Bereich Steuern mit großer Mehrheit bestätigt worden, weil jedoch hiergegen ein Vorbehalt von einem Land eingelegt wurde, muß dieser Punkt erneut in der Finanzministerkonferenz beraten werden.

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort vom 15. Mai 1997 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der SPD erklärt, daß sie die Auffassung der Mehrheit der Finanzminister der Länder nicht teile. Es zeichnet sich jetzt allerdings ab, daß sich das Bundesfinanzministerium der Mehrheitsentscheidung der Länder nicht entgegenstellen will. Es hat sich daher bereit erklärt, die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke über diese Entscheidung zu informieren. Ich begrüße dieses Engegenkommen des Bundesfinanzministers.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im eigenen Interesse!)

Ich will aber auch ganz deutlich unterstreichen: Wenn sich diese Rechtsauffassung durchsetzt, geht es um ein Volumen von 8 bis 9 Milliarden DM - versteuert etwa um 4 bis 5 Milliarden DM. Nun soll man nicht meinen, daß dieses Geld dann sofort fließt. Zum einen

spielt die Frage des Rechtsstreits eine Rolle. Die EVUs haben ja auch angekündigt, daß sie für den Fall, daß sich ihre Rechtsauffassung nicht durchsetze - wir also recht bekommen - dieses Geld in die Hand nehmen wollen, um die Strompreise zu senken. Ich bin der Meinung, das muß man dann akzeptieren.

Überraschend war, daß die Bonner Regierungskoalition Bewegung in die Angelegenheit gebracht hat, als sie in den Schlußberatungen zum Steuerreformgesetz 1998/99 im Finanzausschuß des Bundestages zwei in diesem Zusammenhang erwähnenswerte Gesetzesänderungen vorschlug.

Erstens soll die **Ansammlungsfrist** für Stillegungs- und Beseitigungsverpflichtungen bei Kernkraftwerken von bisher 19 auf 25 Jahre verlängert werden, sofern die Verpflichtung zum Abbau genehmigungsrechtlich nicht auf einen anderen Zeitpunkt festgelegt worden ist. Das ist nur konsequent. Sie sagen ja, mindestens 25 Jahre könne man sie betreiben.

Durch diese Regelung kommt es zum einen zu einer einmaligen Auflösung eines Teils der Rückstellungen, zum anderen vermindern sich die künftigen Zuführungsrraten der Rückstellungen pro Jahr, so daß ein höherer zu versteuernder Gewinn der Unternehmen entsteht.

Ich wiederhole noch einmal: Es handelt sich hier nicht um die von uns als strittig anzusehende Rückstellung; dies ist eine ganz andere Rückstellung, die sich auf den Rückbau der Kernkraftwerke bezieht.

Zweitens soll verbindlich geregelt werden, daß Rückstellungen für Aufwendungen, die **Anschaufungs- oder Herstellungskosten** für ein Wirtschaftsgut sind, nicht gebildet werden dürfen. Diese Vorschrift hat insbesondere bei der **Wiederaufarbeitung** von Brennstäben aus Kernkraftwerken große praktische Bedeutung.

Während die Energieversorgungsunternehmen der Meinung sind, für die Kosten der Wiederaufarbeitung gewinnmindernde Rückstellungen bilden zu dürfen, ist die Finanzverwaltung der Auffassung, daß keine Rückstellungen gebildet werden können, soweit es sich hierbei um Herstellungskosten handele.

Auch wenn die Bonner Gesetzesvorschläge wohl vorrangig aus der Finanzierungsnot und nicht aus innerer Überzeugung der Koalition geboren wurden,

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann man wohl sagen!)

so halte ich sie dennoch für einen Schritt in die richtige Richtung.

Diese beiden Vorschläge zusammengenommen würden Steuermehreinnahmen zwischen 1998 bis 2001 in einer Größenordnung von 10 Milliarden DM für alle Gebietskörperschaften ergeben.

Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie mich gestern vielleicht noch verdächtigt haben, ich hätte kein Interesse, daß heute abend im Vermittlungsausschuß zumindest eine Teillösung hinsichtlich der Steuerreform zustande komme, so ist dies allein schon ein Grund, heute einen Kompromiß anzustreben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Daran haben Sie kein Interesse! - Beifall bei der SPD)

Generell begrüße ich es, wenn die auf diesem Sektor notwendigen Anpassungen und Klarstellungen auf gesetzgeberischem Wege erfolgen. Dies schafft Rechtssicherheit für alle Beteiligten und überläßt es nicht der Finanzverwaltung, in langwierigen Rechtsstreitigkeiten mit ungewissem Ausgang eine von der Auffassung der Unternehmen abweichende Rechtsposition durchzufechten. Insofern finde ich es ausgezeichnet, daß hier nicht die Bundesregierung, sondern die Regierungskoalition in Bonn diese Initiative ergriffen hat.

Ich möchte noch einmal hervorheben, daß der zutage tretende **Vorsorgegedanke** bei der Rückstellungsbildung - der steuerbegünstigten Rückstellungsbildung - grundsätzlich die Zustimmung der Landesregierung findet. Ich will ausdrücklich sagen, daß wir nicht generell gegen Vorsorge auf diesem Gebiet sind. Die bisherige Rückstellungspraxis ist aber ohne eine spiegelbildliche sichere Liquiditätsansammlung nicht der geeignete Weg, um den gewaltigen Stillegungs- und Endlagerungskosten in der Zukunft zu begegnen. Das gilt insbesondere für den Fall eines unvorhergesehenen technischen Störfalls und/oder des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Betreibers. Es muß sichergestellt sein, daß vom ersten Tag der Inbetriebnahme einer Anlage an ausreichende finanzielle Mittel für eine spätere Stillegung vorhanden sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie soll das denn gehen?)

- Das sage ich Ihnen gleich.

Diese Mittel müssen dem Zugriff Dritter entzogen werden, das heißt, sie müssen konkursfest sein. Sie wissen, daß wir in einem konkreten Fall in Hamm-Uentrop vor diesem Problem gestanden haben. Wenn nicht die öffentliche Hand - der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen - mit dreistelligen Millionenbeträgen eingesprungen wäre, wäre dieses Unternehmen vermutlich in Konkurs gegangen, und der Rückbau wäre nicht finanziert gewesen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Warum ist es denn stillgelegt worden? Das müssen Sie einmal sagen!)

Nach Prüfung der sich hierbei anbietenden Lösungsmöglichkeiten hält die Landesregierung im Interesse des Schutzes der Allgemeinheit vor den finanziellen Lasten, insbesondere vor der ungeplanten Stillegung einer kerntechnischen Anlage oder des Konkurses eines Betreibers, die von verschiedenen Seiten unterbreiteten Überlegungen zur Einführung eines **Fondsmodells** für möglich, besonders die Koppelung der Rückstellung mit einem Fondsmodell.

Hierbei wäre - wie im Bericht dargestellt - folgende Ausgestaltung denkbar: Die Rückstellungen werden nach wie vor im Rahmen des geltenden Rechts gewinnmindernd gebildet. Dabei soll es bleiben. In Höhe der zurückgestellten Beträge sind Beiträge zum Beispiel in einen **öffentlich-rechtlichen Fonds** nach Schweizer Modell einzuzahlen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hatten wir bei Schönberg auch!)

Das eingezahlte Kapital ist zugunsten der einzahlenden Unternehmen so anzulegen, daß eine angemessene Verzinsung und kurzfristige Zahlungsbereitschaft gesichert sind. Ich sage nicht einmal, daß wir die Zinsen kassieren wollen.

Im Falle einer endgültigen **Außerbetriebnahme** seiner Anlage hat das beitragspflichtige Unternehmen einen Anspruch gegenüber dem Fonds im Umfang seiner geleisteten Beiträge. Reichen die gezahlten Beiträge nicht zur Deckung der Kosten aus, hat der Inhaber der Anlage dafür einzustehen. Weist er nach, daß seine Mittel nicht ausreichen, deckt der Fonds die verbleibenden Mittel. Das ist der Vorteil.

Ist der Betreiber nicht in der Lage, diesen Differenzbetrag nebst marktüblicher Verzinsung innerhalb eines angemessenen Zeitraums an den Fonds zurückzuerstatten, erfolgt die Refinanzierung über die Solidargemeinschaft der übrigen Betreiber.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da täten sie gut!)

Das ist ein Punkt. Ich sehe die wirtschaftliche Situation der Unternehmen, die Kernkraftwerke betreiben, nicht so, daß da die Gefahr besteht, daß die nicht einmal 1, 2 oder 3 Milliarden DM liquide machen können, aber für neue Reaktoren wie den, der jetzt erst - ich hoffe nicht - in Mülheim-Kärlich in Betrieb gehen soll, ist es vernünftig, sich auf die sichere Seite zu begeben.

Die **Schweden** haben ein ähnliches Modell; es ist aber etwas anders. Da ist nicht das Rückstellungsmodell vorgesehen, sondern da wird pro **Kilowattstunde** an einen staatlichen Fonds abgeführt.

Unser Modell lehnt sich meiner Meinung nach eher an das **Schweizer Modell** an, das heißt Rückstellungsbildung ja, die Verwaltung der Mittel erfolgt aber nicht durch die EVUs. Das bedeutet, die Unternehmen können mit diesem Geld nicht in großem Umfang auf dem Weltmarkt einkaufen.

Dieses Modell - Herr Steinbrück würde sagen: „Vorsicht an der Bahnsteigkante“ - hat bei uns ein paar Schwierigkeiten

(Reinhard Sager [CDU]: Das hat er letztlich auch gesagt!)

- deshalb wiederhole ich das auch -, weil wir anerkennen müssen - anders als in Schweden, wo die Unternehmen überwiegend im staatlichen Besitz sind -, daß wir Privatunternehmen haben. Deshalb gehe ich davon aus, daß die Überführung der jetzigen Rückstellungen in einen Fonds - so auch ein Gutachten der Wuppertaler - sicherlich nur Zug um Zug geht und man nicht verlangen kann, von heute auf morgen diese Rückstellungen in einen Fonds einzubringen. Das muß man meiner Meinung nach ganz nüchtern sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ändert aber nichts an dem Prinzip, daß man die neu zu bildenden Rückstellungen in diesen **Fonds** einbringen könnte und die anderen Zug um Zug in einen solchen Fonds einbringt.

Ich glaube, daß wir mit diesem Modell im Fall eines vorzeitigen **Abschaltens** einer Anlage sicher sind, daß auch die notwendige Vorsorge - notfalls aus einer Umlage des Solidarfonds - getroffen werden kann.

Es kann nicht so sein, daß Kernkraftwerkbetreiber sagen: Wir können, auch wenn vielleicht sicherheitstechnische Bedenken vorhanden sind, nicht stilllegen, weil die Rückstellungen noch nicht gebildet worden sind. So etwas darf es nicht geben. Ich kenne solche Positionen auch nicht. Im Falle der Stillegung von Würgassen steht das Geld aus den Rückstellungen zur Verfügung. Es gibt dort eine Vereinbarung, daß zurückgebaut wird bis auf die grüne Wiese. Man sollte sich meiner Meinung nach auf die sichere Seite begeben. Dafür ist ein **kombiniertes Rückstellungsmodell** durchaus geeignet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoerendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Nabel das Wort.

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich dem Finanz- und Energieminister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht danken, auch wenn es nicht ganz einfach war, diesen Bericht zu lesen. Im Gegensatz zum Tourismusbericht war das doch harte Kost.

Die Haushalte der Länder und Kommunen sind durch die verfehlte Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Bundesregierung seit Mitte der achtziger Jahre systematisch ausgeplündert worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Die Umverteilung von unten nach oben hat bei einigen wenigen einen gewaltigen Reichtum geschaffen, der breiten Masse der arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik wurde aber weiter das Geld aus den Taschen gezogen, und die Länder und Kommunen sind am Ende ihrer Finanzkraft.

Nicht nur im Steuergesetz 1998/99, hochtrabend als **Steuerreformgesetz** bezeichnet, dokumentiert die Bundesregierung, wie sie ihren Kurs zugunsten des

unproduktiven Kapitals und gegen die eigene Bevölkerung fortsetzen will.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Auch in der Praxis der steuerlichen Behandlung der Rückstellungen der Atomindustrie wird das ganz besonders deutlich.

In der gestrigen Debatte zum Landeshaushalt war viel von Kreativität und neuen Ideen die Rede, die es uns in Schleswig-Holstein ermöglichen, im Bundesvergleich gut dazustehen und trotz knappster Kassenlage beharrlich auf dem Weg der sozialen und ökologischen Erneuerung und Modernisierung unseres Landes weiterzugehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer glaubt das denn?)

Bundesfinanzminister Theo Waigel brauchte nicht einmal besonders viel Kreativität, um wenigstens einen Teil der riesigen Finanzierungslücken im Bundeshaushalt zu schließen. Er müßte nur die bestehenden Gesetze zum Wohle des ganzen Volkes und nicht zugunsten einer bestimmten Gruppe auslegen,

(Beifall des Abgeordneten Delef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

um den Kassen von Bund, Ländern und Kommunen eine echte Entlastung zu bringen.

Nicht erst seit dem Vorliegen des Berichts zu den Rückstellungen der Atomindustrie aus dem Hause von Finanz- und Energieminister Möller wissen wir, daß große Potentiale in Milliardendimensionen darauf warten, abgeschöpft zu werden. Der Bericht unterstützt nachdrücklich unsere Position, die ich am 11. Juni dieses Jahres bei der Einbringung des gemeinsamen Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgetragen habe.

Die **Rückstellungspraxis** der großen Energiekonzerne ist nicht nur fragwürdig, sondern sie ist in Teilen sogar rechtswidrig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist Unsinn!)

Einen Teil der bereits vorhandenen Rückstellungen aufzulösen, wirkt damit gewinnerhöhend und muß deshalb nachversteuert werden. Rückstellungen für den Aufbau und den Betrieb eines Endlagers sind nach den einschlägigen Rechtsvorschriften auch künftig nicht statthaft. Der Minister hat dazu einiges ausgeführt.

Diese Rechtsauffassung stützt den Beschuß der **Finanzministerkonferenz** vom April 1997, daß die Energieversorger ihre für den Betrieb eines atomaren Endlagers gebildeten Rückstellungen in einer Größenordnung zwischen 7 Milliarden und 9 Milliarden DM auflösen und nachversteuern müssen.

Angesichts der Tatsache, daß die Stromwirtschaft selbst ein **Endlager** erst ab **2030** einplant und sich darüber hinaus überhaupt kein gesellschaftlicher Konsens über die weitere Nutzung der Kernenergie abzeichnet, ist es zum heutigen Zeitpunkt völlig offen, wann es in Deutschland ein Endlager oder mehrere Endlager geben wird.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Finanzministerkonferenz hielt deshalb auch dem Grunde nach, Herr Kubicki, die Rückstellungen teilweise für unzulässig. Auf die Energiewirtschaft kommen dadurch **Steuernachforderungen** in Höhe von 4 Milliarden bis 5 Milliarden DM zu.

Die Länder einigten sich darauf - der Minister hat es gesagt -, alle Rückstellungen der Atomindustrie nach dem Wirtschaftsjahr 1992 in diesem Sinne zu überprüfen. Der Bundesfinanzminister allerdings hielt die Rückstellungen in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zwar für Rechtes, wollte zunächst aber doch rund 750 Millionen DM - immerhin eine Dreiviertelmilliard - an Steuern nachfordern, weil ein atomares Endlager auch nach seiner Ansicht erst nach dem Jahr 2009 errichtet werden und betriebsbereit sein kann.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Bundeskanzler Kohl wies jedoch nach einem Gespräch mit dem RWE-Chef seinen Finanzminister Waigel an, auch diese Pläne fallenzulassen. Der Verzicht auf bis zu 5 Milliarden DM an Steuern zugunsten der Stromwirtschaft ist ein Skandal.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Tatsache, daß sich die Bundesregierung bei der Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion ausschließlich auf Angaben der Stromwirtschaft stützt, ihr damit einen Teil der Steuerschätzung überläßt und sich offenkundig als Hüterin der Monopolinteressen der Stromwirtschaft entlarvt, ist ein weiterer Skandal.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen nicht zulassen, daß durch die Bundesregierung weiterhin Beihilfe zur Steuerhinterziehung geleistet wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach Jahrzehntelangen milliardenschweren Dauersubventionen der Atomenergie dient die Rückstellungspraxis auch dazu, den Preis von Atomstrom niedrig zu halten und damit die Chancen einer auf vernünftige und nachhaltige Nutzung der Ressourcen und den Aufbau regenerativer Energien ausgerichteten Energiepolitik zu verringern. Wir wollen den **Ausstieg** aus der Dinosaurier-Technologie **Atomkraft**.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir bleiben dabei: Wir werden ein Atomenergieabwicklungsgesetz in Bonn auf die Reihe bringen, sobald wir im Herbst 1998 die Wahl gewonnen haben werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und wenn nicht? - Reinhard Sager [CDU]: Also nicht!)

Angesichts des öffentlichen Drucks hat sich der Bundesfinanzminister schließlich doch durchgerungen, Teile der Position der Finanzministerkonferenz ins sogenannte Steuerreformgesetz 1998/99 aufzunehmen, das von uns insgesamt aber wegen seiner sozialen Schieflage und der mangelhaften Gegenfinanzierung nach wie vor abgelehnt wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schön, dann kommt sie ja nicht!)

Minister Möller hat darauf hingewiesen, daß ein Eingehen auf die Vorschläge von Herrn Schäuble beispielsweise ein Weg sein kann, an einen Tisch zu

kommen und miteinander zu reden. In diesem Bereich ist es sicherlich sinnvoll, eine gemeinsame Vereinbarung zu finden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Allerdings richten sich die in dem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen nur gegen zukünftige Rückstellungen. Zwar werden für die Zukunft Steuermehreinnahmen in Höhe von jährlich 2,5 Milliarden bis 3,5 Milliarden DM möglich - davon profitieren auch Länder und Kommunen mit etwa einem Drittel; das kann man in den schönen Tabellen des Berichts des Finanzministers nachlesen -, die Frage aber, was mit den bisher illegal angesammelten Rückstellungen passiert, wird vom Bundesfinanzminister weder in der Antwort auf die Kleine Anfrage noch im sogenannten Steuerreformgesetz beantwortet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was heißt denn „illegal“?)

Unter durch die Steuerbefreiung völlig verzerrten Wettbewerbsbedingungen hat die Stromwirtschaft mit zweistelligen Milliardenbeträgen einen bisher noch nicht dagewesenen Feldzug von Unternehmensübernahmen und -gründungen in der kommunalen Energiewirtschaft, in der Mineralölwirtschaft, in der Bauwirtschaft, in der Abfallwirtschaft, in der Telekommunikation, ja sogar im Rüstungsbereich vollzogen. Gleichzeitig mußten wir beispielsweise bei der Stilllegung des Reaktors in Hamm-Uentrop miterleben, daß wegen Liquiditätsproblemen ein großer Teil der Lasten öffentlichen Händen aufgebürdet wurde. Das darf nicht mehr so sein.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer war denn der Betreiber in Hamm-Uentrop?)

Die Praxis der Rückstellungen muß sich grundlegend ändern.

Natürlich wollen auch wir, daß weiterhin das **Verursacher- und Vorsorgeprinzip** gilt. Deshalb sollen auch weiterhin Rückstellungen gebildet werden, aber bitte nach Recht und Gesetz, und im Gesetz muß klar geregelt werden, daß illegale Rückstellungen in Zukunft nicht mehr möglich sind.

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Gleichzeitig muß den Energiekonzernen der Zugriff auf die Rückstellungen zur Finanzierung ihrer Konzernexpansion entzogen werden. Im Bericht des Finanz- und Energieministeriums werden verschiedene **Fondsmodelle** diskutiert, die sich in anderen Ländern, beispielsweise in der Schweiz, bewährt haben, uns als durchaus geeignet erscheinen, sowohl dem Vorsorgegedanken Rechnung zu tragen als auch den Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken, und gleichzeitig konkursfest sind.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich dem Minister für den Bericht danken und den Minister auffordern, den im Bericht aufgezeigten Weg beharrlich weiterzugehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Niveau ist wirklich traurig!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften der Ernst-Barlach-Realschule in Wedel.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Sager.

Reinhard Sager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank für den sachlichen Debattenbeitrag des Finanz- und Energieministers Möller und für den sachlich dargestellten Bericht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses, Herr Energieminister. Sie haben hier bekräftigt, daß es der Landesregierung nicht darum geht, die steuerbegünstigte Rückstellungspraxis für die Kernkraftwerksbetreiber in Frage zu stellen. Das war eine deutliche Klarstellung.

(Unruhe bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der sachliche Bericht und die Debatteinlassung von Ihnen, Herr Möller, heben sich wohltuend von dem

Geschrei ab, das Herr Nabel und die Grünen hier veranstalten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich habe den Eindruck, daß es bestimmten Vertretern von SPD und Grünen nur darum geht, hier eine Art Ersatzveranstaltung für ihre gescheiterte verbale Ausstiegspolitik aus der Kernenergie zu machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben ja mittlerweile den ersten Jahrestag zu feiern, nach dem schon alle Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein abgeschaltet sein sollten. Das war 1996. Sie kommen da kein Stück weiter. Selbst eine so diffizile Angelegenheit wie die steuerliche Behandlung von Rückstellungen in diesen Unternehmen ist Ihnen nicht zu schade dafür, hier ein solches Geschrei zu veranstalten. Selbst Klassenkampf gegen Bonn flechten Sie mit ein. Sie sollten sich für Ihre Äußerungen schämen, Herr Nabel.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Bericht des Energieministers in den Kapiteln I bis III ist eine gute, sachliche Beschreibung der rechtlichen und tatsächlichen Situation. Die Auseinandersetzung muß deshalb logischerweise über den Teil IV des Berichtes geführt werden. Im Kern fordert die Landesregierung darin, den Kernkraftwerksbetreibern die gebildeten Rückstellungen mit Hilfe eines **öffentlicht-rechtlichen Fondsmodells** zu entziehen. Das ist allerdings eine neue Variante. Die Regierung will einen öffentlich-rechtlichen Fonds - so wird das in dem Bericht begründet -, um angebliche Risiken bei der Stilllegung von Kernkraftwerken besser - wie die Regierung behauptet - abzudecken. Die Frage ist, ob dies ein sinnvoller Vorschlag sein kann.

Man kann natürlich auch darüber diskutieren, ob der Schleswig-Holsteinische Landtag überhaupt der richtige Ort für diese Auseinandersetzung ist. Denn fest steht, daß kein einziger Kernkraftwerksbetreiber seine Finanz- und Steuerabrechnung in Schleswig-Holstein vornimmt, wie Herr Möller soeben durch Kopfnicken bestätigt.

Sie bezeichnen die bisherige Rückstellungspraxis als ungenügend und weisen dabei auf eine angeblich fehlende Liquiditätsansammlung hin, die wiederum angeblich nicht ausreiche, die Stilllegungs- und Endlagerkosten zu finanzieren.

Bisher - das ist wieder eine neue Variante - haben doch gerade Vertreter von SPD und Grünen immer wieder behauptet, die Unternehmen der Kernenergie hätten zuviel Geld auf der hohen Kante. Da müssen Sie sich schon entscheiden, was Sie eigentlich wollen. Ist das nun zuviel oder zuwenig Risikovorsorge? Entscheiden Sie sich!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine weitere Frage ist doch, ob der Konkurs eines Kernkraftwerkbetreibers nicht nur ein theoretisches Beispiel darstellt; die Praxis sieht nämlich auch hier ganz anders aus, wie Ihnen eigentlich bekannt sein dürfte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alle in der Hand der WestLB!)

- Herr Kubicki, wir haben schon letztes Mal darüber geredet, welche Spitzengenossen überall in den Aufsichtsräten und Vorständen der großen Elektrizitätsunternehmen sitzen; diese Frage können wir hier gesondert diskutieren, vielleicht in Form eines Drei-Minuten-Beitrages.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen wir demnächst auch einmal, damit Herr Nabel doch noch ruhig wird!)

- Das werden wir noch deutlich machen - keine Sorge!

Die derzeit in Deutschland laufenden Kernkraftwerke sind doch in besonders finanzstarke Unternehmen eingebunden. Mir ist nicht bekannt, daß jemand hier im Hause oder anderswo die Meinung vertritt, die HEW oder PreussenElektra stünden akut vor einer Firmenpleite. Eine solche Gefahr sehe ich nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei HEW könnte es der Fall sein!)

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die vorzeitige Stilllegung des Kernkraftwerkes in Würgassen konnte die PreussenElektra mit einer sofortigen Auffüllung der Rückstellungen problemlos auffangen.

Ganz anders war allerdings die Situation beim **Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop** in Nordrhein-Westfalen. Dieses Beispiel wurde hier schon erwähnt. Im Bericht des Ministeriums muß dieser Fall allerdings als Beispiel für eine veränderte Rückstellungspraxis herhalten. Die Landesregierung

beklagt, daß dort nicht genügend Geld für die Stilllegung angesammelt gewesen sei, so daß die öffentliche Hand bei diesem Versuchsreaktor helfend einspringen mußte.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Abgesehen davon, daß dieses Beispiel zeigt, daß Rückstellungen eher schneller als langsamer gebildet werden müssen, wird bei Betrachtung der Fakten und Hintergründe schnell deutlich, weshalb dieses Beispiel nichts taugt. Hamm war kein klassisches Industrieobjekt. Hamm war ein Versuchsreaktor. Dieser Versuchsreaktor wurde gemeinsam vom Bund, vom Land Nordrhein-Westfalen und vom Betreiber VEW getragen. Das muß hier einmal unterstrichen werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Das „Hört, hört!“ ist für die linke Seite des Hauses vielleicht auch einmal ganz interessant.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine reine Subvention für eine neue Technologie, die vom Staat finanziert wird!)

- Herr Hentschel, daß Sie so etwas nicht verstehen, wundert mich überhaupt nicht.

Das Ziel des Reaktors in Hamm war es, bei der Vergasung von Ruhrkohle Fortschritte zu erzielen. Herr Hentschel, Sie müssen sich einmal über die Fakten und Hintergründe ein Bild machen, bevor Sie solche unqualifizierten Zwischenrufe machen. Allerdings ist es auch richtig, daß es in Hamm erhebliche technische Anlaufprobleme gab, die zusammen mit der politischen Meinungsänderung bei der Landesregierung in Düsseldorf zum frühzeitigen Aus für diese Anlage geführt haben. Die politischen Gründe waren bei der Stilllegung also dominierend, und die Folge war, daß bei der extrem kurzen Laufzeit des Reaktors logischerweise noch nicht ausreichende Mittel zurückgestellt werden konnten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das spricht doch für eine Reform!)

Meine Damen und Herren, zusammenfassend stelle ich fest, daß die Gründe für ein **öffentlich-rechtliches Fondsmodell** für mich nicht überzeugend dargelegt

sind. Die Verantwortung für die Nutzung der Kernenergie und die daraus resultierenden Folgen bei Stilllegungen und bei allen anfallenden Entsorgungskosten muß, wie im Atomgesetz vorgesehen, in vollem Umfang bei den Betreibern verbleiben. Die Gefahr, daß die angesammelten Finanzmittel bei öffentlicher Verwaltung eines von Ihnen gewollten Fonds eines Tages für andere Zwecke verfrühstückt werden, kann doch wirklich nicht ausgeschlossen werden, zumal die Begierde der öffentlichen Hand angesichts dauerhaft leerer Kassen nach solchen Geldmitteln sehr groß ist. Auch darüber haben wir hier im Juni debattiert.

(Minister Claus Möller: So, wie die Bundesregierung die Pflegerücklage angreifen will! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!)

Jetzt müßte ich auch wieder zu den Buchungsverfahren Stellung nehmen, denn der Finanzminister hat das letzte Mal gesagt, die Rückstellungen würden neu bewertet. Deshalb können wir uns auch darüber ein Bild machen, wie Sie damit dann buchungsmäßig umgehen.

Aus diesen Gründen warne ich davor, Sonderregelungen für die Kernkraftwerke einzuführen. Die **Rückstellungspraxis** sollte weiterhin so gestaltet werden, wie sie in anderen Bereichen der Wirtschaft auch gestaltet wird. Auf keinen Fall darf die Debatte über die Rückstellungspraxis ein Ersatzvehikel für Ihre gescheiterte Ausstiegspolitik werden. Das möchte ich Ihnen nochmals ins Stammbuch schreiben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Wesentliche des Berichts der Landesregierung, für den ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken möchte, steht kurz und knapp auf der Mitte der Seite 12:

„Die Prüfung der sich hierbei anbietenden Lösungsmöglichkeiten hat folgendes ergeben:

1. Bisherige **Rückstellungspraxis** ungenügend.“

Ich freue mich, daß Herr Kollege Sager inzwischen diese Auffassung offenbar teilt, weil er den Bericht insofern begrüßt hat.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Landesregierung präferiert einen Fonds, in den die zurückgestellten Mittel einfließen sollen. Ein **öffentlich-rechtliches Fondsmodell** ist nichts Außergewöhnliches. Dafür finden wir Vorbilder in der Schweiz, in Schweden und in den USA, wie im Bericht dargestellt wurde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die haben auch ein ganz anderes Steuerrecht!)

Die Vorteile eines solchen Fondsmodells sind im Bericht ausreichend dargestellt. Die zurückgestellten Mittel werden der freien Verfügbarkeit der Betreiber entzogen. Die Mittel können daher nicht mehr in riskanten Unternehmen verjubelt werden. Die Mittel sind kurzfristig mobilisierbar. Über eine Solidargemeinschaft der Betreiber ist bei vorfristiger Stillegung auch eine Deckung der Kosten gewährleistet. Bei genauer Kenntnis des Berichts hätte der Kollege Kubicki keine Zwischenfrage an den Minister stellen müssen.

Die Bewertung des Fondsmodells durch meine Fraktion lautet daher: Wir finden es gut, daß die Landesregierung ein öffentlich-rechtliches Fondsmodell anstrebt. Wir fordern die Landesregierung auf, diesen Absichten Taten folgen zu lassen und im Bundesrat und bei den Landesfinanzministerkonferenzen entsprechende Initiativen zu ergreifen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nur dort hört keiner auf ihn!)

Als am 11. Juni dieses Jahres unser Antrag eingebracht wurde, haben sich beide Oppositionsparteien dieses Hauses gegen ein Fondsmodell ausgesprochen. Ich habe mir die Mühe gemacht, aus dem Protokoll der Sitzung noch einmal Ihre Argumente zu recherchieren. Herr Sager führte dort wie auch heute wieder aus, die Befürworter eines Fondsmodells wollten schlicht und einfach - so hat er es wörtlich ausgedrückt - ran ans Geld. Herr Sager, so schlicht und einfach drücken Sie sich hier im Hause regelmäßig aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie führten weiter aus, daß es nicht sicher sei, daß die Finanzminister das Geld in einem solchen Fonds nicht für andere Zwecke verfrühstückten.

(Reinhard Sager [CDU]: Richtig!)

Da sich öffentlich-rechtliche Fondsmodelle in anderen Ländern außerordentlich gut bewährt haben, hält die CDU die Politik in der Bundesrepublik Deutschland offenbar für besonders verrucht und unsolide. Im Ernst, meine Damen und Herren, selbstverständlich muß eine solche Zweckbindung eines öffentlich-rechtlichen Fonds gesetzlich festgeschrieben werden. Die F.D.P. hat hier ähnlich argumentiert, deshalb brauche ich nicht weiter darauf einzugehen. Daß man aber einfach ran ans Geld will, darf man einem Finanzminister angesichts leerer öffentlicher Kassen nicht negativ auslegen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nun kommen wir doch endlich zur Wahrheit!)

In der Tat sind die **Rückstellungen** nicht dem Grunde nach, aber doch der Höhe nach völlig ungerechtfertigt, soweit sie der Stillegung ehemaliger Atomkraftwerke dienen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die sehr detaillierten Ausführungen zum diesem Thema in der Nummer 2/97 der Zeitschrift „Solar“. Der Autor des Beitrags, Dr. Sauer, bezeichnet die Rückstellungserträge selbst bei einem EVU-internen Kalkulationszins von 3,8 % als um 40 % überhöht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Guter Mann!)

- Bitte keine Personaldiskussion, Herr Kubicki! - Er kommt damit auf 3 Milliarden DM pro Atomkraftwerk. Dabei ist der Rückbau eines Atomkraftwerkes noch gar nicht einmal vorgeschrieben. Es wäre auch der sehr viel billigere sichere Einschluß möglich. Somit würden bereits nach der Hälfte der angenommenen Laufzeit riesig überhöhte Beträge angesammelt.

Mit der aus Rückstellungen prall gefüllten Kriegskasse kaufen die EVU-Monopolisten alles gnadenlos auf, was ihnen in die Hände kommt, Ver- und Entsorgungsunternehmen, andere Energieversorger, ein oder mehrere Stadtwerke, Telekommunikationsunternehmen und neuerdings auch Reiseriesen. Ich zitiere die Deregulierungskommission: „Ein Feldzug der Unternehmensaufkäufe!“ Deshalb

frage ich die Opposition, ob es in ihren Reihen eigentlich keine Marktwirtschaftler gibt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Doch!)

denen bei dieser gigantischen Wettbewerbsverzerrung nicht das Herz blutet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was hat das mit Rückstellungen zu tun?)

Dem Grunde nach müssen Rückstellungen für Zwecke der Errichtung und des Betriebs eines Atommüllendlagers nach derzeit geltendem Recht nicht als steuermindernd anerkannt werden. Das heißt auch, sie dürfen nicht anerkannt werden, und das ergibt sich aus der höchstrichterlichen Interpretation durch den Bundesfinanzhof. Dieser fordert eine konkrete sachliche Zuordnung und eine zeitlich überschaubare Größenordnung, die zur Zeit überhaupt nicht gegeben ist. Beides ist bei der Entsorgung des Atommülls nicht erkennbar. Es gibt dafür keinen Standort in Deutschland. Denken wir an Gorleben, so ist nicht einmal die Untersuchung des ins Auge gefaßten Standortes gesetzlich gesichert, wie durch die Bemühungen der Bundesumweltministerin um die Novellierung des derzeit geltenden Atomrechts deutlich wird.

Gleichwohl wissen wir, daß eineendlagerung von Atommüll, wo er von der Atomindustrie nun einmal erzeugt wurde, eines Tages erforderlich sein wird. Da dies - keiner weiß, wann, und keiner weiß, wie - eines Tages gelöst werden muß, muß man schon heute mit erheblichen finanziellen Aufwendungen für den Zweck der **Atommülllagerung** rechnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und dann?)

Und das wird keineswegs billig.

(Reinhard Sager [CDU]: Eben!)

Das wird sogar absurd teuer.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb will er keine Rückstellungen bilden!)

Meine Damen und Herren, es handelt sich offensichtlich um eine gesetzliche Lücke.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und nu?)

- Es ist ja so. Die gilt es zu schließen, Herr Kubicki.

Beim Betrieb von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen fällt bekanntlich tonnenweise Plutonium an. Die Halbwertzeit von Plutonium 239 beträgt 24.360 Jahre. In der Natur kommt Plutonium nur in sehr kleinen Mengen vor, in Uranmineralien zum Beispiel, Pechblende, wo es aus natürlichem Uran entsteht. Das Isotop 239 entsteht in relevanten Quantitäten praktisch nur durch die Kernreaktion. Es ist sozusagen menschenerstellt.

Ich zitiere aus einem Nachschlagewerk:

„Wegen seiner hohen Alphaaktivität und seiner starken Neigung zur Ablagerung in den Knochen gehört Plutonium zu den gefährlichsten unter den bekannten giftigen Stoffen. Einatmen kann Lungenkrebs hervorrufen.“

Das ist eine sehr trockene, eher understatementhafte Beschreibung dieses Teufelszeugs.

Der Gott Pluton - lateinisch: Pluto - begann als Gott des Reichtums und wurde später zum Herrscher über die Unterwelt. Die Halbwertzeit von 24.360 Jahren und die hohe Giftigkeit machen eine Aufbewahrung für sehr lange Zeiträume unter sehr abgesicherten Umständen notwendig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist schon heute so!)

Ich wiederhole es hier im Landtag, auch auf die Gefahr hin, Sie zu langweilen oder zu amüsieren, wo sich die F.D.P. regelmäßig in Zynismusübungen ergeht. Ich wiederhole es trotzdem: Wir belasten durch die Nutzung von Atomstrom für maximal drei Generationen die Menschheit mit Rückständen unserer Zivilisation, die geeignet sind, alles menschliche Leben zu vernichten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch das ist schon heute so!)

Die Auswirkungen dieses Handelns wirken in die Zukunft länger als jede historische Erkenntnis der Vergangenheit, und sei sie noch so vage. Dies - und sei es noch so gut gesetzlich abgesichert - liefert die Legitimation zu zivilem Ungehorsam,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Matthiessen! Oh Gott, Matthiessen!)

der mitunter, wie die mythologische Weissagerin Cassandra, in einem Kleid einherkommt, das die übrige Gesellschaft erschreckt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Damit ist alles gerechtfertigt!)

- Herr Kubicki, regen Sie sich nicht auf!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich rege mich nicht darüber auf!)

Sie halten sich ja so scharf an die Gesetze, daß Sie die gegen Sie angestrengten Prozesse sämtlich gewinnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Das ist doch hier im Hause hinlänglich bekannt.

Man könnte die Atommüllentsorgung - was für ein Lügenbegriff! - sicherlich finanziell durchkalkulieren: 50.000 Jahre bewachen und kühlen - und man hätte als Ergebnis einen sehr hohen finanziellen Betrag.

Natürlich ist auch klar, daß Quantitäten irgendwann einen qualitativen Charaktersprung in sich bergen. Der Gedanke einer Endlagerung für so lange Zeiträume ist offensichtlich absurd.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Im Mai 1974 übernahm Hans Matthöfer im Kabinett von Bundeskanzler Schmidt das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Er schreibt in seinem Buch „Interviews und Gespräche zur Kernenergie“ auf Seite 77:

„Der Bundestag hat von der Bundesregierung zum 1. Juli 1977 einen Bericht über den Stand der Entwicklung aller Probleme, die mit der Entsorgung zusammenhängen, erbeten. Der dafür zuständige Bundesminister des Inneren hat deutlich gemacht, daß der Nachweis der sicheren Entsorgung in Zukunft auch ein entscheidendes Kriterium für die Betriebsgenehmigung von Kernkraftwerken ist.“

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis dieser Bewertung der **Entsorgungsfrage** als entscheidendes Kriterium aus dem Jahre 1977 ist bekannt. Wir haben über 20 Atomkraftwerke im Land.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was hat das jetzt mit dem Thema zu tun?)

Der Bundesforschungsminister a. D. Hans Matthöfer wurde am 25. September 1925 in Bochum geboren. Er begeht heute seinen 72. Geburtstag, zu dem ich ihm recht herzlich gratuliere.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einige kurze Vorbemerkungen! Zunächst einmal täte es diesem Hohen Haus wirklich gut, wenn zu einer Sache, die etwas diffizil ist, Leute reden, die etwas davon verstehen. Bei der Frage des Steuerrechtes und des Rückstellungsrechtes wären wir sehr gut beraten, wenn sich nicht der Kollege Nabel und der Kollege Matthiessen dazu äußerten, sondern diejenigen Leute auf der linken Seite, die in der Rechtsmaterie - -

(Konrad Nabel [SPD]: Sie sind ein arroganter Schnösel!)

- Das bin ich gern! Das bin ich wirklich gern, Herr Nabel! Die Tatsache, daß man ein Studium hinter sich bringt, hat etwas zu bedeuten. Nicht jeder, der eine braune Jacke trägt und so kurzgeschoren ist wie Sie, versteht etwas von der Sache.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD)

Wir werden sehen, wie die Überlegungen des Finanzministers - ich bin sicher, daß es einen Finanzrechtsstreit geben wird - vor den Schranken des Bundesfinanzhofs im Zweifel aufgenommen werden und wie entschieden wird. Zur Rückstellungsproblematik insgesamt gibt es eine sehr ausgeklügelte, sehr ausgesuchte finanzwissenschaftliche und finanzrechtliche Rechtsprechung.

Das zweite, Herr Kollege Matthiessen - das sage ich in vollem Ernst - ist folgendes. Ich halte Menschen, die aufgrund ihrer eigenen moralischen Überzeugung glauben, sie könnten sich über bestehende Rechtslagen hinwegsetzen, für gefährlich. Das endet in aller Regel -

das ist ein guter menschlicher Rat - entweder beim Arzt oder im Gefängnis.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie müssen das gerade sagen!)

Deshalb sage ich Ihnen: Kommen Sie zurück - - Das ist ein gutgemeinter anwaltlicher Rat. Ich erlebe es häufiger in meiner Praxis, daß Menschen auflaufen und glauben, sie könnten sich über Recht und Gesetz hinwegsetzen, weil sie im Besitz einer höheren Moral sind. Ich sage Ihnen: Das wird scheitern! Ich bitte Sie ganz herzlich: Kommen Sie zurück auf den Boden des Rechtes, und versuchen Sie nicht, den schleswig-holsteinischen Landshaushalt dadurch zu entlasten, daß Sie zu Demonstrationen aufrufen, die nach Ihrer Überzeugung gewalttätig sein dürfen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Landesregierung hat uns mit ihrem Bericht zu **Rückstellungen der Atomindustrie** ein wahrhaft wegweisendes Kompendium zur Verfügung gestellt, dessen Neuigkeitswert gegenüber der Antwort der Bundesregierung vom 15. Mai dieses Jahres darin besteht, daß es die geplante Änderung des Jahressteuergesetzes 1998/99 referiert. Ob diese Änderungen aber auch Gesetz werden, steht in den Sternen, weil der Bundesrat bisher die Umsetzung blockiert. Ich habe gelinde Zweifel daran, Herr Minister, daß es Einzelpakete geben wird. Die Paketlösung wird entweder insgesamt kommen oder gar nicht. Wir werden sehen, was dann im Vermittlungsausschuß dabei herauskommt.

(Minister Claus Möller: Ein guter Vorschlag?)

Ich komme jetzt zu den Inhalten. Dort wurde die Ansammlungsfrist für die Stilllegungs- und Beseitigungsverpflichtungen von 19 auf 25 Jahre erhöht und die Bildung von Rückstellungen für Anschaffungs- und Herstellungskosten verboten. Ich will ausdrücklich folgendes sagen. Herr Minister, Sie haben darauf abgehoben. Es macht Sinn - auch nach der bisherigen Rückstellungspraxis -, wenn die Betriebsdauer länger ist, den Zeitraum auszuweiten. Das entspricht der Rechtslage und der Rechtsprechung. Daran führt kein Weg vorbei.

Bei der Debatte zu Ihrem Berichtsantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen, habe ich gesagt, daß eine Veränderung der Rückstellungsbedingungen nur dann Sinn macht, wenn

sich die Erwartungen über die zukünftigen Kosten verändert haben oder die Grundlage für deren Bildung entfallen ist. Vor genau diesem Hintergrund sind die Änderungen im Jahressteuergesetz zu bewerten. Die Verlängerung der Ansammlungsfrist berücksichtigt, daß die Atomkraftwerke länger als ursprünglich geplant am Netz sind und somit ein längerer Zeitraum für die Bildung der Rückstellungen sinnvoll ist, was übrigens aus politischer Überzeugung nicht in Ihrem Interesse sein dürfte, Herr Matthiessen. Die steuerrechtliche Folge dieser Einschätzung der Atomindustrie ist eben auch eine finanzwirtschaftlich sinnvolle, da der Finanzminister für die bisher gebildeten Rückstellungen Geld zurückerhält und die Rückstellungsraten künftig geringer ausfallen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Praktisch finden wir das gut!)

Das Verbot für Rückstellungen für Anschaffungs- und Herstellungskosten dient der Beseitigung von Rechtsunklarheiten über die Rechtmäßigkeit der Rückstellungen, die bisher in der steuerrechtswissenschaftlichen Literatur äußerst umstritten ist.

Mit diesen Gesetzesänderungen soll ein Teil der Rücklagen steuerpflichtig aufgelöst werden, so daß jetzt hoffentlich alle Beteiligten auf der guten Seite des Hauses glücklich sind, die Grünen, weil das Geld des gebeutelten Steuerzahlers jetzt nicht mehr in den Krakenarmen der Atommafia verbleibt

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- wir werden Ihnen demnächst die Köpfe dieser Krake Atommafia präsentieren und deren Parteizugehörigkeit; Sie werden sich wundern, wer da alles sitzt -, der Finanzminister, weil ihm aus der Auflösung der Rückstellungen auch ein paar Mark in seinen maroden Haushalt zufließen.

Eines möchte ich in Zukunft in diesem Haus nicht mehr hören, nämlich daß die zukünftigen Lasten aus der Nutzung der Atomenergie nicht ausreichend in die Kalkulationen der Energieversorger eingearbeitet seien.

Der Rest des Berichts der Landesregierung wird dann allerdings etwas abstrus. Sie schlägt vor, daß die Verantwortung für die Deckung der Stilllegungs- und der Endlagerkosten bei den Energieversorgern verbleibt. Das heißt, daß diese weiterhin

Rückstellungen bilden dürfen; einzige die Verfügungsgewalt über diese soll ihnen entzogen werden. Das ist nichts Neues. Über die diesem Vorgehen zugrunde liegenden **Fondsmodelle** haben wir bereits bei der Debatte zur Einbringung des Berichtsantrags gesprochen.

Neu und falsch ist aber die Begründung für die Umsetzung. Ich darf aus dem Bericht der Landesregierung zitieren:

„Vielmehr muß sichergestellt sein, daß vom ersten Tag der Inbetriebnahme einer Anlage an ausreichende finanzielle Mittel für eine spätere, gegebenenfalls auch frühzeitige beziehungsweise schnelle Stillegung einer Anlage vorhanden sein müssen. Diese Mittel müssen dem Zugriff Dritter entzogen sein, das heißt sie müssen konkursfest sein.“

Herr Finanzminister, Sie halten auf der einen Seite die bisherige Rückstellungspraxis für problemadäquat. Auf der anderen Seite sollen Mittel für eine frühzeitige Stillegung bereitstehen. Wie soll das denn zusammengehen? Wie wollen Sie Mittel für eine frühzeitige Stillegung am Beginn des Betriebs einer Anlage bereitstellen, wenn sie gleichzeitig die Rückstellungsquoten senken?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Über ein Fondsmodell! Wieder nicht zugehört!)

- Ich bin ganz begeistert, daß Rot und Grün jetzt Verfechter der Marktwirtschaft werden. Ich bin wirklich begeistert, weil ich offensichtlich 20 Jahre lang einen völlig falschen Begriff von Marktwirtschaft hatte. Kommen Sie her, und erklären Sie mir das, Herr Kollege Hentschel: Wie soll, wenn alle Kernkraftwerke in diesen Fonds einzahlen, im nächsten Monat die Stillegung eines Kernkraftwerkes aus den Einzahlungen in diesen Fonds finanziert werden? Das ist schlicht Unsinn; das ist Quatsch. Sie brauchen in diesem Fonds eine bestimmte Größenordnung. Das kann nicht von Anfang an für jedes Kernkraftwerk vorhanden sein. Das kann erst im Laufe der Zeit gebildet werden.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum letzten Satz. - Ihre Vorschläge sind einfach unausgegoren, und sie rechtfertigen sich nur aus der Vorstellung heraus, daß dem Fiskus erneut Mittel zufließen müssen. Daß damit eine ausreichende Vorsorge für die Zukunft getätigt wird, vermag ich zu bezweifeln.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Kollege Kubicki, ich meine, wenn es um die Gesellschaft geht, in der wir leben, dann sind wir alle Experten. Wir tun manchmal vielleicht gut daran, uns beraten zu lassen. Aber ich meine, daß es nicht der richtige Weg sein kann, sich hier hinzustellen und zu sagen: Hätte man mich als Anwalt da einmal gefragt!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es kann nicht jeder alles kennen! - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich sage nur grundsätzlich, was ich von einer solchen Einschätzung halte.

Ich gebe dem Kollegen Nabel recht, der vorhin sagte, daß sich dieser Bericht nicht so schön liest wie der Tourismusbericht. Gleichwohl möchte ich den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in beiden Ministerien für die großartige Arbeit, die sie geleistet haben, danken. Ich bin der Ansicht, daß der Bericht zu den **Rückstellungen der Atomindustrie** dennoch wesentlich ist und irgendwie weiterhilft. Alles in allem ist dieser Bericht über die derzeitige Rückstellungspraxis angesichts der leeren Kassen eher ernüchternd, wenn man die vage Hoffnung hatte, daß durch eine Änderung der bisherigen steuerrechtlichen Bewertung auf schnelle Weise Steuermehreinnahmen zu erzielen seien. Ich denke, darin sind wir uns einig; wir alle haben den Bericht gelesen.

Bei einer Nichtanerkennung der bisher gebildeten Rückstellungen in Höhe von fast 54 Milliarden DM wäre mit Steuermehreinnahmen in Höhe von 4 Milliarden bis 5 Milliarden DM zu rechnen. Aber die Landesregierung hat mit ihrer Einschätzung, daß die Energiewirtschaft Einspruch gegen diese Neubewertung der Rückstellungen erheben würde, sicherlich recht. Die Folgen wären wahrscheinlich jahrelange Prozesse am Bundesfinanzhof. Hinzu kommt noch die Drohung - anders kann man das nicht deuten, denke ich - der Kernkraftwerksbetreiber, daß ein niedriger Ansatz von Rückstellungen nicht automatisch

zu höheren Gewinnen führen würde, sondern zu einer Reduzierung der Stromproduktionskosten und damit der Strompreise genutzt werden würde. Wenn das Ziel einer Nichtanerkennung der Rückstellungen mehr Steuereinnahmen sind, hat es auf jeden Fall langfristig Aussichten.

Viel interessanter scheint mir der zweite Teil des Berichts zu sein, nämlich die Überlegung, ob die derzeitige Rückstellungspraxis der Betreiber durch ein **öffentlich-rechtliches Fondsmodell** abgelöst werden kann. Offensichtlich ist, daß die Monopolenergiewirtschaft einen großen Teil ihres Liquiditätsüberschusses, der durch die Rückstellung entsteht, dazu gebraucht, national und international immer mehr Wirtschaftszweige aufzukaufen. Abfallindustrie, Mobiltelefonindustrie und jetzt auch noch Tourismuswirtschaft - das sind die Stichworte dazu. Die Marktmacht dieser Unternehmen wächst und nimmt langsam bedrohliche Ausmaße an. Ich denke, so kann man es darstellen.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Das haben offensichtlich auch Teile der CDU/CSU erkannt, jedenfalls Kreise, die sich der mittelständischen Wirtschaft verbunden fühlen. So erklärt sich unter anderem auch der große Widerstand gegen eine Änderung des Strom einspeisungsgesetzes zuungunsten des Wirtschaftszweiges der erneuerbaren Energien, dessen Betreiber größtenteils aus der mittelständischen Wirtschaft kommen. Um diese Marktkonzentration zu begrenzen, wäre es sinnvoll, wenn den Betreibern die freie Verfügbarkeit über die Rückstellungen in Form eines Fondsmodells entzogen würde.

Die von der Landesregierung vorgeschlagene Ausgestaltung des Fonds wäre vernünftig - mit einer Ausnahme: Das eingezahlte Kapital sollte nicht für die Kernkraftwerksbetreiber angelegt werden. Der SSW ist der Auffassung, daß man untersuchen sollte, ob das eingezahlte Kapital für eine zinsgünstige Finanzierung des Ausbaus von Anlagen für erneuerbare Energien - einschließlich Marketing und Demonstrationsvorhaben - verwendet werden könnte. Die zurückgeflossenen Gelder könnten rechtzeitig für den ursprünglichen Zweck der Stilllegung von Atomanlagen, der Errichtung und Nutzung künftiger Endlagerstätten für radioaktive Abfälle bereitliegen.

Der Markt der **erneuerbaren Energien** ist ein Zukunftsmarkt. Experten rechnen für Anfang des nächsten Jahrhunderts mit einem weltweiten Volumen von über 100 Milliarden DM. Auf diesem Markt spielt Deutschland bisher kaum eine Rolle, mit Ausnahme der Windmühlenindustrie. Das jedenfalls ist das Ergebnis einer internationalen Konferenz zur Finanzierung von erneuerbaren Energien, die neulich in Bonn stattfand. Eine Finanzierung der erneuerbaren Energien auf diesem Wege könnte deshalb einen großen Schub nach vorn auslösen. Ich würde dieses Thema gern in die Beratungen in den Ausschüssen mit einbeziehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich möchte eine geschäftsleitende Bemerkung machen: Ich bitte die Mitglieder der Landesregierung, sich dann, wenn die Redezeit ausgeschöpft ist, wirklich nur noch in allerhöchsten Notfällen zu Wort zu melden. Es ist höchst unangenehm, als amtierender Präsident den Wortschwall der Abgeordnetenkollegen mit der Klingel gewissermaßen abzutöten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident, ich stimme dem zu. Ich halte es für einen Notfall.

Ich bedanke mich zunächst einmal für das Lob für den Bericht, das ich gern an die Mitarbeiter der Steuerabteilung und der Reaktorsicherheitsabteilung weitergebe.

Man muß aufpassen, daß man nicht falsch vereinnahmt wird. Zwar wird in dem Bericht klipp und klar ausgeführt, daß wir uns zum Grundsatz der Rückstellungspolitik bekennen. In dem Bericht wird aber auch deutlich gemacht, daß wir eine Rückstellung dem Grunde nach nicht für zulässig halten. Ich wollte das nur noch einmal sagen, Herr Sager, weil Sie den Eindruck erweckt haben, ich würde alle **Rückstellungen** unisono für richtig halten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat sich auch erst neu entwickelt!)

In dieser Frage geht es wirklich um einen Steuerstreit, der ausgetragen werden sollte. Es geht den Ländern hierbei überhaupt nicht um Liquidität. Die A-Länder haben die möglichen Steuermehreinnahmen in Höhe von 4 Milliarden bis 5 Milliarden DM in kein Steuerpaket als Gegenfinanzierung eingebracht; denn wir vermuten, daß die Energieversorgungsunternehmen, bevor sie diese Steuern zahlen, lieber die Preise senken.

(Reinhard Sager [CDU]: Das ist auch möglich!)

- Aber auch das ist dann vielleicht ein Erfolg. Entscheidend ist, daß diese Rückstellung wirklich einmal steuerrechtlich geprüft wird.

Ich identifiziere mich auch nicht mit einem Artikel des Herrn Dr. S. aus M., was die Höhe von bestimmten Rückstellungen angeht; wir haben sie nicht nachgeprüft.

Sie werfen uns vor, die Sache mit den 19 bis 25 Jahren sei vernünftig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werfen wir Ihnen nicht vor!)

- Herr Kubicki, ich habe einen solchen Vorschlag in der Vergangenheit ganz bewußt nie unterstützt, weil ich der Auffassung war, daß die Rückstellung für den Rückbau eines Kernkraftwerkes so schnell wie möglich angesammelt werden muß. Wir waren da sehr zurückhaltend. Aber im Hinblick auf die Möglichkeit, daß man, wenn bei einem Kernkraftwerk einmal etwas passiert, aus einem größeren Fonds Geld schöpfen kann, sehe ich mich in der Lage, dem Vorschlag mit diesen 19 bis 25 Jahren zuzustimmen.

Darin liegt der Vorteil. Wir fangen ja nicht bei Null an. Es ist doch so, daß die Rückstellungen für die meisten Kernkraftwerke gebildet sind, und wenn man sie nun „poolt“, hat man natürlich das Geld, um zunächst vorzufinanzieren. Den Unternehmen soll ja gar nicht geschadet werden. Gerade in dieser Koppelung sehe ich den Vorteil.

Ich will Ihnen eines noch einmal sagen: Die Kernkraftwerke werden meistens nicht von Konzernen betrieben, sondern von einer GmbH. Insofern ist das Durchgriffsrecht auf die Finanzkraft der Konzerne nicht so einfach anwendbar.

(Reinhard Sager [CDU]: Das ist das Ergebnis Ihrer Politik!)

Ich sage Ihnen nur: Wir haben für die drei Kernkraftwerke in unserem Lande genau geprüft, daß es diese Durchgriffs möglichkeit gibt. Aber in anderen Ländern ist das nicht der Fall, daß dann, wenn die GmbH pleite geht, automatisch auf die Rückstellungen des Konzerns zurückgegriffen werden könnte. Auch das ist ein weiteres Argument, durch einen Fonds Sicherheit zu haben.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschußüberweisung beantragt. Der Bericht der Landesregierung soll federführend dem Sozialausschuß und zur Mitberatung dem Finanzausschuß überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Hay so beschlossen. Ich vermute, er hat sich wegen der Federführung enthalten.

(Heiterkeit)

Ich rufe Punkt 19 der Tagesordnung auf:

Erhalt der regionalen Windindustrie und Sicherung des Windenergieausbaus in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/983

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1011

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordneten Spoerendonk.

Anke Spoerendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW hat heute diesen Antrag eingebracht, weil sowohl die ins Gespräch gebrachte Reduzierung der Einspeisevergütung für den Strom aus der Windenergie als auch die wachsende Skepsis der Bevölkerung ernste Gefährdungen für das Überleben der regionalen Windindustrie und für den Ausbau der **Windenergie in Schleswig-Holstein** darstellen. Obwohl die geplante

Änderung des Stromeinspeisungsgesetzes erst einmal von der Tagesordnung des Bundestages abgesetzt worden ist und es Signale aus Kreisen von CDU und F.D.P. dahin gehend gibt, daß die Koalition von der geplanten Senkung der Vergütung für Windenergiestrom Abstand nehmen will, gibt es unserer Meinung nach überhaupt keinen Grund zur Entwarnung.

Wir halten deshalb auch an dem ersten Punkt unseres Antrages fest. Dem SSW geht es hauptsächlich darum, daß alle konstruktiven Kräfte, die am Erhalt und am Ausbau der erneuerbaren Energien sowohl aus energiepolitischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht interessiert sind, sich dafür stark machen, daß dieser **zukunftsträchtige Energie- und Industriesektor** auch weiterhin bestehen bleibt. Wir hoffen, daß alle politischen Kräfte in Schleswig-Holstein die Chance nutzen werden, um heute gemeinsam ein deutliches Signal in Richtung Bonn zu schicken.

Eine **Reduzierung der Einspeisevergütung** hätte nach Angaben des Bundesverbandes für Windenergie dazu geführt, daß fast 90 % der heutigen Windkraftanlagen nicht mehr rentabel zu betreiben wären. Ein Einbruch des Marktes für die Windindustrie wäre die Folge. Für Schleswig-Holstein geht es dabei um fast 8.000 Arbeitsplätze in der heimischen Windindustrie und deren Zulieferfirmen. Beispielsweise hat schon die Firma Vestas mit einer Schließung der Produktionsstätte in Husum gedroht.

Die **Subventionierung der Windindustrie** ist wirtschaftlich und ökologisch langfristig vernünftig. Die Kritik aus gewissen Kreisen - besonders der großen Stromkonzerne -, die die Zweckmäßigkeit dieser Subventionierung der erneuerbaren Energien in Zweifel stellen, ist angesichts der Milliardengeschenke, die über Jahre an die **Atomindustrie** verschleudert worden sind, schon als frech zu bezeichnen. Wir haben gerade eben schon festgestellt, daß die deutschen Stromversorger über Jahre ihre Monopolstellung zum Ausbau zu großen Mischkonzernen mit enormer Marktmacht mißbraucht haben. Man kann die Diskussion über die Reduzierung der Windkraftförderung nicht anders auffassen, als daß die Energiewirtschaft die unliebsame Konkurrenz der erneuerbaren Energie aus dem Weg haben will.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine andere Frage ist, ob nun die Kosten nur von den Stromkunden der nördlichen Bundesländer bezahlt

werden sollen. Einer gerechten bundesweiten Lastenverteilung, wie von der SPD gefordert

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch von den Grünen!)

- der Antrag ist auch von den Grünen mit unterzeichnet! -, werden wir uns nicht verschließen, obwohl wir in der Sache von den Argumenten und den Klagen des Monopolstromversorgers SCHLESWAG nicht überzeugt sind.

Neben dem Erhalt des Stromeinspeisungsgesetzes ist es ein anderes wesentliches Anliegen des SSW, daß die **Akzeptanz der Windenergie** bei den Menschen vor Ort verbessert wird. Die steigende Skepsis der Bevölkerung beispielsweise in den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland - jüngst belegt durch die Ablehnung des deutsch-dänischen Grenzlandwindparks oder durch die Entscheidung der Gemeinde Grundholt, keine weiteren Windmühlenanlagen zuzulassen - ist ein starkes Signal für ein unangepaßtes System der jetzigen Nutzung der Windenergie.

Deshalb möchten wir mit diesem Antrag die Landesregierung auffordern, ein Konzept vorzulegen, in dem dargelegt wird, welche Initiativen ergriffen werden können, um die Akzeptanz in bezug auf den Windenergieausbau bei den Menschen vor Ort entscheidend zu verbessern. Wichtig ist uns dabei, daß unter anderem untersucht wird, wie die Bevölkerung stärker an der Wertschöpfung durch die Windmühlenprojekte beteiligt werden kann. Erfahrungen aus unserem Nachbarland Dänemark belegen, daß viele lokale Beteiligungen in Form von Windmühlengenossenschaften zur Akzeptanz der Windenergie vor Ort erheblich beitragen

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sowie das eigene Engagement und das Verständnis für die Umsetzung energiepolitischer Erfordernisse mobilisieren. Unter anderem sollte untersucht werden, ob durch gezielte Informationskampagnen vermehrt lokale Kleininvestoren für Windmühlenprojekte geworben werden können. Dazu sollte überlegt werden, ob der Planungsprozeß betreffend die Windkraftanlagen vor Ort besser koordiniert und transparenter gestaltet werden kann.

Ich denke, daß eine Überweisung des Antrags in die relevanten Ausschüsse der richtige Weg ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Wodarz erteile, bitte ich doch um ein bißchen mehr Aufmerksamkeit.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Herr Abgeordneter Wodarz, Sie haben das Wort.

(Claus Hopp [CDU]: Fritz, muß das sein?)

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ob das sein muß, wirst du gleich merken, Claus Hopp. Hör man'n beeten too!

Mit der derzeitigen **Energiediskussion**, die sich die **Bonner Regierung** zur Zeit erlaubt, kann man einmal mehr die generelle Konzeptionslosigkeit der Koalition unterstreichen.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Da weigert sich beispielsweise Wirtschaftsminister Rexrodt beharrlich, die positiven Ansätze der EU-Stromrichtlinie zugunsten der deutschen Wirtschaft und der Ökologie umzusetzen, und zielt trotz massiver Proteste auch von CDU-Kommunalpolitikern - das ist besonders interessant - auf die Zerstörung der Stadtwerke.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Helmut Plüscha [SPD] und Anke Spoerendonk [SSW])

Er zielt auf jeden hoffnungsvollen Ansatz für eine umweltfreundliche Energiepolitik. Das alles geschieht im Zeichen dramatischer Klimaveränderungen und horrender Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik. So kommt „Euro-Solar“ in einer Studie zu dem Ergebnis, daß bis zum Jahre 2010 rund zwei Millionen neue **Arbeitsplätze** entstehen könnten, wenn sich der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU

verdreifachen würde. Ich denke, eine Verdreifachung ist eine durchaus realistische Zielvorstellung.

Das Wuppertal-Institut kommt zu ähnlichen Ergebnissen und sieht von diesen zwei Millionen Arbeitsplätzen allein 500.000 in der Bundesrepublik Deutschland angesiedelt.

Dennoch stagniert die Bonner Umweltpolitik. So ist beispielsweise die Bundesrepublik nach einer OECD-Studie vom ersten Platz - wir waren einmal Vorreiter! - bei den Umwelttechniken auf den dritten Platz zurückgefallen, und der freie Fall ist noch nicht zu Ende.

Auch beim **Klimaschutz** gibt es keinen Fortschritt. Es wird ja immer soviel davon geredet, und wir tun ja angeblich auch so viel. Die Kohlendioxidemissionen steigen seit 1995 absolut gesehen wieder an.

Sollten die Pläne Rexrodt für das neue Energierecht Wirklichkeit werden, und das sagen alle Fachleute von PreussenElektra bis Solar-Nova in Wedel voraus, wird es einen katastrophalen Einbruch in dem Wirtschaftszweig umweltfreundlicher Energieerzeugung geben. Die Pläne von F.D.P. und CDU fügen dann einen weiteren Sargnagel hinzu. Daß man sich jetzt nicht einigen konnte - Frau Spoerendonk hat darauf hingewiesen -, läßt den Markt zunächst einmal aufatmen. Die allgemeine Verunsicherung ist aber geblieben. Es ist auch schon angesprochen worden, daß Vestas mit dem Rückzug aus Deutschland droht. Ich zitiere den Vestas-Geschäftsführer: „Welcher potentielle Windkraftbetreiber wird denn künftig Gesetzen vertrauen, wenn die Bundesregierung jetzt auf den Druck der großen Energiekonzerne hin die Vergütungshöhe drastisch reduzieren will?“

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht das Vokabular irgendwelcher Linken oder Ökospinner, das sagt der Geschäftsführer eines sehr großen „kapitalistischen“ Unternehmens, um in diesem Sprachgebrauch zu bleiben.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Bonner CDU, Herr Gunnar Uldall, macht dagegen bei den Windkraftbetreibern überdurchschnittliche Rendite aus. Der energiepolitische Sprecher der Bonner F.D.P.-Fraktion, Paul Friedhoff, weiß zu berichten, „die hohen Stromeinspeisevergütungen haben zu beachtlichen Mitnahmeeffekten geführt.“ - Eine derartige Diskussion wünschte ich mir über die Gewinnsituation der Kernkraftbetreiber.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier wird ganz deutlich, daß diese Politiker einen **Generalangriff gegen die Windkraft** führen. Hier wird Lobbyismus - und das hat Anke Spoerrendonk auch schon ausgeführt - gegen die mittlerweile lästige Konkurrenz der Kernenergie betrieben. Bislang hat man die Windenergie als eine Art Nischenproduktion von kleinen Spinnern angesehen. Das konnte man ertragen. Jetzt wird es ein Wirtschaftsfaktor; der muß weg.

Ich jedenfalls freue mich ausdrücklich, daß man mit der Windkraft Geld verdienen kann, und wenn die neuen Arbeitsplätze der Mitnahmeeffekt sind, dann wünsche ich mir eine Verdreifachung dieses Effektes. Arbeitsplätze können wir nicht genug haben.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht habe ich gewisses Verständnis für die Klagen der SCHLESWAG, die einen hohen Anteil an Windenergie einzuspeisen hat. Nur sollte man hier nicht von zusätzlichen Kosten, sondern von verminderter Verdienstmöglichkeiten sprechen. Wo liegt denn der Verlust, wenn den Windmüllern 17 Pfennig bezahlt wird und der Tarifkunde an die SCHLESWAG zirka 26 Pf zu zahlen hat? Die SCHLESWAG möchte natürlich bei dem billigsten Anbieter einkaufen, um die Gewinnspanne zu erhöhen. Das ist legitim und betriebswirtschaftlich konsequent. Aber da gebe ich - wie ich das schon oft getan habe - der SCHLESWAG den Rat, nicht bei der Mutter PreussenElektra einzukaufen, sondern woanders. Es gibt günstigere Anbieter.

Der Bundesverband Windenergie errechnete, daß den **deutschen Energieversorgungsunternehmen** im Laufe dieses Jahres **Einnahmen** in Höhe von 200 Millionen DM aus dem Handel mit Strom aus der Windkraftenergie zugeflossen ist. Hier von Verlusten zu sprechen ist - wie Herr Möller irgendwo gesagt hat - scheinheilig. Herr Präsident, ich befürchte, daß dieser Ausdruck unparlamentarisch ist, deshalb verwende ich ihn nicht.

(Reinhard Sager [CDU]: Herr Möller pflegt eine unparlamentarische Sprache!)

- Da durfte er das; er war nicht im Parlament!

Ich muß einiges auslassen, weil es hier ganz fürchterlich blinkt, ich komme deshalb zum Schluß.

Unser Ergänzungsantrag soll verdeutlichen, daß es einen bundesweiten Lastenausgleich für Stromerzeuger geben muß - das wollen wir -, die sich besonders der alternativen Energie verschrieben haben. Wir wollen aber keineswegs die bevorzugte Vergütung abschaffen.

Die Initiative Schleswig-Holsteins im Bundesrat zielt in diese Richtung. Intelligenteren Lösungen, wie zum Beispiel der dänischen oder anderen, sind wir immer aufgeschlossen. Eine Grundvoraussetzung ist aber, daß wir verlässliche Rahmenbedingungen für diesen zukunftsorientierten Markt in Schleswig-Holstein haben. Diese brauchen wir; das habe ich eben lang und breit ausgeführt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Sager.

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Stromeinspeisungsgesetz von 1991 hat sich insbesondere für die Windenergie als eine echte Ökooffensive erwiesen. Waren bis dahin Windmühlen mit 100 MW elektrischer Leistung am Netz, so sind es heute schon bundesweit mehr als 1.600 MW. In Schleswig-Holstein drehten sich 1990 nur knapp 100 Windräder, heute sind es etwa 1.500 Windkraftanlagen, also das 15fache. Diese Zahlen belegen eindrucksvoll den rasanten **Ausbau der Windenergie**, der ohne jeden Zweifel auf die staatlich garantie Förderung zurückzuführen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Unzweifelhaft ist auch die erhebliche und ständig fortschreitende Verbesserung der Technik, die heute auch den rentablen Einsatz von Windkraftanlagen in weniger windreichen Gebieten, also im Binnenland, erlaubt. Die Investitionskosten pro Kilowatt Leistung bei den Windkraftanlagen sind deutlich gesunken.

Genauso richtig ist es auch, daß in Schleswig-Holstein von allen Stromkunden mittlerweile Sonderlasten in Höhe von fast 100 Millionen DM jährlich aufzubringen sind. Interessant ist dabei, daß man bei Verabschiedung des Stromeinspeisungsgesetzes 1991 noch davon ausging, daß bundesweit aus dem Gesetz

resultierend nur insgesamt etwa 100 Millionen DM an Mehrbelastung entstehen würden.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Diese haben wir heute in Schleswig-Holstein schon ganz allein.

Ziel muß es also sein, nicht nur über eine Veränderung bei der Härteklausel zu einer **gerechteren Zuteilung der Sonderlasten aus der Windenergie** zu kommen, sondern auch die Höhe der Einspeisevergütung für neue Anlagen abzusenken. Am sinnvollsten ist die Lösung, bei der eine festgelegte Anzahl von Kilowattstunden je Windgenerator gefördert wird, zum Beispiel 10.000 kW/h je Quadratmeter Rotorfläche. Hierbei wäre der Vorteil, eine Gleichbehandlung aller Windkraftanlagen, egal ob sie an der Küste oder im Binnenland stehen, zu erreichen. Der Unterschied wäre nur, daß die Förderungszeit bei den Windkraftanlagen im Binnenland länger wäre, nämlich bis die Anzahl der geförderten kW-Stunden erreicht ist.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer es mit einer defensiv gestalteten Förderung der erneuerbaren Energien ernst meint - und nichts anderes ist ordnungspolitisch vertretbar, nämlich im Verhältnis zur ansteigenden Wirtschaftlichkeit dieser Energieform unter die Arme zu greifen und dabei Mitnahmeeffekte zu vermeiden -, wird zustimmen müssen, daß an einer Anpassung des Stromeinspeisungsgesetzes kein Weg vorbeiführt.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU], Gero Storjohann [CDU] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Gefordert werden von der Windindustrie und von potentiellen Aufstellern von Windmühlen klare und verlässliche politische **Rahmenbedingungen**. Das ist berechtigt, und dem muß entsprochen werden. Deshalb plädiere ich für eine zügige Neuregelung der Förderkulisse auf Bundesebene. Das bedeutet auch Vertrauensschutz für bestehende Anlagen, die bis zur Abschreibung der Windmühle zu fördern wären. Alles andere würde in der Tat die Verunsicherung weiter fortführen.

Es macht zudem Sinn, die Änderung des Stromeinspeisungsgesetzes mit der Energierechtsnovelle zu verbinden. Denn in einer

wettbewerblich ausgerichteten Energieerzeugungs- und Energieversorgungslandschaft muß das Stromeinspeisungsgesetz der heutigen Prägung wie ein Fremdkörper wirken. Wir können uns vorstellen - wie wir das hier schon bei den Debatten zum Energiewirtschaftsrecht deutlich gemacht haben -, daß künftig die erneuerbaren Energien aus einer speziellen Durchleitungsabgabe gefördert werden. Dieses Modell hätte zugleich den Vorteil, daß die Lastenverteilung für die Stützung erneuerbarer Energien noch viel gerechter wäre als bei einer bloßen Präzisierung der Härteklausel.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Reinhard Sager [CDU]:

Das würde ich gern tun, Herr Präsident. Da die Redezeit zu diesem wichtigen Thema im Ältestenrat aber leider nur auf fünf Minuten festgelegt wurde, ist mir das nicht möglich.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Darum geht es, und aus diesen Gründen lehnen wir den Punkt 1 des SSW-Antrages ab.

Im übrigen bezweifele ich mit Nachdruck die Sinnhaftigkeit einer Forderung nach einem **Konzept zur Akzeptanzsteigerung**, wie Sie das in Punkt 2 Ihres Antrages tun, Frau Spoerendorf. Die beste Akzeptanz wäre nämlich ein verlässlicher planvoller Ausbau der Windenergie. Hier spricht die Landesregierung nach wie vor mit mindestens zwei Zungen. Während die Landesplanung der Ministerpräsidentin für die Aufnahme der Kreiskonzepte in die Regionalplanung eintritt und am Ausbauziel von 1.200 MW festhält, stehen die Grünen und Teile der SPD deutlich dagegen. Dabei wird die Landesplanung von grüner Seite immer wieder heftig angegriffen, das Ausbauziel mit immer neuen Zahlen angereichert und nach oben geschraubt.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

So wird kein Vertrauen geschaffen, sondern der Streit um den Windenergieausbau in diesem Land noch verschärft. Genau dies kann niemand wollen. Vielmehr muß diese Form der Energieerzeugung langfristig von

den Menschen akzeptiert werden. Das geht nur bei einer sorgfältigen Abwägung aller berechtigten Interessen - seien es die der Energieeffizienz, die des Landschaftsverbrauchs oder eben auch die Höhe der Subventionen.

Dem Antrag können wir unsere Zustimmung nicht geben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine ganz klare Aussage: Ich halte das differenzierte **Vorgehen der Landesplanung** in der Frage des Ausbaus der Windenergie unter Berücksichtigung sowohl der Belange des Naturschutzes als auch einer künftigen Energiepolitik für richtig und stehe nachdrücklich dahinter. Das hindert uns aber nicht daran, im Detail lebhafte Diskussionen zu führen, um zu Verbesserungen zu kommen. Ich halte das auch für ein sinnvolles Vorgehen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist sicherlich in diesem Hause unbestritten, daß die **Windenergie** mittlerweile für Schleswig-Holstein ein wichtiger Wirtschaftszweig ist, der bald so viele Menschen beschäftigt wie die Werftindustrie heute. Dies ist um so bedeutender, als es sich um industrielle **Kernarbeitsplätze** handelt. Das ist für ein Land wie Schleswig-Holstein, dessen Wirtschaft überwiegend von Dienstleistungen und Handwerk geprägt wird, von unschätzbarem Wert.

Es ist sicher noch eindeutig zu früh, Herr Sager - ich sage das aufgrund der vorliegenden Zahlen -, zum jetzigen Zeitpunkt zu einer Senkung der Einspeisevergütung zu kommen, weil dadurch ein Großteil der Investitionen im Binnenland gefährdet wären.

Ein solches Modell, wie Sie es vorgeschlagen haben, würde dem noch nicht Rechnung tragen, weil zur Zeit im Binnenland wegen der schwankenden Windstärke

von durchschnittlich 4 m/s die Rentabilitätsgrenze bei etwa 17 Pf liegt. Damit können wir noch nicht zu einer Senkung der Einspeisevergütung kommen.

Ich möchte jetzt aber zu dem entscheidenden Punkt kommen, der in der Diskussion eine Rolle spielen muß. Alle Investitionen in Windenergie machen Sinn, wenn es sich um eine Technologie handelt, die Zukunft hat. Wie sieht es damit aus? - Alle ernsthaften **Zukunftsprognosen** sagen uns, daß die Zeit der fossilen Brennstoffe in einer Generation zu Ende gehen wird. Je schneller China, Indien und Südasien industrialisieren, desto eher brauchen wir Alternativen.

Die von Ihnen immer wieder gepriesene Atomkraft ist keine Alternative. Schon eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 5 % würde eine Verdoppelung der Zahl der AKWs erfordern. Das ist eine absurde Vorstellung angesichts der Tatsache, daß für eine Lösung der Entsorgungsprobleme bis heute weltweit kein Konzept vorliegt.

Die **Primärenergiequellen** der Zukunft sind Sonne, Erdwärme, Wasserkraft, nachwachsende Rohstoffe wie Stroh und Biogas, Holz und Wind. Die besondere Rolle des Windes, der Windenergie, liegt darin, daß sich diese Alternative heute schon immer mehr auf marktvergleichbare Preise zubewegt. Von daher röhrt auch die künftig bedeutsame wirtschaftliche Stellung der Windenergie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, daß wir das Dümme täten, was wir tun könnten, wenn wir in dieser Situation ein Produkt, bei dem wir technologisch eine Spitzenstellung in der Welt haben, kaputtmachten, indem wir selber daran drehten. Es wäre wirtschaftspolitisch der größte Unsinn, den wir machen könnten. Ich hielte es für eine absolute Katastrophe, wenn von Leuten wie denen in der Bundesregierung, die gleichzeitig Investitionsruinen in Milliardenhöhe wie den Transrapid vorprogrammieren, diese echte **Zukunftstechnologie**, für die die Bundesrepublik heute schon erhebliche Exportchancen hat und Exporte tätigt, in der Schleswig-Holstein in großem Umfang Exporte vornimmt und neue Betriebe aufbaut, kaputtgemacht wird. Die haben im Grunde nur ideologisch etwas gegen erneuerbare Energiequellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte jetzt noch einige Anmerkungen zur Zukunft der Windenergie machen, weil ich glaube, daß die Zukunft der Windenergie bedeutsamer ist, als es von vielen gesehen wird. Die Potentiale in Deutschland sind relativ gering, zum Beispiel verglichen mit den Atlantikstaaten in Europa. Konzepte, die von Offshore-Anlagen im Atlantik ausgehen, zeigen, daß von den Quantitäten her problemlos Komplettversorgungen aller europäischen Staaten durch Windenergie möglich wären. Ob sich das rechnet, ob das die einzige Alternative ist oder ob man später zur Sonnenenergie kommen wird, muß geprüft werden. Möglich ist es.

Ich glaube, man muß auch auf die Schwankungen bei der Windstärke eingehen. Das ist ja eines der Hauptprobleme bei der Windenergie. Damit muß man sich auseinandersetzen.

Die Schwankungen bei den **Windstärken** können zum Beispiel im Verbund mit Wasserkraftwerken kompensiert werden. Das geht dann nach dem Motto: Wenn der Wind nicht bläst, werden die Talsperren aufgemacht. Das ist eine ideale Kombination.

(Zuruf von der CDU: In Schleswig-Holstein?)

Es ist aber auch denkbar, daß wir in Zukunft Windstrom zu ganz anderen Zwecken einsetzen, wie zum Beispiel für die Produktion von Fahrzeugantriebssystemen mit Wasserstoff oder Methanol.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Ich glaube, daß wir in Zukunft als Alternative zum Antrieb von Fahrzeugen auf der Basis von Erdöl solche anderen Stoffe brauchen. Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, sieht, daß Mercedes und BMW dabei sind, neue Motoren zu entwickeln; der Brennstoffzellen-PKW wird auf Automobilmessen vorgestellt, und in Hamburg arbeitet die DASA an einem mit Wasserstoff betriebenen Flugzeug. In diesem Sinne kann die Windenergie in Zukunft - vielleicht sogar, ohne ins Netz eingebunden zu sein - einen ganz wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Dann kommt das windenergiebetriebene Flugzeug! - Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf einer großen Fachtagung in Kiel habe ich vor einigen Tagen unter dem Jubel der anwesenden Fachleute folgenden Satz gehört - ich zitiere -: „Politik läßt sich durch Sachverstand nicht beirren.“

(Heiterkeit)

Ich muß gestehen, liebe Frau Kollegin Spoerrendonk, diese witzige, aber auch sehr bittere Aussage ist mir bei der Lektüre Ihres Antrages wieder eingefallen.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich habe bei der bisherigen Debatte zu diesem Thema auch den Eindruck, daß dieser Satz jedenfalls nicht völlig widerlegt worden ist.

Meine Damen und Herren, wie lange wollen wir eigentlich noch an dem Irrglauben festhalten, der **weitere Ausbau der Windenergie** - Herr Hentschel! - könnte einen maßgeblichen **Beitrag zur Stromversorgung** in der Bundesrepublik Deutschland leisten? Ich spreche dabei ausdrücklich nicht von den anderen durchaus zukunftsfähigen regenerativen Energien, die Sie im wesentlichen genannt haben.

(Konrad Nabel [SPD]: Dann gucken Sie einmal nach Dänemark!)

Ich komme auf die Windenergie zurück: Die Fakten stehen dagegen. 2 Milliarden kw/h Windstrom wurden im letzten Jahr erzeugt - eine beeindruckende Zahl. Trotzdem macht dies nur 0,8 % des Endenergieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland aus.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine ganze Menge!)

Das hat den Steuerzahler und den Stromverbraucher über Subventionierung bisher über 3 Milliarden DM in Deutschland gekostet.

Damit bin ich beim nächsten Punkt, nämlich der **Wirtschaftlichkeit**. Frau Kollegin Spoerrendonk, wie können Sie ernsthaft behaupten, durch die derzeit

geltende Höhe der Einspeisevergütung werde die Wirtschaftlichkeit des Windmühlenbetriebes langfristig gesichert? - So steht es ja wörtlich in Ihrem Antrag.

Diese Aussagen zur angeblichen Wirtschaftlichkeit und Rentabilität legen zumindest die Vermutung nahe, daß wir sehr unterschiedliche Auffassungen von Wirtschaftlichkeit haben. Das Einspeisungsgesetz wurde 1991 eingeführt, weil die Wirtschaftlichkeit eben nicht gegeben war. Ich nenne hier nur das Stichwort „Anschubfinanzierung“.

Wir streiten in diesem Haus heute ja offensichtlich auch darüber, ob die Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Jedenfalls: Ein Betrieb, der subventioniert werden muß, der hoch subventioniert werden muß, ist eben nicht wirtschaftlich. Wäre es anders, würde sich das ja gegenseitig ausschließen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die weiterhin garantierte Höhe der Einspeisevergütung sichert ausschließlich die Gewinne der Betreiber, denen ich daraus überhaupt keinen Vorwurf mache. Die Betreiber verhalten sich individuell und durchaus wirtschaftlich vernünftig - allerdings auf Kosten der Gesamtwirtschaft.

Es ist für mich selbstverständlich, daß der Vertrauenschutz gewährleistet werden muß, so wie es Kollege Sager angesprochen hat, selbst wenn wir das entsprechende Gesetz ändern wollen.

Der ergänzende Antrag der SPD macht die SSW-Initiative in meinen Augen nicht sehr viel besser. Die angestrebte **bundesweite Lastenverteilung** ist lediglich eine Verbeugung vor der regionalen Stromwirtschaft. Sie ändert aber nichts an der überholten Subvention und ist im übrigen unrealistisch.

Nun zur Höhe der **Vergütung!** Auch hier ist insgesamt wenig Sachverstand zu spüren. Nach der Novelle zum Einspeisungsgesetz, die inzwischen vom Tisch ist, sollte der Windstrom künftig mit 17 Pfennig pro Kilowattstunde vergütet werden. Für Windkraftanlagen, die nach dem Jahr 2000 errichtet werden, sollten bei einer Einspeisungsobergrenze 16 Pfennig pro Kilowattstunde gezahlt werden. Mit Marktpreisen hat das überhaupt nichts zu tun.

Die Angabe des Bundesverbands für Windenergie, daß infolge der Neuregelung fast 90 % der Windkraftanlagen nicht mehr rentabel wären, haben Sie offenbar völlig unkritisch übernommen. Auch hier geht

es nicht um Rentabilität, sondern es geht um Profit, um staatlich garantierten Gewinn, um es ganz deutlich zu sagen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Ich war mit der vorgesehenen Regelung im übrigen auch nicht einverstanden - dies allerdings aus anderen Gründen als Sie.

Herr Sager, wir haben in diesem Hohen Haus schon vor Jahren eine **degressive Subventionierung** entsprechend der zunehmenden Wirtschaftlichkeit gefordert. Das wäre ein gangbarer und vernünftiger Weg.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Darüber hinaus wäre es endlich an der Zeit, eine sachliche **Kosten-Nutzen-Analyse der Ökobilanz** - die auch umstritten ist - durchzuführen und daraus dann sachliche Schlüsse zu ziehen.

Das Stromeinspeisungsgesetz paßt auch von der Struktur her nicht mehr in einen liberalisierten Strommarkt, zu dem sich alle Fraktionen dieses Hohen Hauses bekannt haben.

Nun zum Thema **Arbeitsplätze!** Frau Kollegin, Sie sagen, 8.000 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein seien gefährdet. Nein, mit der beabsichtigten Novellierung sicherlich nicht. Bei Erreichen der Wirtschaftlichkeit ist das ebenfalls nicht der Fall. Bei unveränderter Subventionierung entstehen aber zusätzliche Kosten mit der Folge, daß unter dem Strich gesamtwirtschaftlich Arbeitsplätze vernichtet werden. Ich empfehle allen die Lektüre des einschlägigen Artikels in der FAZ vom 23. dieses Monats.

(Martin Kayenburg [CDU]: Jawohl!)

Frau Kollegin Spoerendonk, Sie stellen zu Recht eine zunehmende Ablehnung der Bevölkerung in bezug auf die Windkraftanlagen fest. Sie wollen die Landesregierung veranlassen, Maßnahmen zur Verbesserung der Akzeptanz zu ergreifen. Ich frage Sie: Warum eigentlich? Die Investoren orientieren sich ausschließlich und vernünftigerweise an dem zu erwartenden Gewinn. Informationskampagnen sind - wie wir wissen - insoweit völlig überflüssig. Potentielle Investoren gibt es mehr als genug.

Ein **Akzeptanzproblem** gibt es bei den anderen, bei denjenigen, die garantiert nicht gewinnen, sondern mit Sicherheit verlieren werden. Wie wäre es, wenn wir diesen Menschen einmal zuhören würden, statt sie umerziehen zu wollen? Frau Kollegin Spoerrendonk, der gesunde Menschenverstand, den Sie sonst immer so gern und zu Recht als Argument heranziehen, hat hier möglicherweise sehr viel Sachverstand zu bieten, durch den wir uns als Politiker durchaus hin und wieder einmal leiten lassen sollten.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Husum-Windmesse hat noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig die Windenergie für unser Land ist. Sie war ein voller Erfolg.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Zum einen hat sich die Halle wunderbar präsentiert, und zum anderen hat es hervorragende Geschäftsabschlüsse der Windkraftanlagenhersteller gegeben. Allerdings war die Messe auch geprägt von der Diskussion um die Einspeisevergütung. Das gehört mit dazu. Herrn Börger habe ich auf der Windmesse nicht gesehen. Besucht worden ist die Windmesse seitens der CDU von den Herren Austermann und Carstensen, die weit und breit erklärt haben: „Das Einspeisungsgesetz wird nicht angetastet. Es bleibt so, wie es ist. Darauf könnt ihr euch verlassen!“

Ich habe den Windkraftinteressenten gleich gesagt, sie könnten vielleicht einmal mit Herrn Sager und Herrn Stoltenberg sprechen,

(Zurufe von der CDU)

da das offensichtlich nicht die Meinung der gesamten CDU ist. In Bonn hat sie gestern im Wirtschaftsausschuß erneut wiederum keine klare Position bezogen. Zunächst hieß es, das Einspeisungsgesetz bleibe. Dann hieß es, es werde eine Integration in das Energiegesetz erfolgen. Dazu haben wir unterhand einen Vorschlag erhalten. Immerhin ist unsere erste Härteklausel enthalten. Die Einspeisevergütungsregelung à la Uldall ist allerdings

unverändert geblieben. Sie ist deshalb meiner Meinung nach nicht akzeptabel.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir Sachverstand anmahnen, sollten wir darüber in der Tat in Ruhe diskutieren. Auch wenn Herr Austermann mir vorwirft, ich würde die Einspeisungsvergütung langfristig in Frage stellen, bin ich der letzte, der nicht sagt: Über die Einspeisevergütung nach der Abschreibung muß man reden. Wann aber eine Windkraftanlage abgeschrieben werden kann, ist heute kaum zu beurteilen. Deshalb bin ich dafür, daß zunächst einmal diese Diskussion in Ruhe geführt wird und daß wir uns über die Abschreibungsfristen in Ruhe unterhalten.

Für uns im Land Schleswig-Holstein ist es wirklich von großer Bedeutung - auch für die Akzeptanz der Windenergie, Frau Spoerrendonk -, daß die **Härteklausel** kommt - zumindest der erste Deckel. Tatsache ist, daß dann, wenn die Härteklausel kommt, wir zum 1. Januar 1998 über eine Strompreissenkung mit der SCHLESWAG verhandeln können. Wenn sie nicht kommt, haben wir einen Antrag auf Strompreiserhöhung auf dem Tisch. Herr Sager, da auch Sie sich zur Härteklausel bekannt haben,

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

bitte ich, sich im gemeinsamen Interesse für Schleswig-Holstein und für die Akzeptanz der Windenergie in Bonn dafür einzusetzen, daß diese Härteklausel kommt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, daß zumindest bei dieser Frage die Herren Austermann und Carstensen repräsentativ sind und daß Sie sich auf sie berufen können. Ich hoffe nicht, daß die CDU und die F.D.P. sich erst nach einem Parlamentarischen Abend der PreussenElektra heute abend in Bonn zu diesem Thema festlegen.

Ferner will ich nur ganz kurz sagen, daß wir **Akzeptanzprobleme** haben. Darüber sollten wir meiner Meinung nach im Ausschuß ausführlich diskutieren. Es gibt eine gezielte organisierte Anti-Windkampagne. Deshalb finde ich es legal, daß wir uns Gedanken darüber machen, eine Kampagne auch pro Wind zu organisieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat zunächst Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich kann es ganz schnell machen. Als ich vorhin die Ausschußüberweisung beantragte, machte ich den zweiten Schritt vor dem ersten. Ich denke, wir müssen den Bericht haben, damit wir dann im Ausschuß weiter beraten können. Deshalb beantrage ich Abstimmung in der Sache.

Frau Aschmoneit-Lücke, meine Oma hat mir irgendwann einmal beigebracht, daß dann, wenn ich mit dem Finger auf jemanden zeige, immer drei Finger zurückzeigen. Deshalb sage ich: Gut, daß wir uns diesen Schuh abwechselnd anziehen können. Ich erinnere mich noch ganz genau an eine Debatte zum Thema „saisonale Erntearbeit“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich nun Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, zu den Zahlen ist sicherlich vieles zu sagen. Ich möchte nur ein paar kleine Zahlen anführen, die vielleicht zu denken geben: In Dänemark kostet der Strom plus Netz neun Pfennig, während die Abgaben des Staates bei 12 Pfennig liegen. In Deutschland ist die Situation umgekehrt. In Deutschland kostet der Strom plus Netz ungefähr 20 Pfennig, während die Abgaben bei zwei Pfennig liegen. Das bedeutet, daß trotz der in Dänemark sechsmal so hohen Abgaben der Strom dort billiger ist. Merkwürdig die Monopolgesetzgebung bei uns!

(Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Zur Windenergie: Die Windenergie kostet heute in Binnenlandstandorten mit modernen Anlagen 17 Pfennig.

(Glocke des Präsidenten)

In den Toplagen an der Küste geht dieser Preis um bis zu zehn Pfennig runter.

(Glocke des Präsidenten)

Strukturell ist aber bei der Windenergie zu erwarten, daß der Preis sinkt, weil es keine Gründe gibt, weshalb nicht durch technische Weiterentwicklungen der Preis weiter runtergeht.

(Zuruf von der CDU: Warum wollen Sie dann die Höhe absichern? So ein Blödsinn!)

Daher bin ich durchaus in der Zukunft für ein degressives Modell. Wir dürfen es aber meiner Meinung nach nicht zu dem Zeitpunkt einführen, zu dem sich die deutsche Windenergiewirtschaft gerade international mit ihren Chancen im Aufschwung befindet. Damit würden wir etwas abwürgen, was sich gerade entwickelt.

(Glocke des Präsidenten)

Das wäre dumm.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Sager?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lassen Sie mich bitte einmal zu Ende reden. Frau Aschmoneit-Lücke, gucken wir uns einmal konventionelle Kraftwerke an! Da gibt es interessante Erscheinungen. Wissen Sie, was der Strom kostet, den das neue Kohlekraftwerk in Dresden liefert? - Das kostet 18,5 Pfennig ab Werk. Die Schätzungen für ein neugebautes Atomkraftwerk liegen bei - man höre und staune - 22 Pfennig ab Werk. Würde Brokdorf heute neu gebaut, würden die Investitionskosten zur Zeit schätzungsweise 9 Milliarden DM betragen, um einmal vergleichbare Zahlen zu nennen.

Wir wissen, daß die Kosten für die Atomenergie ständig steigen. Siehe Atomausstieg Schweden, siehe

Atomausstieg Kanada; beide sind rein ökonomisch begründet. Auch die USA befinden sich schon lange auf Ausstiegskurs. Die Kosten für die Windenergie gehen herunter. Ich glaube, daß die Windenergie eine wirtschaftliche Zukunft hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat ebenfalls nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Aschmoneit-Lücke, Sie haben behauptet, das Einspeisungsgesetz passe nicht in den liberalisierten Strommarkt, den wir ja alle gemeinsam wollen. - Ich wollte dazu etwas Unparlamentarisches sagen, frage Sie aber lieber in aller Höflichkeit: Warum regelt Ihr Herr Rexrodt die Frage des Normadressaten nicht in seiner Energierechtsnovelle? Warum tut er das nicht?

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Ich werde ihn fragen!)

Selbstverständlich könnte er es über ein Poolmodell tun, er tut es aber mit voller Absicht nicht, um die Monopolisten der Energieversorgungsunternehmen zu stützen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum Subventionswert der Windenergie folgendes! Sie speisen in der Regel auf der 20-kV-Ebene ein. Die Stadtwerke bezahlen dafür 15 Pfennig. Der Subventionswert liegt also in etwa bei 3 Pfennig.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sollten Sie einmal vorrechnen! Das ist ja unglaublich!)

Was Sie nicht bedenken - das ist eine stochastisch produzierende Energiequelle, die aber einen Hang zur Prozyklizität hat. Das heißt, wir haben einen gewaltigen Anteil im Bereich der Mittel- und Spitzenlastzeiten, was Sie völlig unterschlagen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch unglaublich!)

Ich möchte noch etwas zu Anke Spoerrendonk sagen. Sie haben gesagt: Unsere Unterschrift ist auf dem Ergänzungsantrag der SPD mit vorhanden. Das ist sie natürlich nicht, weil der zweite Deckel, der damit wegzunehmen ist, nämlich die Härtefallklausel, auf eine Initiative der vorangegangenen Landesregierung zurückzuführen ist. Es handelt sich sozusagen um den Abbau einer SPD-Altlast.

(Unruhe bei der SPD - Minister Claus Möller: Nur weiter so!)

Daher haben wir das nicht mit zu verantworten, obwohl wir das in der Sache natürlich voll begrüßen.

(Unruhe)

Was diese Initiative angeht, ist der Energieminister vielleicht insofern entschuldigt, weil damals aufgrund der Prozesse, die anstanden, die Gefahr bestand, daß das ganze Einspeisungsgesetz den Bach runtergeht. Es war also sozusagen eine Art Notbremse. Der Bundesgerichtshof hat aber den Härtefall zwischenzeitlich als genügend hart definiert im geltenden Recht festgestellt. Insofern sind wir dort nicht mit verzeichnet.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Mir ist eben mitgeteilt worden, daß keine Ausschußüberweisung beantragt wird, sondern daß wir in der Sache abstimmen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD zum Antrag des SSW abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag des SSW, Drucksache 14/983, in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Damit treten wir in die Mittagspause ein. Der Finanzausschußvorsitzende hat mich gebeten,

bekanntzugeben, daß der Finanzausschuß um 13:30 Uhr in Raum 138 tagt.

Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause. Um 15:00 Uhr wird die Sitzung wiedereröffnet.

(Unterbrechung: 13:05 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich rufe Punkt 27 der Tagesordnung auf:

Entschließung zur Wirtschafts- und Währungsunion

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/700

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/730

Bericht und Beschußempfehlung des
Europaausschusses
Drucksache 14/961 (neu)

Zunächst erteile ich dem Vorsitzenden des
Europaausschusses, Herrn Abgeordneten Döring, das
Wort.

Uwe Döring [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die überwiesenen Anträge sind in vier Sitzungen des Europaausschusses behandelt worden. Wir haben eine gemeinsame Anhörung zusammen mit den beteiligten Ausschüssen für Wirtschaft und für Finanzen durchgeführt. In der Mitberatung gab es ein Problem, auf das ich hinweisen möchte. Aufgrund eines Mißverständnisses hat der Wirtschaftsausschuß der Nummer 6 der Beschußempfehlung nicht zugestimmt. Er wollte damit einen offensären Fehler beheben. Der Europaausschuß hatte zwar der Nummer 6 des Änderungsantrages der CDU nicht zugestimmt, jedoch dem Absatz in der Beschußempfehlung, der jetzt die Nummer 6 trägt. Der Finanzausschuß ist dann der Beschußempfehlung des Europaausschusses gefolgt.

Ihnen liegt mit der Drucksache 14/961(neu) die Beschußempfehlung des Europaausschusses vor. Der Europaausschuß empfiehlt einstimmig die Annahme.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? Das ist nicht der Fall. - Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Saxe.

Bernd Saxe [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was der Herr Vorsitzende hier in schlanken Worten geschildert hat, ist eine grandiose Verkettung von Irrtümern und Mißverständnissen, die er aber sehr schön aufgelöst hat. Ich danke ihm dafür.

Nach meiner Meinung ist es schon ein gutes Zeichen für den Bestand an europapolitischen Gemeinsamkeiten in diesem Hause, daß uns heute zur zweiten Lesung ein Antrag zur Wirtschafts- und Währungsunion vorliegt, der - wenn es auch in Einzelpunkten durchaus kontroverse Diskussionen und divergierende Meinungen gegeben hat und noch gibt - im Ergebnis aber doch gemeinsam getragen wird. Ich finde das gut.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daraus wird deutlich, die Fraktionen dieses Hauses sind übereinstimmend der Auffassung, daß die Einführung des Euro ein wichtiger und notwendiger Schritt für den Fortgang des europäischen Einigungsprozesses ist,

(Beifall des Abgeordneten Uwe Döring [SPD])

daß die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung insbesondere die exportierende Wirtschaft von den Währungsrisiken und ihren Kosten befreit, daß die Wirtschafts- und Währungsunion die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und schleswig-holsteinischen Wirtschaft in der Welt stärken wird und daß die gemeinsame Währung damit schließlich zur Sicherung des Standortes Schleswig-Holstein und zum Erhalt von Beschäftigung beiträgt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem zu fassenden Beschuß spricht sich der Landtag eindeutig und ohne Wenn und Aber für eine fristgemäße Einführung des Euro und gegen eine

Verschiebung aus, wie sie zum Beispiel aus Bayern und Sachsen

(Zuruf von der CDU: Und Hamburg!)

in - wie ich finde - unverantwortlicher Weise immer wieder ins Gespräch gebracht wird.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Ich will gern hinzufügen, daß das, was gelegentlich aus Hannover oder bislang aus Hamburg kam, nicht immer produktiv und konstruktiv war.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Auch das aus München und aus Dresden nicht!)

- Das sagte ich bereits.

Es tut der europäischen Sache nicht gut, wenn Fragen des weiteren Integrationsprozesses zum Gegenstand innerparteilicher Profilierungen oder Abrechnungen gemacht werden oder zu Zwecken der Wahlkampf vorbereitung mißbraucht werden. Ich kann überhaupt nicht erkennen, welche Vorteile eine Verschiebung bringen sollte, was sich denn ändern würde, wenn die Wirtschafts- und Währungsunion um ein Jahr, um zwei oder gar fünf Jahre verschoben würde.

Auch in diesem Punkt hat unsere Anhörung eindeutige Ergebnisse gebracht. Eine Verschiebung ändert überhaupt nichts, bringt keinerlei Vorteile, gefährdet vielmehr das Gesamtprojekt. Nein, diejenigen, die von Verschieben reden, meinen in Wirklichkeit Verzichten, wollen in Wahrheit die Währungsunion verhindern. Dies wollen wir nicht. Darum lehnen wir eine Verschiebung entschieden ab.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere wörtlich aus der Beschußempfehlung:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, daß es für den Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion von hoher Bedeutung ist, daß eine möglichst große Zahl der EU-Mitgliedsländer von Anfang an an der Währungsunion teilnimmt.“

Es ist eine durchaus erfreuliche Entwicklung, daß nun mehr und mehr EU-Länder in die Lage kommen, die

Konvergenzkriterien - wie sie im Maastrichter Vertrag niedergelegt sind - zu erfüllen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da gilt es, mit einer Schieflage aufzuräumen, die in der Diskussion in Deutschland entstanden ist oder die - richtigerweise müßte man es eher so sagen - in der Diskussion in Deutschland hervorgerufen worden ist. An keiner Stelle im Maastrichter Vertrag steht, daß das Kriterium des Haushaltsdefizits auf drei oder zwei Stellen oder gar nur auf eine Stelle hinter dem Komma genau erreicht werden müsse. Diese Diskussion ist von der deutschen Bundesregierung erfunden worden, um ihre unsoziale Sparpolitik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern rechtfertigen zu können.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Der Vertrag hat demgegenüber sehr bewußt und absichtsvoll Raum gelassen. Das hat insbesondere die Anhörung, die der Ausschuß zu diesem Thema durchgeführt hat, auch eindrucksvoll belegt. Er hat Raum gelassen, weil es aus wissenschaftlicher Sicht für die Stabilität der neuen Währung absolut keinen Unterschied macht, ob das **Haushaltsdefizit**, die öffentliche Verschuldung, 3,0 %, 3,2 % oder 3,1 % beträgt. Darauf weist ja auch der heute hier zu beschließende Antrag mit Recht und in aller Klarheit hin, indem auf bestehende Interpretationsspielräume verwiesen wird, die genutzt werden müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muß endlich mit der Erbsenzählerdiskussion über die Stellen hinter dem Komma Schluß sein. Nur entschlossenes und gemeinsames Auftreten der wesentlichen Kräfte schafft die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung und führt diesen Schritt hin zu einem gemeinsamen Europa.

Leider muß man feststellen: Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zur Einführung des Euro ist bislang zu zögerlich gewesen. Andere Länder der Europäischen Union haben vorgeführt, wie man den Menschen mit einem engagierten Eintreten, mit überzeugenden Argumenten und mit nachhaltigen Kampagnen die Angst nehmen, die Vorteile belegen und die Bevölkerung von der Notwendigkeit der gemeinsamen Währung überzeugen kann. Die Bundesregierung muß hier deutlich mehr tun, muß die

verbleibenden Monate nutzen, um die Akzeptanz in der Bevölkerung deutlich zu erhöhen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit der ersten Parlamentsdebatte im Mai dieses Jahres über die Entschließung zur Wirtschafts- und Währungsunion ist die Zeit vorangeschritten, und der große politische Rahmen, in dem wir alle operieren, hat sich verändert. Die neuesten Daten der OECD und des Europäischen Währungsinstituts prognostizieren, daß Deutschland bei der Erfüllung der sogenannten Maastricht-Kriterien - vor allem bei dem Kriterium der **Neuverschuldung** - wahrscheinlich sehr dicht an dem liegen wird, was gemeinhin als Punktlandung bezeichnet wird. Insofern sehen wir uns dadurch in unserer Position bestätigt, daß der Zeitplan eingehalten werden muß, indem wir die Kriterien erfüllen.

Wir sind hier in Deutschland auf dem richtigen Wege. Das ist im übrigen auch eine Bestätigung für Theo Waigel, und ich glaube in diesen Zeiten ist es gut, daß man Theo Waigel auch einmal lobt.

(Beifall bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Aus sozialpädagogischen Gründen ist das angebracht!)

- Sehen Sie, wir machen das. Ja, wir müssen ihn in dieser Hinsicht loben. Ich lehne es auch ab, eine Debatte über die Öffentlichkeitsarbeit und über die Broschüren der Bundesregierung zu führen, sondern bin für eine Diskussion über die Inhalte.

Diese Prognosen über die Wirtschaftsdaten zur Erfüllung der Kriterien haben nach meinem Eindruck auch zu einer spürbaren Beruhigung der Diskussion über den Euro in der Bundesrepublik geführt. Die während der Sommermonate auf größter Flamme gekochte Verschiebungsdebatte hat von vornherein einen logischen Haken gehabt.

Die Euro-Kritiker, zu denen sich im Wahlkampf auch Herr Voscherau gesellt hatte, haben versucht, im Sommer 1997 politische Schlußfolgerungen aus Daten zu ziehen, die erst im Frühjahr 1998 vorliegen werden.

Die Wahl in Hamburg und die Wahlkampfäußerungen von Herrn Voscherau haben überdies gezeigt, daß gegen den Euro keine Wahlen zu gewinnen sind.

Wenn wir als Schleswig-Holsteiner und als Schleswig-Holsteinischer Landtag heute über eine Entschließung zum Euro debattieren und sie verabschieden, sollten wir uns auf die Aspekte konzentrieren, auf die wir als Land tatsächlich Einfluß nehmen können. Unser Anliegen muß dabei sein, die Währungsumstellung - damit meine ich vor allen Dingen die Bargeldumstellung - so bürgernah und wirtschaftsfreundlich wie möglich zu gestalten. Es ist deshalb gut und richtig, daß wir uns heute für den „big bang“ aussprechen werden, das heißt für die Einführung des Euro als Bargeld mit einem Schlag.

In Erinnerung gerufen: Bisher ist vorgesehen, daß ein halbes Jahr lang D-Mark und Euro gleichberechtigt nebeneinander als Barzahlungsmittel gelten sollen. Das würde in allen Bereichen, die mit Bargeldverkehr zu tun haben, vor allem aber im Einzelhandel und auch in den Kommunen, zu erheblichen zusätzlichen Kosten führen. Der Verzicht auf **Parallelwährungen**, wie wir ihn gleich beschließen werden, also der „big bang“, verhindert eine kostenträchtige und komplizierte Einführung des Euro mit zwei amtlichen Währungen. Er ist deshalb eine kommunal-, bürger- und wirtschaftsfreundliche Lösung.

Ich freue mich, daß sich die Regierungsfraktionen nach der Anhörung im Europaausschuß unserer Forderung nach einem „big bang“ angeschlossen haben, die wir bereits im Frühjahr nach einer eigenen Anhörung erhoben haben, die wir im Frühjahr in der CDU-Fraktion durchgeführt haben.

Ich fordere die Landesregierung auf, den zu erwartenden Beschuß des Landtags im Bundesratsverfahren auch wirklich umzusetzen. Herr Finanzminister, ich bin da auch ganz optimistisch; denn Sie haben während der Euro-Anhörung im Europaausschuß durchaus zu erkennen gegeben, daß sich zum einen das Kabinett in dieser Frage noch keine abschließende Meinung gebildet hat und daß sich zum anderen das Kabinett in dieser Frage auch durch den Beschuß des Landtags entlasten wird. Wir wollen damit als Parlament und Regierung gemeinsam einen konstruktiven Beitrag zur Diskussion um den Euro leisten, was auch bitter nötig ist. Ich weise aber auch darauf hin - Sie werden es mir verzeihen -, daß dann das Copyright dafür auch beim Landtag zu liegen hat.

Ebenso wichtig ist uns die Aufforderung an die Landesregierung, die Kommunen bei der Einführung des Euro dadurch zu unterstützen, daß die landesrechtlichen Vorschriften sehr früh und sehr klar dargelegt werden. Heute war dem „Handelsblatt“ zu entnehmen, daß die Bundesregierung in Vorleistung getreten ist und schon die ersten Gesetzentwürfe vorgelegt hat. Ich halte es für wichtig, daß wir das auch in Schleswig-Holstein machen.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Daß wir dort Bedarf haben, sieht man daran, daß in Schleswig-Holstein erst elf Städte und Kreise mit der planmäßigen Vorbereitung der Umstellung auf den Euro begonnen haben, indem sie Arbeitsstäbe eingerichtet haben. Das ist deutlich zuwenig.

Wegen dieser beiden Forderungen - „big bang“ und Unterstützung der Kommunen, die im wesentlichen unsere Forderungen aufnehmen - werden wir in der Gesamtabstimmung der Beschußvorlage des Ausschusses zustimmen. Ich will aber nicht verhehlen, daß wir bei zwei Punkten der Beschußvorlage auch Bauchschmerzen haben.

Herr Saxe, zum einen glauben wir nicht - wie Sie ausgeführt haben - , daß die nach den Bestimmungen des EG-Vertrages bestehenden Interpretationsspielräume zielführend genutzt werden müssen, damit möglichst viele Mitgliedsländer teilnehmen können. Wir sehen darin vielmehr eine unverhohlene Aufforderung, die Kriterien von Maastricht politisch auszulegen. Das halten wir nicht für den richtigen Weg. Die Kriterien müssen so ausgelegt werden, wie sie im Vertrag feststehen - ohne politische Einflußnahme.

(Beifall bei der CDU)

Zum anderen sind wir beim Punkt „Beschäftigungspolitik“ der Auffassung, daß der Amsterdamer Gipfel vom Juni eine tragfähige Lösung gefunden hat, über die wir auch nicht hinausgehen müssen. So wie sich die Europäische Union in ihrem Gefüge derzeit darstellt, lehnen wir eine Sozialunion und eine Umweltunion ab.

Ich komme zum Schluß: Aus den dargelegten Gründen tragen wir den Gesamtantrag mit, beantragen aber Einzelabstimmung über die Nummern in der Beschußvorlage.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Nun wird der Absprache gemäß aus den beiden vorliegenden Anträgen zur Wirtschafts- und Währungsunion wohl doch ein gemeinsamer Antrag. Das war wahrlich eine schwere Geburt. Der Ausschußvorsitzende hat unsere Bemühungen dargestellt.

Zunächst konnten die Verhandlungen zu einer Synthese beider Anträge nicht zu einem Erfolg geführt werden. Meiner Meinung nach wäre eine Einigung auch nicht unbedingt erforderlich gewesen. Schließlich gehört es zum Wesen von Regierungsparteien und Opposition, daß sie sich hin und wieder nicht einigen und daß Mehrheiten entscheiden, was der politische Wille ist, Herr de Jager!

(Peter Lehnert [CDU]: Herr Saxe hat gerade den Konsens der Europäer angemahnt!)

Nun sahen aber die beiden großen Parteien des Hauses einen besonderen Wert in einer Einigung auf einen gemeinsamen Antrag. So übernehmen wir als Grüne aus dem CDU-Papier zwei umfängliche Passagen, obwohl uns das vielleicht bei einigen Punkten Bauchschmerzen bereitet. Darauf werde ich noch eingehen.

Wir wollten Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mit der Übernahme Ihrer Punkte eine Brücke bauen, um sich auf die von uns eingebrachten Vorstellungen einlassen zu können, was dann überraschenderweise auch geschah.

Wenn Sie schon eine grüne Kröte schlucken müssen, wollen Sie wenigstens Ihren Dissens in der nachfolgenden Abstimmung durch eine absatzweise Abstimmung mit Gegenstimmen demonstrieren. Den Wert einer solchen Übung will ich einmal dahingestellt sein lassen. Herr de Jager, ich hatte nämlich vor der entscheidenden Sitzung des Europaausschusses bereits eine Presseerklärung vorbereitet. Nachdem Sie dann in einem ähnlichen Verfahren im Europaausschuß wie dem heute hier ins Auge gefaßten dem Gesamtergebnis der Beratungen letztlich doch zustimmen konnten, blieb mir nichts anderes übrig, als die vorbereitete Presseerklärung wieder einzustampfen.

(Peter Lehnert [CDU]: Dumm gelaufen!)

Ich hatte den Kollegen mein Kompliment schon ausgesprochen, aber jetzt muß die Presseerklärung umgetauft werden. Es heißt jetzt nicht „trotz umfänglicher Versuche“, sondern „nach umfänglichen Versuchen“ des Europaausschusses, eine gemeinsame Fassung zu erarbeiten, konnte von den europapolitischen Sprechern der Fraktionen „eine Einigung“ - statt „keine Einigung“ - erzielt werden.

Dazu erklärt dann der europapolitische Sprecher der Grünen: Wir waren bereit, breite Teile des CDU-Antrags zu übernehmen und in einen gemeinsamen Antrag einzuarbeiten. Wir konnten hinsichtlich der Konvergenzkriterien und der Beschäftigungspolitik eine - statt keine - gemeinsame Formulierung finden. Damit verspielt die Opposition im Landtag die Chance nicht, in einer gemeinsamen Zukunft Europas und damit auch in einer für unser Land so wichtigen Frage Einigkeit zu demonstrieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie knickt damit vor dem rechtspopulistischen Druck gegen den Euro nicht ein, und sie vermag sich aus dem Schatten Waigels zu lösen, muß es dann wohl heißen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt mir also in der heutigen Debatte festzustellen, daß sich die CDU zumindest in Schleswig-Holstein glücklicherweise aus dem Schatten des Bundesfinanzministers zu lösen vermag. Die Grünen halten eine zügige Einführung des Euro und die Teilhabe möglichst vieler Länder an der gemeinsamen Währung für erforderlich, wenn die Wirtschafts- und Währungsunion ein Erfolgsgeschäft werden soll. Die Verträge von Maastricht bieten in den **Konvergenzkriterien** genügend Spielraum, der im Sinne einer breiten Verankerung der neuen Währung in Europa genutzt werden muß.

Die Debatte um die Einhaltung der Konvergenzkriterien - Punkt- oder Ziellandung - ist vom Bundesfinanzminister völlig unnötig aufgenommen worden. Der Vertrag von Maastricht erfordert diese jedenfalls nicht. Mit der von Waigel entfachten Debatte um die Neubewertung der Goldreserven ist der Versuch einer schöngerechneten Punktladung gescheitert, und

es wurde völlig unnötig der D-Mark als einer europäischen Leitwährung Schaden zugefügt.

Eine punktgenaue Einhaltung des **Konvergenzkriteriums „Verschuldung“** macht auch keinen Sinn, wenn man die konjunkturellen Rahmendaten und das harte Kriterium „**Inflationsrate**“ nicht mitberücksichtigt. Die meisten europäischen Länder sind hier auf einem guten Weg. Die Stabilität der nationalen Währungen sollte mehr nach der Nachhaltigkeit als nach einer momentanen Punktgenauigkeit gemessen werden.

Damit die gemeinsame Währungsunion nicht immer mehr zu einer Arbeitslosenunion wird, dürfen die Amsterdamer Beschlüsse nicht den Endpunkt der Beschäftigungspolitik in der Europäischen Union markieren. Die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion macht nur dann einen Sinn, wenn parallel Beschäftigungs- und Sozialpolitik und auch die Ökologie hin zu einer Umweltunion entwickelt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf was wir uns unsererseits aus dem CDU-Papier eingelassen haben, finden wir unter Punkt 5 des gemeinsamen Antrags. Das ist eigentlich ganz vernünftig. Die kommunale Familie soll nämlich bei den Schwierigkeiten, die sich bei der Einführung des Euro ergeben können, besonders unterstützt werden. Der andere Punkt, die Einführung des Euro als „big bang“, das heißt innerhalb kürzester Zeit ohne eine nennenswerte Übergangszeit mit gleichzeitiger Gültigkeit der alten und der neuen Währung, ist eine Sache, mit der wir Schwierigkeiten haben. Ich will offen gestehen, daß auch mit unserer Zustimmung zum „big bang“ Zweifel in bezug auf die Praktikabilität bleiben. Es werden eine ganze Reihe von Spezialregelungen getroffen werden müssen, um die **Parallelwährungsphase** zu ersetzen. Denken Sie nur einmal an die Schwierigkeiten, die heute schon von der Automatenwirtschaft angemeldet werden.

In der Bevölkerung gibt es bekanntlich unterschiedliche Einstellungen zur Einführung des Euro. Bei breiten Teilen der Bevölkerung gibt es auch Ängste, die wir ernst nehmen müssen.

Ängste werden bekanntlich gern - besonders in Wahlkampfzeiten - zum politischen Vorteil in anderer Sache instrumentalisiert. Sieht man sich die handelnden Personen an, so stellt sich in diesem Zusammenhang sehr stark die Frage, ob der Begriff

„Rechtspopulismus“ die Verhältnisse treffend wiedergibt. Aus unserer Sicht lautet die Antwort ja. - Soviel dazu.

Vielleicht wäre es besser gewesen, politische Differenzen über den Euro, die es hier im Hause gibt, in deutlicherer Form zum Ausdruck zu bringen. Damit könnte man den fatalen Eindruck vermeiden, daß sich die differenzierte Einstellung der Bevölkerung zu dieser Frage in der Politik überhaupt nicht widerspiegelt. Ich bin trotzdem froh, daß wir nach dieser schweren Geburt zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sind, und bedanke mich auch noch einmal für die konstruktive Zusammenarbeit mit den europapolitischen Sprechern der Partnerparteien im Hause.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe bereits in der Landtagsdebatte vom 15. Mai dieses Jahres ausführlich die Argumente der F.D.P. für eine termingerechte Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion dargelegt. Lassen Sie mich deshalb heute zusammenfassend auf die wesentlichen Punkte eingehen.

Wer die Einführung des Euro verschieben will, macht dieses Projekt mausetot und riskiert damit eine gefährliche Rückentwicklung der Europäischen Union, eine Renationalisierung der Politik, die angesichts der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit großen Schaden bewirken würde; denn allen diesen Herausforderungen werden die europäischen Staaten nur in einer gestärkten Gemeinschaft und nicht als kleine oder mittlere Nationalstaaten entgegentreten können. Bei einem Scheitern des Euro würde die wirtschaftliche und politische Einigung Europas zurückgeworfen, möglicherweise sogar irreparabel beschädigt. Europa hätte dann im internationalen Wettbewerb verloren, und dies zu Lasten der Bürger unseres Landes.

Die Bundesrepublik Deutschland ist wie kein anderes Land in Europa wegen ihrer zentralen Lage, wegen ihrer wirtschaftlichen Stärke, wegen ihrer großen Bevölkerungszahl, wegen ihrer vielen Nachbarländer mit der lebendigen Erfahrung aus zwei Weltkriegen, die von Deutschland ausgingen, und wegen der

Verankerung der deutschen Wirtschaft im Binnenmarkt sowie der großen Exportabhängigkeit unseres Landes auf den stabilen Fortgang der europäischen Integration und auf die Vollendung des Binnenmarktes existentiell angewiesen. Der gemeinsame europäische Binnenmarkt nimmt heute rund 60 % der deutschen Exporte auf. Wie viele Arbeitsplätze von diesem Binnenmarkt abhängig sind, dürfte jedem Mann und jeder Frau klar sein.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich bekräftigen, daß die in Maastricht festgelegten **Stabilitätskriterien** eine wohltuend disziplinierende Wirkung auf die Politik der Mitgliedsländer entfaltet haben. Dies ist nachweisbar.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb war und ist es sicherlich richtig, den Stellenwert der Maastricht-Kriterien in der politischen Diskussion hoch anzusetzen. Die Diskussion über Stellen hinter dem Komma hat jedoch vor allem in diesem Jahr absurde Züge angenommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insoweit teile ich auch die Kritik, die Kollege Matthiessen und Kollege Saxe zu diesem Thema vorgetragen haben.

Im übrigen ist überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden, daß Deutschland ohne die Kosten der Wiedervereinigung, dem größten Brocken, ohne den Wegfall des Kohlepennigs und der damit leider erforderlich gewordenen Steuerfinanzierung dieser Subvention und ohne die Bahnschulden, dem dritten ins Gewicht fallenden Posten, nicht ein Defizit von rund 3 %, sondern einen Überschuß von rund 2 % des Bruttoinlandsproduktes aufweisen würde. Trotz der Finanzierung dieser Sonderlasten - allerdings muß ich dabei Kritik an der Kohlefinanzierung üben - wird sich Deutschland für die Europäische Währungsunion qualifizieren. Dies geht aus einer Einschätzung der OECD hervor, die vor vier Wochen vorgelegt worden ist. Trotz dieser wirklich ins Gewicht fallenden besonderen Belastungsfaktoren halten wir die harten Kriterien ein. Und das ist nun wirklich ein großer Erfolg, den wir nicht kleinreden sollten.

Für die F.D.P. gilt, daß die Währungsunion automatisch am 1. Januar 1999 beginnt, wenn die Gremien der Europäischen Union und der Bundestag unter Beachtung der Kriterien ihre Bewertung abgegeben haben werden. Daß sich eine populistische Politik der Euro-Ängste nicht auszahlt, hat nach der

baden-württembergischen SPD nun auch Herr Voscherau in Hamburg zur Kenntnis nehmen müssen. Allen Nachahmern aus SPD und CDU/CSU möge dies eine Warnung sein.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion begrüßt die klaren Aussagen, die Ministerpräsidentin Simonis in der Zeit seit dem 12. September an ihre Partei gemacht hat und die auch an die Adressen von München und Dresden zu richten sind. Wir Liberale wollen eine weitere Integration Europas, aber wir wollen sie nicht überfrachten mit neuen Aufgaben, denen Brüssel niemals gerecht werden könnte und die nur den Aufbau neuer Bürokratien zur Folge hätten.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ihre Partei hat aber doch gerade Europol zugestimmt!)

- Ich komme gleich auf diesen Punkt, Frau Kollegin. Wenn es darum geht, in einer Gemeinschaft ohne Grenzen im Sicherheits- und Polizeibereich zusammenzuarbeiten, gibt es auch Übereinstimmung.

Ich komme jetzt auf den Punkt 4 der Beschußvorlage, in dem mit Begriffen wie „Beschäftigungspolitik“, „Sozialunion“ und „Umweltunion“ Erwartungen erweckt werden, die aus unserer Sicht gar nicht erfüllt werden können, zumindest, wenn hier die Wünsche von Herrn Lafontaine mitklingen, alle anderen mögen sich doch am deutschen Sozialstandard orientieren.

Zum Schluß möchte ich deshalb darauf hinweisen, daß die Sozialleistungsquote in den skandinavischen Ländern bei über 40 % liegt; bei uns in Deutschland und in Frankreich liegt sie bei 31 %, in Italien bei 26 %, in Spanien bei 24 %, in Portugal bei 18 % und in Griechenland bei 16 %. Niemand wird sich doch vorstellen können, daß sich die anderen Länder am Level Deutschlands oder der skandinavischen Länder - das schwebt Anke Spoorendonk vielleicht vor - orientieren werden. Solch eine Vorstellung ist doch absurd. Hier werden Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden können.

(Glocke des Präsidenten)

Letzter Satz: Wir beantragen eine Einzelabstimmung über die Nummer 4, um unsere Vorbehalte dagegen deutlich machen zu können. Dem Gesamtantrag werden wir aber trotz dieser Bedenken in der Fassung der Beschußvorlage zustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Der Bundeskanzler hat neulich verlauten lassen, daß eine Debatte über das Thema Euro sinnvoll sei, solange sie fair geführt werde. Wir wissen nicht, was nach Ansicht des Herrn Bundeskanzlers fair ist. Ich meine aber, daß wir eine faire und seriöse Kritik ausüben dürfen.

Das Problem, gegen das ich gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen, Wirtschaftswissenschaftlern und anderen ehrwürdigen Mitbürgern zu kämpfen habe, liegt darin, daß die Debatte über die Wirtschafts- und Währungsunion keine wirtschafts- und währungspolitische Debatte ist. Letztlich stellt sie eine außen- und sicherheitspolitische Debatte über Frieden und Freiheit in Europa dar, wie der Bundeskanzler sagt. Wer sich dem Thema „Euro“ mit kritischen wirtschaftspolitischen Argumenten nähert, riskiert, als unfair, populistisch oder gar nationalistisch abgestempelt zu werden. Es geht also um die Erreichung politischer Ziele mit finanziellen Mitteln. Das wurde auch vom Vorsitzenden der Europa-Union in der Anhörung ganz deutlich gesagt.

Das Problem besteht darin, daß das politische Ziel noch gar nicht feststeht; zumindest gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen über dieses politische Ziel. Eines der wesentlichsten Probleme im Zusammenhang mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion liegt darin, daß die Befürworter zu lange ein zu wenig überzeugendes und statt dessen ein viel zu rosarotes Papier vom Währungswechsel gezeichnet haben.

Wen wundert die Verunsicherung, wenn Expertinnen und Experten im In- und Ausland in fundierten Stellungnahmen immer wieder darauf hinweisen, daß eine Währungsunion nicht dazu geeignet ist, Wachstum und Beschäftigung zu fördern - wie versprochen wurde -, sondern daß sie zu neuen Problemen führen kann.

Ich brauche in diesem Zusammenhang nicht auf die Debatte in Skandinavien hinzuweisen, werde es aber dennoch indirekt tun.

Ich teile die Ansicht, daß Euro-Befürworter den Gewinn durch die entfallenden Wechselkurse überschätzen und damit die Probleme verklären. Nicht weniger schwer wiegt die Verpflichtung zur

dauerhaften Einhaltung der **Konvergenzkriterien**, denn sie zwingt die Anwärterländer zu einer restriktiven Haushaltspolitik und schränkt so die Handlungsspielräume der Politik erheblich ein.

Dadurch wird die Reformfähigkeit beschnitten, und das in einer Zeit, da sich alle Länder gewaltigen Umwälzungen und Herausforderungen anpassen müssen. Dabei ist die Arbeitslosigkeit sicherlich das wichtigste Problem, aber auch andere Aufgaben, wie der Umgang mit neuen Technologien oder die Reformierung staatlicher Strukturen, erfordern finanzpolitischen Spielraum, damit wirkliche Innovationen und Verbesserungen nicht durch primitive Sparlösungen ersetzt werden. Billiger heißt nicht unbedingt besser. „Less is more“ gibt es in der Architektur, nicht aber in der Finanzpolitik.

Sie werden also verstehen, daß ich mit meinem Gewissen in Konflikt gerate, wenn es um die Zustimmung zu diesem Antrag geht. Der Euro wird sehr wahrscheinlich früher oder später kommen. Deshalb kann ich Punkt 5 des Antrags zustimmen. Unüberwindbare Probleme habe ich allerdings, wenn die Sprache direkt auf die politische Union fällt, wie es unter Nummer 4 der Fall ist. Ich wünsche nicht, daß noch mehr politische Entscheidungsbefugnisse zentralisiert werden.

Letzten Endes wünsche ich mir, daß man hierzulande doch noch einsieht, daß ein wirkliches europäisches Zusammenwachsen nur gelingen kann, wenn man die Bürgerinnen und Bürger an der Integration beteiligt. Jugendaustauschprogramme werden da nicht ausreichen. Seien es jetzt die Wirtschafts- und Währungsunion, der Amsterdamer Vertrag oder andere tiefgreifende europäische Reformen: Ein Mitspracherecht der Bevölkerung wäre europapolitisch konstruktiver als eigenmächtige Entscheidungen der Politik. Das sage ich nicht, weil ich hoffe, daß damit billige, populistische und nationalistische Kritik an der EU zum Zuge kommt. Die gibt es zuhauf jetzt schon, und sie kann auf das geringe Wissen über die EU-Politik bauen. Die Kampagnen in Verbindung mit den Volksabstimmungen in Dänemark haben aber gerade dazu geführt, daß die Bevölkerung über die europäische Politik besser informiert wurde.

Wer will es den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland verdenken, daß sie verunsichert und skeptisch sind, wenn jemand anderes die Union für sie aussuchen will und ihnen keine Wahl läßt?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Präsident, zwei Minuten Abkürzung bin ich Ihnen noch von heute morgen schuldig.

Zur Kultur eines Parlaments gehört bekanntlich auch eine gesittete Streitkultur - im besten Sinne des Wortes - um die besseren Argumente. Das haben wir gestern erlebt. Das schließt aber nicht aus, daß man auch im Parlament einer Meinung sein kann.

Ihre im Europaausschuß gefundene gemeinsame Entschließung ist ein Beleg dafür. Sie haben in der Anhörung gute Argumente für die Einführung des Euro gefunden, Argumente gegen den Euro wurden von den Sachverständigen nachhaltig entkräftet.

Es wird jetzt unsere gemeinsame Aufgabe, die Aufgabe der Politik, sein, die Vorteile des Euro zu vermitteln. Wir werden den Menschen zeigen müssen, daß wir ihre Befürchtungen ernst nehmen. Wir werden die Menschen davon überzeugen müssen, daß der Vertrag von Maastricht und die dazugehörenden Regelungen, insbesondere die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und der Stabilitätspakt, die Gewähr dafür bieten, daß der Euro eine stabile Währung werden wird.

Das ist einfacher, als man zunächst glauben möchte. Die Hälfte der Arbeit wäre schon getan, wenn die argumentationsarme Diskussion über Verschiebung und Verlängerung beendet würde.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jede Währung besitzt einen meßbaren Wert. Die Fakten - niedrige stabile Zinsen, niedrige Inflationsrate, stabile Wechselkurse, moderate Lohnentwicklung - sprechen für einen guten Wert des Euro. Das gilt übrigens auch in Spanien und in Italien. Ich denke, man sollte anerkennen, daß der Zug hier in die richtige Richtung fährt. Aber eine Währung hat auch einen nur psychologisch begründeten Wert. Dieser Wert läuft Gefahr, zerredet zu werden.

Es ist gut, daß Parlament und Regierung in dieser Frage einen echten Schulterschluß haben. Ich sage einmal, daß da kein Stück Papier dazwischenpaßt. Wir sind für

die planmäßige **Einführung des Euro** zum 1. Januar **1999**. Wir bekennen uns zum Maastrichter Vertrag und den darin enthaltenen Bedingungen einer nachhaltigen Einhaltung der Stabilitätskriterien. Maßstab für die Stabilitätskriterien ist die Sicherheit einer dauerhaften Erfüllung. Eine Punktlandung zu fordern reicht eben nicht aus.

Wichtiger für die Stabilität des Euro sind mittel- und langfristige Tendenzen. Die nationalen Rahmenbedingungen für die Währungsunion müssen bis Mai 1998 entschieden werden. Wir haben Ihnen dazu für das Frühjahr Berichte angekündigt. Es gilt, Einigkeit über die Anwendung der Konvergenzkrterien zwischen Bund und Land zu finden, aber auch die Umsetzung zwischen Land und Kommunen.

Prüfen, ob eine Verkürzung der Phase mit zwei gleichberechtigten Währungen nebeneinander machbar und rechtlich möglich ist! Mir scheint der „big bang“ sinnvoller und wegen Wegfallens der Übergangsregelungen kostengünstiger zu sein. Auch hier besteht Übereinstimmung.

Die Umstellung der öffentlichen Hand grundsätzlich zum 1. Januar 2002 - ich meine, früher ausnahmsweise nur dann, wenn es technisch und organisatorisch möglich ist und für die Menschen und für die Wirtschaft nachweisbare Vorteile!

Worauf es jetzt ankommt - das möchte ich noch einmal sagen -, ist: sachlich argumentieren, Zweifler nicht stigmatisieren, sondern ihre Ängste ernst nehmen und durch gute, gemeinsame Argumente entkräften!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, zunächst über die Nummern 3 und 4 der Drucksache 14/961 (neu) abzustimmen.

Ich lasse zunächst über Nummer 3 abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. gegen die Stimmen von CDU und SSW angenommen.

Ich lasse nun über Nummer 4 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Nummer 4 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und SSW bei Enthaltung der F.D.P. angenommen.

Ich lasse über den Gesamtantrag, Bericht und Beschlussempfehlung Drucksache 14/961 (neu), abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Angenommen mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und F.D.P. gegen die Stimme des SSW.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Agenda 2000 - Neuordnung der EU-Struktur- und -Agrarförderung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/978

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Zur Begründung hat das Wort der Herr Abgeordnete Saxe.

Bernd Saxe [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Neben der eben diskutierten Wirtschafts- und Währungsunion sind zweifellos die **Osterweiterung** der EU und die Neuordnung der **Finanzierung** der **Europäischen Union** die beiden herausragenden Themen der europäischen Politik in den kommenden Jahren. Beide Themen stehen in engem Zusammenhang miteinander. Die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU, die wir wollen, wird ohne eine Neuordnung der Finanzen nicht möglich sein. Im Gegenteil, die Reform der Struktur- und -Agrarförderung ist eine zwingende Voraussetzung für die Erweiterung des Mitgliederkreises, wenn die EU an dieser Erweiterung nicht zugrunde gehen will.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Voraussetzung für die Osterweiterung ist auch eine Reform der **EU-Institutionen**. Hier ist leider festzustellen, daß die Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Amsterdam ihren Auftrag auf diesem Sektor nicht erfüllt hat. Sie ist zumindest hier deutlich hinter den berechtigten Erwartungen zurückgeblieben. Es ist nicht zuletzt der deutsche

Bundeskanzler, der das Scheitern von Amsterdam in dieser Frage zu verantworten hat.

Erforderlich sind Änderungen bei der Zusammensetzung der Kommission und Änderungen bei den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen im Europäischen Rat. Beides wurde in Amsterdam nicht erreicht und muß dringend nachgearbeitet werden.

Die Europäische Kommission hingegen hat Ihre Hausaufgaben gemacht. Die **Agenda 2000** ist ein wegweisendes Dokument, dessen Vorschläge geeignet sind, das gemeinsame Europa für das nächste Jahrtausend fit zu machen. Ich will darauf hinweisen: Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist meines Wissens das erste deutsche Landesparlament, das sich in einer inhaltlichen Debatte mit den Vorschlägen der Agenda 2000 befaßt.

Ich will mich zu den Feinheiten der europäischen Agrarpolitik nicht so weitgehend äußern. Meine Kollegin Schröder, die hierzu später noch das Wort ergreifen wird, versteht davon mehr als ich. Aber daß die **Agrarreform** von 1992 weitergeführt werden muß, hin zu mehr Marktorientierung, zu einer Stärkung des Umweltgedankens und zu einer schrittweisen Reduzierung des Subventionsbedarfs dieses Sektors, ist - glaube ich - eine Binsenweisheit. Wenn man sieht, daß von den EU-Mitteln, die Jahr für Jahr in unser Land fließen - das sind immerhin rund 500 Millionen DM -, zirka 80 % oder 400 Millionen DM in die Agrarförderung fließen, dann muß man feststellen, daß diese Reform dringend notwendig ist. Wir brauchen eine langsame, eine schrittweise Rückführung des Zuschußbedarfs in diesem Sektor, um die Mittel für die Förderung des Strukturwandels freizubekommen, statt sie für den Erhalt überkommener Strukturen einzusetzen, um sie freizubekommen für die Förderung des ländlichen Raumes, in dem es neben dem Agrarsektor Zukunftspotentiale gibt, für die Umstrukturierung altindustrieller Bereiche in urbanen Zentren unseres Landes, denen neue Perspektiven eröffnet werden müssen, und für die Förderung von Forschung und Entwicklung auf neuen Feldern der Technologie, um unser Land weiter für den globalisierten Wettbewerb fit zu machen.

Die EU-Kommission hat mit ihren Vorschlägen zur Neuordnung der Struktur- und Agrarförderung genau diesen Weg beschritten. Wir unterstützen sie dabei nachdrücklich.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat in einer früheren Entschließung sein nachhaltiges Interesse an

einer zügigen Osterweiterung der EU deutlich gemacht und dabei insbesondere auf unsere Nachbarn in der Ostseeregion, auf **Polen** und die drei **baltischen Staaten**, abgehoben. Bei aller Zustimmung zu den meisten Initiativen der EU-Kommission, wie sie in der Agenda 2000 enthalten sind, muß ich an dieser Stelle Kritik an den Vorschlägen hierzu anmelden. Die Kommission schlägt vor, im Frühjahr nächsten Jahres Verhandlungen mit sechs der insgesamt zehn beitrittswilligen Länder Mittel- und Osteuropas aufzunehmen, nämlich mit Polen, Estland, der Tschechischen Republik, Ungarn, Slowenien und Zypern. Ich halte es für falsch, die drei baltischen Republiken in dieser Weise unterschiedlich zu behandeln, falsch, weil es keinen Grund, kein nachvollziehbares Kriterium für diese unterschiedliche Behandlung gibt, falsch, weil diese Ungleichbehandlung eher zu einem Gegeneinander im Baltikum führen kann, obwohl doch die Förderung des Miteinanders und der Kooperation in dieser Region im europäischen Interesse liegen sollte, falsch, weil es für die baltischen Länder aufgrund ihrer Geschichte vielleicht noch wichtiger als für andere mittel- und osteuropäische Länder ist, das Gefühl der Sicherheit zu bekommen, die sie in einer EU-Mitgliedschaft sehen.

Die Kommission hat anders entschieden in dem Wissen, daß es durchaus andere gangbare Wege der Integration gibt. Ich hätte den Weg vorgezogen, wie er im sogenannten Startlinienkonzept beschrieben worden ist. Die EU beginnt mit Beitrittsverhandlungen mit allen Ländern gleichzeitig. Der Zeitpunkt des tatsächlichen Beitritts bemäßt sich aber für jedes Land individuell nach dem Fortschritt, den der Prozeß der Angleichung der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsordnung an die Vorgaben der EU macht.

Nachdem nun anders entschieden worden ist und diese Entscheidung - wie ich vermute - auch nicht mehr zu revidieren ist, kommt es jetzt darauf an, in der Gemeinschaft der **Ostseekooperation** die Zusammenarbeit insbesondere mit denen noch intensiver zu pflegen und auszubauen, die absehbar in der ersten Tranche der Neumitglieder nicht dabeisein werden. Es wäre fatal, nach der Zurückweisung, die die beiden baltischen Staaten hinsichtlich ihres Wunsches nach NATO-Mitgliedschaft erfahren haben, und nach der Zurückweisung, die sie jedenfalls vorläufig bei ihrem Wunsch nach EU-Mitgliedschaft erfahren haben, bei ihnen nun auch noch das Gefühl entstehen zu lassen, auch in der Ostseekooperation damit zu Partnern minderen Interesses zu werden. Es kommt also jetzt darauf an, die Zusammenarbeit im Ostseeraum weiter zu stärken. Sie ist der Ort, an dem die Heranführung der Beitrittskandidaten sinnvoll

unterstützt werden kann, die Zusammenarbeit mit denen, die auf absehbare Zeit nicht EU-Mitglied sein können, gepflegt werden kann und an dem diejenigen, die der EU nicht angehören wollen, ihren Platz finden. Darum ist es übrigens gut, daß die EU-Kommission in ihrer Agenda 2000 vorschlägt, die Gemeinschaftsinitiative INTERREG über das Jahr 2000 hinaus fortzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Damit sind wir in der Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Politiker müssen darauf achten, daß wir die Fehler der Maastricht-Verhandlungen nicht wiederholen. Wir müssen von Anbeginn an dafür sorgen, daß wir der öffentlichen Meinung ein klares Bild von dem vermitteln, was wir tun und weshalb wir es tun. Wir dürfen keine Mühe scheuen, die öffentliche Meinung für uns zu gewinnen. - Diese staatstragenden Worte, gemünzt auf die **Osterweiterung**, stammen nicht von mir, sondern von dem britischen EU-Kommissar Sir Leon Brittan, der als britischer Konservativer weiß, was es heißt, die öffentliche Meinung in einer europapolitischen Frage für sich zu gewinnen. Er hat recht.

Die CDU-Fraktion steht uneingeschränkt zu dem Ziel einer schrittweisen Erweiterung der Europäischen Union um die Staaten Mittel- und Osteuropas. Wir glauben, daß die Osterweiterung in der logischen Konsequenz der bisherigen europäischen Integration liegt und daß sowohl die jetzigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union als auch die Beitrittskandidaten ein gemeinsames politisches und wirtschaftliches Interesse an der Osterweiterung haben.

Wenn heute die Agenda 2000 auf der Tagesordnung steht, dann geht es natürlich um die Osterweiterung. Aber es geht auch und in erster Linie um die Folgen dieser Erweiterung für die alten Mitgliedsländer und für uns im Landtag speziell um die Auswirkungen auf Schleswig-Holstein. Wir müssen die Diskussion um die Auswirkungen der Osterweiterung ehrlich führen und dürfen nicht so tun, als würde dies alles spur- und folgenlos an uns vorübergehen oder als wäre es ein Spaziergang. Hierbei müssen wir - wie Sir Leon Brittan es gesagt hat - aus den Fehlern der Euro-

Debatte lernen. Wir müssen das Für und Wider sowie die Interessenkonflikte im Vorfeld klar benennen, damit wir zu Regelungen kommen, die von den Menschen in der Europäischen Union in ihrer jetzigen Gestalt auch getragen werden können. Nur so wird es uns gelingen - das ist wichtig -, für die Osterweiterung mehr Rückhalt in der Bevölkerung zu erreichen, als wir sie für den Euro zum jetzigen Zeitpunkt haben.

Liebe Kollegen, lassen Sie mich zu zwei Themenkomplexen Stellung nehmen; zu den Fragen der Agrarpolitik wird gleich - wir haben eine ähnliche Arbeitsteilung - mein Kollege Peter Jensen-Nissen Stellung nehmen.

Erstens: **Finanzrahmen**. Wir stimmen der Kommission darin zu, daß die Osterweiterung innerhalb der derzeitigen Eigenmittelobergrenze zu erfolgen hat. Wir fragen uns allerdings, ob die Kommission mit ihrem in der Agenda 2000 vorgestellten Zahlenwerk dieses Ziel auch tatsächlich erreicht. Uns scheinen die Grundannahmen der Kommission nicht zu stimmen, zum einen was die prognostizierten Wachstumsraten anbelangt. Zum anderen glauben wir, daß die Kosten nicht realistisch kalkuliert sind. So sollen laut Agenda 2000 für den Zeitraum von 2000 bis zum Jahre 2006 85 Milliarden DM an Struktur- und Anpassungshilfen für die Beitrittskandidaten ausgegeben werden. Zum Vergleich: Allein die innerdeutschen Transferleistungen seit der Wiedervereinigung belaufen sich jährlich auf 200 Milliarden DM. Da wir glauben, daß die bisherigen Berechnungen - wie eben an einem Beispiel dargestellt - für die Osterweiterung eine Rechnung mit sehr vielen Variablen sind, halten wir es auch für unsinnig, den Finanzrahmen der Europäischen Union auf eine so lange Zeit festzuschreiben. Deshalb fordern wir eine verlässliche Grundlage. Zu der gehört ein verkürzter Zeitraum für den Finanzrahmen, nämlich nur bis zum Jahre 2003, damit nicht das eintritt, was niemand von uns will, nämlich daß wir sehenden Auges in eine Kostenlawine hineinrennen, derer wir dann nicht mehr Herr werden.

Zweitens: **Strukturpolitik**. Wir begrüßen es, daß es nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission durch eine Reduzierung der Förderziele von sieben auf drei zu einer Vereinfachung der Struktur- und Regionalförderung kommen soll. Dies steigert die Effizienz, schafft mehr Transparenz und führt dadurch zu einer höheren Akzeptanz. Diese neue Transparenz muß sich aber auch bei uns im Lande widerspiegeln. Deshalb sind wir für eine Bündelung der Zuständigkeiten innerhalb der Landesregierung, damit

es klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten mit klaren Ansprechpartnern gibt.

Daß wir die Bündelung der Förderziele begrüßen, heißt allerdings noch lange nicht, daß wir auch die inhaltlichen Veränderungen mittragen. Aus schleswig-holsteinischer Sicht ist der Wegfall der 5 b-Förderung und deren Ersatz durch ein neues Ziel-2-Gebiet nicht hinzunehmen. Wir treten nach wie vor für eine Förderung der ländlichen Räume als solche ein. Dabei darf die Arbeitslosenquote nicht das alleinige Kriterium sein; denn wenn wir uns das jetzige 5 b-Gebiet in Schleswig-Holstein ansehen, ist unschwer zu erkennen, daß die Gebiete mit der höchsten Arbeitslosigkeit, nämlich die Städte, nicht im ländlichen Raum liegen. Ohnehin beinhaltet das neue Ziel 2 in Wahrheit keine Förderung für den ländlichen Raum - auch wenn dieser Eindruck entstehen soll -, sondern für die Städte.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Es ist interessant, wer hierzu klatscht. Herr Matthiessen, Sie wohnen in Osterby; das ist nicht Stadt. - Die Entwicklung der ländlichen Gebiete muß sich auf bessere Wechselbeziehungen zwischen den Städten und ihrem Umland stützen, heißt es in der Agenda 2000 zur Förderung des ländlichen Raumes im Ziel-2-Gebiet. Was aber bedeutet das? Es bedeutet, daß sich die Planung des ländlichen Raumes an den Bedürfnissen der Städte zu orientieren hat und letztendlich nur noch eine Ausgleichsfunktion für die Städteplanung haben wird. Dies lehnen wir ab.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Da können Sie jetzt nicht klatschen, Herr Matthiessen. Jetzt haben Sie im falschen Moment geklatscht.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß sich die Förderung des ländlichen Raumes weiterhin darauf konzentrieren muß, den Zusammenhang von Leben und Arbeit der Menschen im ländlichen Raum möglich zu machen. Dies ist auch der Grund, weshalb wir für die Schaffung eines Fonds „Entwicklung ländlicher Räume“ eintreten, weil der ländliche Raum mehr ist als nur städtisches Umland.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der CDU: So ist es!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr de Jager, es gab da ganz einfach eine Übereinstimmung.

Mit der von der Kommission vorgelegten **Agenda 2000** haben wir den Rahmen für das wesentliche Finanzinstrument der EU für sechs Jahre zu diskutieren. Ich bin ganz froh, daß eine Ausschußüberweisung angestrebt wird; denn ich glaube, auch mit einer verlängerten Redezeit von zehn Minuten können wir die Thematik nicht hinlänglich abhandeln.

Ich will mich daher im Rahmen meiner Rede lediglich auf die Punkte „ländliche Räume“, „Landwirtschaft“ und - wovon bisher noch nicht die Rede war - „nukleare Sicherheit“ beschränken.

Einige grundsätzliche Bemerkungen vorweg. Entwicklungs- und Kohäsionspolitik sind selbstverständlich weiterhin Pfeiler der europäischen Integration und werden um so bedeutsamer, wenn weitere Partnerländer aus dem sogenannten MOEL-Gebiet beitreten. Das Kürzel bedeutet „mittel- und osteuropäische Länder“. Man ist im Rahmen der EU-Politik als europapolitischer Sprecher tatsächlich gezwungen, etliche Abkürzungen zu lernen. Die MOEL, also die mittel- und osteuropäischen Länder, kommen hinzu, und die Grünen schlagen deshalb vor, die Zusammenfassung städtischer Viertel und industrieller Sanierungsgebiete mit der Entwicklung ländlicher Räume in einem gemeinsamen Ziel-2-Gebiet - wie es künftig heißen soll - nicht vorzunehmen. Wir gehen davon aus, daß die Probleme in den Ballungszentren im wesentlichen aus der Abwanderung aus den ländlichen Räumen mit resultieren. Aus diesem Grunde muß ein spezielles Zielgebiet „ländliche Räume“ mit ökologischem Umgestaltungsbedarf singulär geschaffen werden. Herr de Jager, insofern habe ich so verkehrt eben nicht geklatscht.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Daneben sollte für die Kohäsion in problematischen Ballungszentren ein KMU-Fonds eingerichtet werden. Zur Anschubfinanzierung für den ökologischen Umbau und für die Ausarbeitung integrativer regionaler und sozialer Entwicklungsstrategien ist aus unserer Sicht unbedingt eine Vorplanungsphase zur Erstellung der Förderpläne erforderlich, die die Beteiligung aller Akteure auf regionaler Ebene von Beginn an sicherstellt.

In den Begleitausschüssen müssen die Sozialpartner natürlich inhaltlich vorbereitet und begleitet werden, was auch eine Aufwandsentschädigung einschließt. Es ist sonst eine gleichberechtigte Teilhabe auch von Nichtregierungsorganisationen gar nicht denkbar.

Allgemein läßt sich sagen, daß mit den traditionellen ökonomischen Mustern die Herausforderung der steigenden Arbeitslosigkeit sowie der Transformationsprozeß der östlichen Wirtschaften nicht bewältigt werden kann. Es besteht die Notwendigkeit des Umbaus hin zu einer ökologischen und sozial gerechten Wirtschaft mit einer Ausrichtung auf eine nachhaltige Entwicklung.

Im Kern müssen Entwicklungsmuster eingerichtet werden, die auf dem niedrigen Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen beruhen und deshalb langfristig reproduzierbar sind.

Gut und notwendig finden wir, daß die **Beitrittsländer**, also die **mittel- und osteuropäischen Länder**, in ihrer Finanzausstattung Priorität erhalten. Daß sie besser ausgestattet werden, ist aufgrund der Kohäsionsidee eine unbedingte Notwendigkeit, um eine zügige Überwindung der ökonomischen Spaltung in einem erweiterten Europa zu gewährleisten.

Aber das kann man nicht übers Knie brechen. Die Mitteltransfers für die Beitrittsländer müssen sich trotzdem entlang ihrer ökonomischen Absorptionsfähigkeit orientieren und sollten sinnvollerweise nur schrittweise erhöht werden. Das bedeutet, daß auch für diese Staaten das Grundprinzip gelten soll, daß der Gesamtanteil an den Strukturmitteln und am Kohäsionsfonds am Haushalt des derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaates nicht mehr als 4 % beträgt.

Nach diesen allgemeinen Vorbemerkungen zur Agenda 2000 komme ich nun zu den ländlichen Räumen. Die Feststellung des Kommissionspräsidenten und der Kommissarin zur GAP - wieder eine Abkürzung; es bedeutet „gemeinsame Agrarpolitik“ -, daß die

Agrarreform 1992 eine Erfolgsstory sei, teilen wir nicht. Die **Agrarpolitik** der EU hat weder wesentliche ökologische Fortschritte gebracht, noch hat sie Arbeitsplätze geschaffen. Das Gegenteil ist der Fall. In einen immer angespannteren Arbeitsmarkt hinein sind zusätzlich europaweit hunderttausend Bäuerinnen und Bauern aus der landwirtschaftlichen Produktion entlassen worden, und zwar Jahr für Jahr.

Ganz richtig beklagt die Europäische Volkspartei in ihrer Pressemitteilung vom 17. September, daß es bereits heute Landflucht und entvölkerte Gebiete in Europa gibt, in denen - so wörtlich - „selbst die Landwirtschaft aufgegeben wird“. Wenn sie dann feststellen - als hätten sie bei den Grünen abgeschrieben - , wie problematisch die Zusammenfassung der Umstrukturierung altindustrieller Kernregionen und der Förderung städtischer Problemgebiete mit der Entwicklung ländlicher Räume in der Agenda 2000 ist, dann frage ich mich allerdings vor dem Hintergrund dieser Analyse, auf welchem Planeten Reimer Böge mit seiner CDU eigentlich lebt.

An dieser Agrarpolitik- seit Sicco Mansholt über die sogenannte große Reform im Jahre 1992 bis hin zum heutigen Tage - haben die Christlichen Demokraten doch geradezu Urheberrechte. Das „Wachsen oder Weichen“ haben sie doch aktiv mitgestaltet als maßgebende politische Kraft in der Agrarpolitik, und die Sozialdemokraten stellten ihnen einen Bündnispartner, weil der ständig sinkende landwirtschaftliche Erzeugerpreis für billige Lebensmittel sorgte. Das ist zwar sozial, wenn auch nicht für die Bauern, aber die wählen bekanntlich sowieso Schwarz.

Ich empfehle unserem Koalitionspartner: Vollziehen Sie diese Sozialrechnung mit den billigen Lebensmittelpreisen noch einmal nach, und rechnen Sie einmal aus, was das an Ausgleichszahlungen und Subventionen kostet, und das vor dem Hintergrund, daß doch fast 70 % der Steuern lohnbezogen vereinnahmt werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wollen Sie die Lebensmittelpreise erhöhen?)

- Ja, in der Tat. Subventionen ade, und gesunde Lebensmittel zum vollen Preis. Das ist unsere Politik.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Martin Kayenburg [CDU]: Sehr schön!)

Das bedeutet: Billig eingekauft und subventioniert aus demselben Portemonnaie, das läuft im Grunde auf ein Nullsummenspiel hinaus.

Der Input an Energie in der Landwirtschaft steigt. Allein in Deutschland werden etwa 50 Millionen t Lebensmittel produziert, wobei 200 Millionen t Rohstoffe zum Einsatz kommen. Hinter jeder Nahrungsmittelkalorie unseres Essens verbirgt sich inzwischen ein Mehrfaches an technischer Kalorie. Die Ernährung eines einzigen Bundesbürgers verursacht so gesehen 3.200 kg CO₂ im Jahr. Von Ökologie und Klimaschutz keine Spur! Die Agrarfördermittel der EU mit ökologisch wirksamer Komponente machen nur einen Bruchteil der Gesamtmittel aus.

Wir verfolgen bei der **Neuorientierung** der Mittel in der **Landwirtschaft** folgende Linie: ein Abbau von Subventionen, der aber innerhalb der EU streng wettbewerbsneutral vollzogen werden muß, das heißt also nur EU-weite Maßnahmen. Die verbleibenden Mittel sollten - so steht es auch in Punkt 5 des Antrages - dann entlang der Kriterien Beschäftigungswirksamkeit und **Ökologie** entwickelt werden.

Weiter finden wir die Einführung von betrieblichen **Fördergrenzen**, wie sie die EU jetzt erstmalig vorschlägt, richtig und notwendig. Wir verlassen damit die absurde Situation, daß ein landwirtschaftlicher Betrieb etwa im Osten 7 Millionen DM einzelbetriebliche Förderung per annum aus den EU-Töpfen erhalten kann. Das ist eine absurde Situation, wenn uns die kleinstrukturierte Landwirtschaft in den nicht begünstigten Lagen reihenweise wegbricht und das den Arbeitsmarkt entsprechend belastet.

Es ist also der richtige Weg, hier Obergrenzen für die Förderung der Betriebe einzuführen. Um es mit einem Schlagwort zu sagen: Unsere Agrarpolitik heißt: Abschied von den Subventionen und gesunde, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zum vollen Preis.

Aus Zeitgründen verlasse ich nun den Punkt „ländliche Räume“ und komme zu dem Stichwort „**nukleare Sicherheit**“. Da heißt es in der Agenda richtig, daß in den Bewerberländern 30 % der Stromerzeugung aus einer maroden Nuklearindustrie stammen. Wörtlich ist dort zu lesen:

„Die meisten Kernkraftwerke wurden unter Einsatz sowjetischer Technologien errichtet und genügen internationalen Sicherheitsnormen nicht.“

- Das stimmt. Aber es geht fatal weiter: Die AKWs einfach stillzulegen, so heißt es, sei keine Lösung. Es heißt wieder richtig, die Kosten für den Aufbau einer alternativen Energieversorgung seien äußerst hoch. - Das ist banal und bekannt. Richtig ist aber, daß die Atomenergie auch im Grundlastbereich schon lange nicht mehr zu den kostengünstigsten Stromlieferanten gezählt werden darf, auch bei Vernachlässigung externer Kosten, auch bei Vernachlässigung der nach wie vor unlösbarer Entsorgungsfrage. Um diese Einsicht, nämlich eine eigene Bewertung in dieser Frage, drückt sich die Kommission, indem sie schreibt: „Einige Bewerberländer haben mit dem Bau neuer Kernkraftwerke begonnen, da sie dies als den kostengünstigsten Weg zur Deckung des steigenden Energiebedarfs ... ansehen.“

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Hier ist die Kommission in einer erheblichen Pflicht. Es besteht dringender Aufklärungsbedarf, damit in den Entwicklungsländern nicht gigantische Fehlinvestitionen als „trended-investment-Ruinen“ am Ende des Weges stehen.

Auf dem Wege dahin sollen Hilfs- und Modernisierungsmaßnahmen finanziert werden. Wieder einmal - als hätten wir nichts gelernt - sollen **Subventionstatbestände** für die **Atomwirtschaft** geschaffen werden. Die Programme sollen in enger Zusammenarbeit mit PHARE, EURATOM und der Weltbank aufgestellt werden. Ich sage hier in aller Deutlichkeit. Diese Politik wird von unserer Seite nicht mitgetragen. Es ist heute schon absehbar, daß diese Mittel Verschwendungen sind. Sie sollten für den Aufbau einer solaren Energiewirtschaft eine bessere Verwendung finden. So weit zur Atompolitik der Kommission!

Abschließend will ich aus meiner Sicht zusammenfassen, daß wir eine Reihe positiver Ansätze in der Agenda 2000 sehen können, daß aber noch erheblicher Nachbesserungsbedarf besteht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als nächste hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte an meinen Vorredner nur die eine Bemerkung richten: Natürlich kann die Osterweiterung der EU nicht ein Einstieg in eine Bevormundung von anderen Ländern sein, sondern diese Länder werden sich selbständig entwickeln müssen, und sie werden entscheiden müssen, wie sie ihre Energieversorgung in den kommenden Jahrzehnten sicherstellen wollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Europäische Union steht vor bedeutenden Herausforderungen. Das ist hier schon gesagt worden. Die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Neuordnung der Finanzordnung und die Osterweiterung müssen in den nächsten fünf Jahren auf den Weg gebracht werden. Die Europäische Kommission hat mit der Agenda 2000 Vorschläge vorgelegt, wie diesen Herausforderungen begegnet werden kann.

Für Deutschland hat die Europäische Union einen unschätzbar wert. Mein Kollege Klug hat das in vorherigem Beitrag ausgeführt. Wir haben wirtschaftlich und politisch von der Gemeinschaft profitiert. Die Verwirklichung der deutschen Einheit wäre ohne die feste und aktive Einbindung Deutschlands in die EU nicht vorstellbar gewesen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch von der **Osterweiterung** wird Deutschland am meisten profitieren. Das gilt entsprechend für Schleswig-Holstein, das in den vergangenen Jahren mit zunehmendem Erfolg in die Verstärkung und Intensivierung der Ostseekooperation investiert hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Diese Anstrengungen werden durch die Osterweiterung unterstützt.

Die F.D.P. unterstützt nachdrücklich das Bemühen der Kandidaten im Osten, sich der EU anzuschließen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei der Aufnahme und Durchführung der Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten bedarf es einer Differenzierung ohne Diskriminierung. Es muß

deutlich werden, daß der Kandidat, der beim ersten Mal nicht dabei ist, noch Chancen hat, später in die Union hineinzukommen. Die Osterweiterung ist ein Prozeß, in dem einige Beitrittsländer früher, andere später in der EU ankommen werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Voraussetzung für eine erfolgreiche Osterweiterung ist die **Neuordnung der Finanzen** der Gemeinschaft. Als größter Nettozahler 1996 hat Deutschland 22,5 Milliarden DM mehr bezahlt, als es erhalten hat. Es wird Deutschland schwerfallen, diese Lasten zu verringern, ohne umfassenden Veränderungen der Förderstruktur zuzustimmen. 80 % des EU-Haushalts entfallen auf die Finanzierung der Agrar- und Strukturfonds, etwa 80 Milliarden DM kostet die Agrarpolitik. Schleswig-Holstein erhält nahezu eine halbe Milliarde DM an Ausgleichszahlungen. Das macht deutlich, daß in Schleswig-Holstein bei jeglicher Änderung in der Förderstruktur und der Verminderung der Mittel für die Förderprogramme drastische Auswirkungen zu erwarten sein werden. Das darf nicht verschwiegen werden.

Im EU-Vertrag ist dargestellt, daß der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt neben der Wirtschafts- und Währungsunion und dem einheitlichen Binnenmarkt einer der drei Hauptpfeiler des europäischen Aufbauwerkes ist. Gerade vor dem Hintergrund der Erweiterung der EU hat die Strukturpolitik hohe Priorität. Alle Beitrittskandidaten haben eine im Vergleich zum EU-Durchschnitt erheblich geringere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Sie erfüllen somit die Voraussetzung für die höchste Förderstufe Ziel-1-Gebiet. Eine Förderung nach den bisherigen Maßstäben ist somit nicht finanzierbar. Allein dadurch wird deutlich, daß eine **Änderung der Förderpolitik** unabdingbar ist.

Von der **Strukturpolitik** ist künftig zu fordern: Sie sollte nur den wirklich unterentwickelten Regionen zugute kommen. Zur Zeit sind 51 % des EU-Gebietes Fördergebiet. Das ist zuviel. Die F.D.P. ist der Auffassung, daß das weiter herabgesetzt werden sollte, weiter auch, als die EU-Kommission mit 35 bis 40 % vorgeschlagen hat. Sie muß die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Regionen erhöhen, sie darf die Marktkräfte nicht stören oder zu Verzerrungen führen. Fördermaßnahmen müssen zeitlich befristet werden.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Die Agrarpolitik in der EU hat bereits in den vergangenen Jahren eine umfassende Änderung erfahren. Die **Agrarförderung** wurde von einer Stützung der Preise auf Ausgleichszahlungen umgestellt. Damit ist es gelungen, die Ausgaben für die Agrarpolitik zu senken. Doch auch dieses System hat Probleme. Die obligatorische Flächenstillegung hat zwar zu einer Begrenzung der Überschüsse beigetragen, die damit verbundenen Hektar-Beiträge sind dagegen in ihren Nebenwirkungen, wie zum Beispiel der Erhöhung der Pachten, sehr kritisch zu sehen.

Die EU-Kommission beschreibt in der Agenda 2000 die Aussichten am Weltmarkt für Agrarprodukte positiv. Sie begründet ihre Reformvorschläge wie folgt: Bei Beibehaltung des derzeitigen Systems bleibt der Abstand zwischen den Preisen in der EU und den Weltmarktpreisen erhalten. Damit entsteht die Gefahr, daß die EU durch ihre mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ihren Anteil an den expandierenden Weltmärkten verliert. Die jetzigen Instrumente der Agrarpolitik sind bei einer Osterweiterung nicht mehr finanzierbar.

Das bedeutet, daß die bestehende Agrarpolitik dringend geändert werden muß. Ein kategorisches Nein hilft nicht weiter, egal ob es vom Bauernverband oder vom Bundeslandwirtschaftsminister kommt.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Wir brauchen Vorschläge für eine **Struktur der EU-Agrarpolitik**, die auch bei einer Osterweiterung Bestand hätten. Mit einer Fundamentalkritik kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Es ist nicht zu erwarten, daß das politische Ziel der Osterweiterung aufgegeben wird, um die Agrarpolitik nicht ändern zu müssen. Es ist in der EU aber auch klar, daß der Museumsbauernhof, den die Grünen eben angesprochen haben, nicht das Ziel der Reform der Agrarpolitik ist.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gilt daher, einen ernsthaften Einstieg in die Agrarderegulierung zu finden und Zukunftsperspektiven für unsere Landwirte zu eröffnen, die sie für den notwendigen Strukturwandel brauchen. Eine kurzatmige Agrarpolitik, die den Landwirten zwar heute unter die Arme greift, doch keine wettbewerbsfähigen Strukturen wachsen läßt, schadet allen Landwirten. Mittelfristig ist zu erwarten, daß der Außenschutz weiter vermindert wird, die Interventionspreise gesenkt und dirigistische Eingriffe in das Marktgeschehen vermieden werden. Wer den unternehmerischen Landwirt will, kann sich diesen Überlegungen nicht völlig verschließen. Im übrigen sei daran erinnert, daß zum Beispiel die Intervention bei Getreide seit 1992 in Deutschland zwar noch eine Rolle spielt, in der EU aber nur noch von untergeordneter Bedeutung ist. 1996/97 gingen gerade 13 % des in Schleswig-Holstein geernteten Getreides in die Intervention.

Angesichts der enormen Auswirkungen auf Schleswig-Holstein, die eine Reform der Agrarpolitik wie auch der Strukturpolitik mit sich bringen werden, reicht es nicht, wenn im Resolutionsentwurf der SPD die Vorschläge zur Reform der Agrarpolitik einfach zur Kenntnis genommen werden. Es gilt doch zu ermitteln, welche **Auswirkungen** eine **Umsetzung der Vorschläge** in der Agenda 2000 konkret für Schleswig-Holstein hat. Eine deutliche Verminderung der EU-Zahlungen, die jetzt eine Höhe von fast einer halben Milliarde DM haben - diese Zahl nannte Minister Wiesen auf einer Sitzung des Europaausschusses -, führt zu erheblichen Einkommensminderungen unserer landwirtschaftlichen Betriebe, die auch Auswirkungen auf die nachgeordneten Wirtschaftsbereiche haben. Auf dieser Grundlage sind dann Änderungsvorschläge zu erarbeiten und mit anderen Bundesländern und der Bundesregierung abzustimmen.

Nach Auffassung der F.D.P. sollten zumindest die Punkte 4, 5 und 7 im Agrarausschuß beraten werden, um zukunftsweisende Vorschläge zu erarbeiten.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerendonk.

Anke Spoerendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Neuordnung der EU-Fördermittel, wie sie in der Agenda 2000 der Kommission angedacht ist, wird

einschneidende Konsequenzen für das Land Schleswig-Holstein und seine Strukturpolitik haben. Wir können in Zukunft nicht damit rechnen, so viele Mittel wie heute von der EU nach Schleswig-Holstein zu bekommen. Diese Entwicklung wird noch dadurch verstärkt werden, daß die Kofinanzierung des Bundes ebenfalls ausfallen würde. Was das für die strukturelle, wirtschaftliche und beschäftigungsbezogene Entwicklung der strukturschwachen Regionen bedeuten wird, ist heute schwer abzusehen.

Ich erwarte von Land und Bund, daß sie zur gegebenen Zeit Konzepte vorlegen können, wie die entfallende EU-Förderung kompensiert werden kann. Ihre ersatzlose Streichung werden wir auf keinen Fall hinnehmen.

Finanzielle Probleme können uns in Zukunft die Neustrukturierung der Strukturfonds und der Agrarförderung sowie die ersatzlose Streichung der Gemeinschaftsinitiative KONVER bescheren.

Die geplante Vermengung von ländlichen Räumen, städtischen Problemgebieten und alten Industrieregionen in einem Strukturfondstopf, dem neuen Ziel 2, dürfte kaum der geeignete Weg sein, um hierzulande die strukturschwachen Regionen zu fördern.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich kann deshalb die Forderungen der SPD-Fraktion und aus den Reihen der CDU unterstützen, den **ländlichen Räumen** zumindest ein eigenes **Förderziel** zu widmen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die Forderung, die Förderung von **Qualität und Umweltverträglichkeit** zu erweitern, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft zu erhalten, ist berechtigt. Unsere Landwirte produzieren hohe Qualität und legen zunehmend mehr Wert auf die nachhaltige Umweltverträglichkeit ihrer Produktion und Produkte. Das ist auch politisch so gewollt und erfordert einen entsprechenden finanziellen Ausgleich, weil Qualität logischerweise die Produkte verteuert.

Die Zielsetzungen klingen also schön. Die Agenda 2000 läßt aber Konzepte dazu vermissen, wie die längst

überfälligen Strukturen der Agrarförderung grundlegend reformiert werden sollen.

Die Umsetzung der Agenda 2000 würde aber nicht nur zu wirtschaftlichen Verlusten für unser Land führen. Die neuen Strukturen sind so angedacht, daß Entscheidungen in noch höherem Maße nach Brüssel verlagert werden. Damit kann ich mich überhaupt nicht anfreunden. Es würde zu Lasten der Selbstbestimmung in der Region gehen.

Schon heute ist es so, daß unsere strukturpolitische Tagesordnung zunehmend aus Brüssel diktiert wird. Die **Regionalpolitik** befindet sich gewissermaßen im eisernen **Griff Brüssels**. Sie ist für uns weitgehend unbeweglich, weil sie von EU-Programmen vordefiniert wird. Die EU-Programme sind auf bestimmte Problemstellungen ausgerichtet und sehen bestimmte Strategien der Problemlösung vor. Dadurch wird auf eine nicht immer glückliche Art und Weise vordefiniert, was wir als Probleme zu betrachten haben und welche Probleme wir angehen können.

„Wer das Orchester bezahlt, bestimmt, welche Musik gespielt wird“, könnte man sagen. Aber wir sind den hiesigen Problemen am nächsten. Wir können am ehesten feststellen, wie der Strukturwandel gefördert und begleitet werden muß. Letztlich dreht es sich ja auch um Finanzmittel, die wir über die Mehrwertsteuer selbst einzahlen.

Ich denke, wir haben ein Recht auf Mitsprache, wenn es um die vordringlichen Probleme unserer Region geht, wenn es darum geht, wie Steuergelder eingesetzt werden, um diese Probleme zu lösen.

Leider wird die Ausweitung der Kompetenzen der regionalen Begleitausschüsse nichts ändern, weil sich ihre Befugnisse immer noch auf technische Umstände der Förderung beschränken sollen. Im Verbund mit der weiteren Verlagerung strategischer und konzeptioneller Kompetenzen auf die Unionsebene bleibt also unter dem Strich eine weitere Entmündigung der dezentralen Entscheidungsebenen.

Die wirklich tiefgreifenden strukturellen Reformen der **EU-Wirtschaftspolitik**, die man von einer Vorlage erwarten kann, die den zukunftsträchtigen Namen „Agenda 2000“ bekommen hat, sucht man in der Agenda 2000 vergeblich. Es ist erfreulich, daß die Strukturfonds klarer strukturiert werden sollen. Das möchte ich ausdrücklich unterstreichen.

Meiner Ansicht nach ist die **Neustrukturierung** aber nicht konsequent. Ein wirklicher Reformschritt wäre erst getan, wenn die für Schleswig-Holstein vorgesehenen Fördermittel auch freier von Kiel aus verteilt werden könnten, wenn also der Begleitausschuß oder ein anderes Gremium wirklich Entscheidungsbefugnisse erhalten würde. Derlei Änderungen sind aber nicht vorgesehen. So weit reicht die Idee vom Europa der Regionen in der Kommission offensichtlich nicht.

Im übrigen ist es angesichts der kommenden Osterweiterung der EU ein außerordentlich schlechtes Signal, daß neue Bewerberländer nach Ansicht der Kommission in die vereinfachten, aber immer noch herkömmlichen Finanzierungsmodelle eingebunden werden sollen. Bei dieser Vorgehensweise können sich weiterhin Strukturen zementieren, die sich - milde gesagt - als nicht funktional erwiesen haben.

Jetzt eine kleine Bemerkung am Rande, damit kein falscher Zungenschlag entsteht: Europäische Zusammenarbeit ist heute auch meiner Meinung nach unumgänglich - zum Beispiel in der Beschäftigungspolitik und in der Umweltpolitik. Aber diese Zusammenarbeit sollte und darf aus meiner Sicht einfach nicht zu mehr Union führen, so als hätte sich die Welt nach 1989 überhaupt nicht verändert.

Ich weiß, es gibt die EU; ich kann nicht so tun, als gebe es sie nicht. Ich bin also dafür, daß existierende Strukturen auch verändert werden, aber ich sehe in der Vorlage eine Unbeweglichkeit, die darauf hindeutet, daß man nicht wirklich den Willen zu Reformen hat.

Eine der zentralen Grundlagen der Agenda 2000 ist gerade die anstehende **Osterweiterung**. Gleichgültig, wie man zu den bestehenden Strukturen der Union steht: Die Erweiterung der EU um die Staaten Ost- und Zentraleuropas ist nötig und begrüßenswert. Daran gibt es keinen Zweifel.

Allerdings lassen sich auch hier die Modalitäten mit Vorteil hinterfragen. Vor allem die geplante Zweiklassen-Strategie bei der Osterweiterung birgt große Gefahren für die ausgeschlossenen Länder und für ganz Europa.

Im Rahmen des diesjährigen Kieler-Woche-Gesprächs hatten manche von uns die Freude, einen Vortrag des schwedischen Botschafters in Deutschland zu hören. Herr Mats Hellström plädierte in seiner Ansprache für gleichzeitige Aufnahmeverhandlungen mit allen betroffenen Ländern. Der Aufschub des Verhandlungsbeginns könnte für diese Kandidaten zu

einem wirtschaftlichen Rückschritt führen. Innenpolitisch könnten nationalistische Kräfte gestärkt werden und die Länder vom Kurs der europäischen Integration abgebracht werden. So waren seine Worte.

Eine Verschiebung der Aufnahmeverhandlungen mit diesen Ländern würde sie noch mehr von der geforderten Stabilität entfernen. Ich stimme daher der Einschätzung Schwedens zu, daß die Verhandlungen gleichzeitig mit allen Ländern aufgenommen werden müssen. Ein gemeinsamer Startschuß für alle muß ja nicht bedeuten, daß dann auch alle gemeinsam ins Ziel kommen, sagt Herr Hellström. Das leuchtet ein, finde ich.

Der **Zeitpunkt der Aufnahme** muß vom Verhandlungsprozeß abhängen und vom Willen der Anwärter, ökonomische, soziale und institutionelle Veränderungen durchzuführen.

Leider spielen politische Motivation und Schattenmotive in die tatsächliche Bewertung hinein. Die Auswahl der Kandidaten für die erste Runde ist beeinflußt von besonderen Vorlieben bestimmter Länder für bestimmte Länder. Das ist nicht akzeptabel. Ein gleichzeitiger Verhandlungsstart und die Bewertung der aufnahmewilligen Länder im Laufe dieser Verhandlungen wäre eine faire Lösung gewesen. Sie böte eine Perspektive für jene Länder, die noch viel leisten müssen, um später in die exklusive Runde der Union aufgenommen zu werden.

Vielleicht sollte man auch noch einmal das deutlicher hinzufügen, was auch von Herrn Hellström gesagt wurde: Der richtige Weg wäre zum Beispiel die Errichtung einer Freihandelszone, damit sich die Länder auch aus eigener Kraft vorbereiten könnten.

Die Agenda 2000 ist ein Schlüsseltext, wenn es um die Prinzipien der Erweiterungspolitik der EU geht. Der betreffende Teil der Agenda ist die Vorlage der Kommission, auf deren Grundlage die EU-Staaten die Kandidatenkür vornehmen wollen. Gerade weil die Agenda mit ihrer Bewertung der einzelnen Länder die Grundlage für die Osterweiterung bildet, sollte der Schleswig-Holsteinische Landtag in Verbindung mit dem vorliegenden Antrag auch zur Länderauswahl Stellung beziehen. Ich denke, das schulden wir unseren Ostseebürgern, die davon direkt betroffen sind.

Als letztes noch eine Bemerkung zu dem vorliegenden Antrag: Der Antrag enthält viele Feststellungen, aber wenige Forderungen. Trotz des allgemeinen Charakters dieser Feststellungen kann ich Ihnen in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen. Ich gehe aber

davon aus, daß wir über die Vorlage im Ausschuß noch weiter beraten werden.

(Beifall der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Minister Walter.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wäre sehr reizvoll, nach dieser Rede auf das eine oder andere Detail der Agenda einzugehen, aber dazu wird im Ausschuß Gelegenheit sein, denn ich habe nur wenige Minuten Redezeit.

Eines geht allerdings nicht - das gilt für viele Beiträge zur Agenda in Deutschland -, landauf, landab durch die Republik zu ziehen und zu sagen, je mehr Länder und je schneller mehr Länder, desto besser, aber gleichzeitig Reden darüber zu halten, daß die praktischen Konsequenzen bei jedem von uns zu Hause wenig einschneiden sollen. Das geht nicht.

Das Schöne an der Agenda ist, daß sie Themen miteinander verknüpft, die nur miteinander gelöst werden können, und daß sie Interessen miteinander verknüpft, die bedeuten, daß jeder Mitgliedstaat auf jeden anderen angewiesen ist, weil die meisten der dort angesprochenen Themen nur einstimmig gelöst werden können. So sind Erweiterung, Finanzierung, Strukturfonds und Agrarpolitik miteinander verknüpft. Dahinter steht nur eine einzige große Frage, nämlich die Frage, ob wir das große historische Projekt, aus der westeuropäischen Integration eine gesamteuropäische Union zu machen, hinbekommen oder ob wir scheitern. Deswegen gibt es die Agenda.

Sie kann nur gelingen, wenn insbesondere wir in Deutschland uns daran beteiligen, die Weichen richtig zu stellen. Ich sehe mit Sorge, wie in Deutschland ein Detail der gesamten Diskussion, nämlich die Frage der sogenannten Nettozahlerrolle Deutschlands, dabei ist, die eigentliche, große politische Priorität der Diskussion, die Frage der **Osterweiterung**, zu verdrängen.

Natürlich ist es richtig, sich die Frage zu stellen, ob das alles gerecht verteilt ist, und da besteht ohne Frage Änderungsbedarf.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Aber ich sage: Wer die Erweiterung als das strategische Ziel Deutschlands in der Europapolitik proklamiert, wer gleichzeitig sagt, er wolle weniger Geld zahlen, und wer gleichzeitig auch noch sagt, er wolle an die Agrarpolitik im Kern nicht heran, der gefährdet unter dem Strich das strategische Ziel der Erweiterung. Das muß jedem klar sein.

(Beifall der Abgeordneten Uwe Döring [SPD], Bernd Saxe [SPD] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Die EU kann am Ende nicht größer und billiger zugleich werden. Das ist der Kernpunkt. Insoweit lohnt es sich, sich einzumischen, weil die landespolitischen Konsequenzen gravierend sein können. Man muß mit der Wahrheit anfangen, die bedeutet: Die Zeiten, in der **EU-Fördermittel** relativ reichlich nach Schleswig-Holstein gesprudelt sind, sind nach dem Jahr 2000 mit großer Sicherheit vorbei. Das ist die eine Wahrheit. Die andere Wahrheit ist: Es wird in der Tat auch große Veränderungen für die Landwirtschaft geben, die man sich sorgfältig angucken muß. Wer das, was bisher auf dem Sektor gelaufen ist, schlichtweg tabuisiert, muß wissen: Für strukturpolitische Entwicklungen in der Europäischen Union wird keine müde Mark mehr zur Verfügung stehen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Wir sind in einem System kommunizierender Röhren, und wir müssen über Prioritäten reden. Das ist eine sehr schwierige Diskussion. Wir in Schleswig-Holstein akzeptieren die Obergrenze, über die geredet worden ist, jedenfalls als Landesregierung;

(Widerspruch des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

wir sind für eine Reduzierung der Gemeinschaftsinitiativen. - Verehrter Herr Kollege, ich berichte einfach einmal; Sie haben ja noch das Wort. - Wir sind für die **Überprüfung von Förderprioritäten und Fördergebieten**, und wir haben ein paar sehr klare Ziele. Wir müssen für die Erweiterung sein. Wenn ich das einmal sagen darf: Wir wollen, daß die Staaten in eine funktionierende Europäische Union hineinkommen und nicht in eine destabilisierte. Ich kann den Wunsch verstehen, daß

alle drei baltischen Staaten dabeisein wollen. Aber das wichtige Signal in dem Paket sollte man auch einmal positiv würdigen: daß nämlich der Staat, der für Rußland am problematischsten ist, dabei ist und daß damit ganz klar ist, daß über die Erweiterung der Union um die baltischen Staaten nicht in Moskau, sondern in Brüssel entschieden wird und man die Gemeinschaft insgesamt nicht überfordern darf.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die Reform der Strukturfonds sollte so laufen, daß in Schleswig-Holstein auch in Zukunft Entwicklungsmöglichkeiten für die ländlichen Räume vorhanden sind.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Arbeitsmarktmaßnahmen in Schleswig-Holstein sollten auch in Zukunft gefördert werden können. „Arbeit für Schleswig-Holstein“ ist ein segensreiches Instrument, kofinanziert durch die Europäische Union. Und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der dänischen Grenzregion, und die interregionale Zusammenarbeit in der Ostseeregion gehören zu den Prioritäten, die wir dabei verfolgen müssen.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Saxe [SPD])

Lassen Sie mich eine abschließende Bemerkung machen. Die ganze Diskussion wird sehr schwierig werden. Die Erweiterung wird von Ängsten und Kritik vieler Menschen begleitet werden, auch was die Kosten angeht, weil es nicht zum Nulltarif gehen wird.

Lassen Sie mich Ihnen nur eine Zahl nennen: Der deutsche Steuerzahler hat für Bosnien bis zum heutigen Tage insgesamt 17 Milliarden DM aufgewendet. Ich will mit diesem Beispiel angesichts der kopflastigen Debatte in Deutschland deutlich machen, daß es weit billiger werden wird, die EU-Erweiterung zu finanzieren, als sie am Ende scheitern zu lassen. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten müssen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erst die Agenda 21, nun die Agenda 2000 - für viele Bürgerinnen und Bürger sind dies verwirrende Geheimcodes, deren Bedeutung und Auswirkungen sie nicht kennen, die sie deshalb auch manchmal fürchten. Ich frage mich, ob viele das Thema, über das wir jetzt diskutieren, in den Auswirkungen verstehen oder auch hören wollen.

Am 15. Juli 1997 gab die Europäische Kommission das **Konzept der Agenda 2000**, eine stärkere und erweiterte Union, heraus. Dies bedeutet vor allem eine einschneidende Änderung bei den Agrarsubventionen. So ist im „Bauernblatt“ vom 13. September zu lesen: Deutscher Bauernverbandspräsident: Bauern lehnen Agenda 2000 ab, Kahlschlag in der EU-Agrarpolitik verhindern. - Soweit geht die Agenda nun wirklich nicht. Da haben Sie völlig recht, Frau Happach-Kasan, eine solche Radikalhaltung hat keinen Sinn. Herr de Jager und Frau Happach-Kasan, ich habe deshalb auch bei Ihnen klatschen können.

Die **Grundsätze der Agenda** sind meiner Meinung nach richtig, wenn auch korrekturbedürftig. Der vorgesehene Beitritt neuer Länder zur EU, aber auch der bürokratische Dschungel der Agrarförderung zwingen zur **Umorientierung**. Wir haben vier Fonds, sieben Ziele, 500 Programme. Richtig ist auch das Ziel der Sicherung einer umweltschonenden und qualitätsorientierten Landwirtschaft. Doch dies bedeutet - das dürfen wir nicht verschweigen - Einkommensverluste für die schleswig-holsteinischen Landwirte. Zwar sollen die Agrarsubventionen ab 1999 absolut von 45 Milliarden Ecu auf 54,5 Milliarden Ecu steigen, ihr Anteil jedoch sinkt von 43,9 auf 35,4 %. Das bedeutet Abbau der Stützpreise, Senkung der Exportsubventionen und Senkung der Finanzierung der Lagerhaltung.

Die zu fördernden **Gebiete** werden auf drei **Ziele** beschränkt: Ziel 1 für rückständige Gebiete, Ziel 2 für Regionen mit Strukturproblemen, zum Beispiel rückläufige Industriegebiete, Ziel 3 flächendekkende Beschäftigung und Qualifizierung. Aus unserer Sicht fehlt jedoch ein eigenes Ziel: Entwicklung ländlicher Räume und Agrarstrukturen. Herr de Jager, ich glaube, da werden wir uns einigen können. Das sollten wir im Interesse Schleswig-Holsteins gemeinsam einfordern.

So richtig die Anpassung an den Weltmarkt ist, so darf sie nicht nur an den kostengünstigsten Produkten ausgerichtet sein. Umwelt- und Qualitätsstandards dürfen nicht dem Preisdruck zum Opfer fallen.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Die drohenden Einkommensverluste für die Landwirte sind strittig. Einerseits wird mit einem Minus von 15 bis 20 % gerechnet, andererseits ist im letzten „Spiegel“ nachzulesen, daß Bundeslandwirtschaftsminister Borchert ein Gutachten unter Verschluß hält, das 4 % an Einkommensverlusten prognostiziert.

(Claus Ehlers [CDU]: Das ist unseriös!)

Zu bezweifeln ist auch das Ziel, daß der Verwaltungsaufwand verringert wird. Denn Ausgleichszahlungen für Umweltmaßnahmen direkter Art - so richtig und wichtig sie sind - bedeuten auch Auflagen und Kontrollen.

Wir sollten nicht alles verwerfen und nicht alles ablehnen, sondern Änderungs- und Ergänzungsvorschläge erarbeiten. Soweit ich weiß, werden sich die Ministerpräsidenten im Oktober dieses Jahres mit der Agenda beschäftigen, und der EU-Gipfel ist für Dezember vorgesehen. Aus diesem Grunde ist es richtig, daß der Kollege Saxe und ich jetzt einen Antrag im Landtag eingebracht haben, um noch Einfluß nehmen zu können. Ich habe gerade gesehen, Herr de Jager, Sie haben als Tischvorlage einen eigenen Antrag eingebracht. Ich konnte ihn so schnell nicht nachlesen.

Ich beantrage daher, beide Anträge federführend dem Europaausschuß und mitberatend dem Agrarausschuß zu überweisen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Jensen-Nissen.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich bitte zu entschuldigen, daß unser Änderungsantrag aus technischen Gründen erst so spät zugeleitet worden ist. Ich glaube, Frau Kollegin Schröder, wir werden ihn dann gemeinsam in den zuständigen Ausschüssen beraten.

Die Äußerungen des Europaministers Walter veranlassen mich, von meinem Redetext abzuweichen. Herr Minister Walter, wenn Sie sagen, daß sich die grundlegenden Bedingungen für die Weiterentwicklung

der EU verändern müßten, dann ist das sicherlich richtig. Aber es geht nicht an zu verschweigen, daß die **Grundlagen** der Union mit Abschluß der Römischen Verträge, denen anfangs sechs europäische Staaten beigetreten sind, durch die Agrarpolitik und die Politik für die ländlichen Räume gelegt worden sind. Diese Bereiche machen nach wie vor im Haushalt der Europäischen Union den größten Posten aus. Das ist gut so. Wie Herr Jost de Jager sehr deutlich gesagt hat, wollen wir die neue Entwicklung und die Erweiterung um die osteuropäischen Staaten. Aber wir werden nicht umhinkommen, den Leuten und der Kommission sagen zu müssen, was die deutsche Wiedervereinigung es gekostet hat. Wir werden das offen und ehrlich miteinander diskutieren müssen. Meiner Meinung nach ist es richtig, daß sich etwas verändern muß. Wer sich mit dem **Agrarteil der Agenda** beschäftigt, wird feststellen, daß die Vorschläge der Kommission zu weiteren Agraranteilen führen. Dies ist die schlichte Wahrheit in Anbetracht der Verluste in Höhe von 800 Millionen DM netto für die deutsche Landwirtschaft. Dies ist Fakt. Es ist dem Agrarteil der Agenda entnommen. Wer sich damit nicht auseinandersetzt, verhält sich fahrlässig.

Ein weiterer Punkt muß hier angesprochen werden. Wer bei dieser ganzen Diskussion vergißt darzustellen, daß dies die Grundlage für die Verhandlungen im Rahmen der WTO sein wird, handelt fahrlässig. Das ist nämlich der andere Punkt, der bis jetzt in dieser Debatte noch keine Rolle gespielt hat. Ich sage hier ganz deutlich: Wir haben die Friedenspflicht bis 2003 vereinbart. Bis dahin sind die Teile der **Agrarreform von 1992** Fakt. Es gilt, sie weiter zu entwickeln. Das muß die Grundlage einer gemeinsamen Agrarpolitik sein, ansonsten wird Politik unglaublich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

In Anbetracht der Tatsache, daß den Bauern 1992 die Agrarreform übergestülpt worden ist - sie wollten sie so, wie sie gekommen ist, nie haben -, heute zu sagen, liebe Christel Happach-Kasan, sie würde von Betonköpfen oder Verbänden verteidigt, ist ein Stück Nichtwahrnehmung der geschichtlichen Wahrheit.

Es ist sicherlich sinnvoll, sich mit den einen oder anderen Fragen zu beschäftigen. Es ist richtig, daß die Zahlungen aus dem Agrarfonds erheblich zunehmen werden. Da stellt sich zum Beispiel die Frage, ob dies zu einer weiteren Akzeptanz und unserer Bevölkerung führen wird.

Die Diskussion um die Obergrenzen halte ich für sehr problematisch, denn sie führen zu Ausgrenzung von Betrieben. Herr Minister Walter, zumindest das, was auf der Agrarministerkonferenz quer durch alle Parteien, quer durch alle Bundesländer diskutiert worden ist, zeigt, wie schwierig diese Diskussion in der Bundesrepublik sein wird. Daß die süddeutschen Länder dazu eine andere Einstellung haben, ist ganz klar. Ich glaube, daß dies in den sozialdemokratisch geführten Ländern, von Herrn Rehhahn in Sachsen-Anhalt ganz anders gesehen wird. Dies haben wir zur Kenntnis zu nehmen, und wir haben auch zur Kenntnis zu nehmen, daß durch die Einführung der Obergrenzen die deutsche Position als Nettozahler weiterhin belastet wird. Auch das darf nicht unter den Tisch gekehrt werden.

Wir täten gut daran, mit dieser Agenda im Vorgriff auf die WTO-Verhandlungen nicht die Schwächung des **Außenschutzes** herbeizureden. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Sie vergessen in der Diskussion immer, daß nicht nur die Landwirtschaft der Sündenbock bei den Verhandlungen im Rahmen der WTO und des GATT war, sondern daß auf die Rechte in den Bereichen Textil, Film, Schiffahrt, Flugwesen nach wie vor strittig sind. Ich sehe nicht ein, daß wir zu Lasten der deutschen Landwirtschaft und schon gar nicht zu Lasten der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft Vorleistungen zu erbringen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir sollten uns nach meiner Überzeugung auf einen gemeinsamen Forderungskatalog einigen. Wir müssen deutlich machen, daß wir bei einer ausreichenden internen Stützung einen wirksamen Außenschutz brauchen. Die mengensteuernden Maßnahmen müssen konsequent genutzt werden. Das ist ein Punkt, den die Kommission überhaupt nicht in Angriff genommen hat. Preissenkungen, wenn sie notwendigerweise erfolgen, bedürfen eines vollen Ausgleiches. Da sind wir uns alle einig. Wir brauchen ein eigenständiges Strukturziel hinsichtlich der Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume.

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Unsere hohen Standards müssen abgesichert werden, und sie müssen bei den Verhandlungen im Rahmen der WTO den Umweltstandards angerechnet werden. Wer von Ihnen dies wegdiskutieren will und billigend dafür in Kauf nehmen will, daß Hormonfleisch und Ökodumping die Preise drücken und unsere Nahrungsmittelproduktion belasten, handelt fahrlässig.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister Walter, in dieser Beziehung sind wir uns sicherlich nicht einig: Der Geltungsbereich der **Agrarleitlinie** muß weiterhin beibehalten werden. Dies halte ich für unabdingbar, sonst werden wir zu erheblichen Verwerfungen kommen, und die Akzeptanz durch die Menschen, insbesondere im ländlichen Raum, wird dadurch stark strapaziert.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Minister Wiesen das Wort.

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die europäische Strukturpolitik und die Weiterentwicklung der Reform der Agrarpolitik sind von zentraler Bedeutung für unser Land, und zwar nicht nur für die ländlichen Räume, sondern auch für alle Gebiete, in denen sich wirtschaftlicher Wandel vollzieht. Wichtig sind für uns der Sozialfonds, der Regionalfonds und der Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, EAGFL, der Europäischen Union. Ihr Einsatz im Ziel-5b-Gebiet - ländlicher Raum - wird in Schleswig-Holstein vom Ministerium für ländliche Räume koordiniert, das unter anderem auch den Vorsitz in einer Arbeitsgruppe aller Ministerien für die Weiterentwicklung der Reformen innehaltet.

Schleswig-Holstein wird im Förderzeitraum von 1994 bis 1999 Mittel in Höhe von rund 320 Millionen Ecu - das sind etwa 600 Millionen DM - einsetzen, aufgeteilt auf die drei Fonds zu etwa gleichen Teilen.

Es muß uns nun darum gehen, unseren Anteil an den EU-Mitteln soweit es irgend geht zu halten. Die Agenda 2000 enthält die Vorstellungen der Kommission für die nächste Planungsperiode bis zum Jahr 2006. Ich sehe die Gefahr, daß Schleswig-Holstein im schlechtesten Fall die Hälfte der europäischen Mittel gegenüber jetzt verlieren könnte.

Sie alle kennen Beispiele für die **Bedeutung der Fonds**. Ich will nur zwei Beispiele anführen. Gegenwärtig fließen etwa 28 Millionen DM nach Schleswig-Holstein. Davon werden allein 22 Millionen DM - es handelt sich um den Europäischen Sozialfonds, ESF - zur Kofinanzierung des Landesprogramms „Arbeit für Schleswig-Holstein“

eingesetzt. Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung - EFRE - fließen zirka 26,4 Millionen DM jährlich nach Schleswig-Holstein. Gegenstand sind hier Investitionen zur Schaffung und Erhaltung dauerhafter Arbeitsplätze. Die Gemeinschaftsinitiative KONVER ist für die Konversionsstandorte von großer Bedeutung. Wir werden sie weiterhin dringend brauchen.

Wir müssen also dafür Sorge tragen, daß in den kommenden Verhandlungen mehr Geld in die deutschen Regionen geleitet wird, als dies bisher von der Kommission vorgesehen ist.

Grundsätzlich ist es die wichtigste Aufgabe der Strukturfonds, ein Gleichgewicht zwischen den wirtschaftsdynamischen und sozialen Aspekten des Strukturwandels herzustellen. Es muß auch in Zukunft die **Förderung des ländlichen Raums** und der Gebiete, in denen sich wirtschaftlicher Wandel vollzieht, sichergestellt werden. Dies setzt nach Auffassung des Kabinetts voraus, daß eine Förderung des ländlichen Raums mit einem eigenständigen Ziel möglich ist. Dieses Ziel mag ein selbständiges Förderziel oder ein innerhalb des neuen Ziel-2-Gebietes der Agenda 2000 abgegrenztes Ziel ein.

Darüber hinaus muß es für die bisherigen Zielgebiete auf jeden Fall Übergangsregelungen geben. Innerhalb des neuen Ziels 3 zur Entwicklung der Humanressourcen muß es möglich bleiben, unsere personengruppenbezogene Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein fortzusetzen.

Außerdem muß der Grundsatz der Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21 von Rio in die europäische Politik stärker einbezogen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht zuletzt muß bei der Umsetzung der Agenda 2000 auch alles getan werden, um die Verwaltungs- und Kontrollverfahren zu vereinfachen.

Nun zu den Vorstellungen der Kommission über den engeren Bereich der Agrarpolitik. Prognostizierte Einkommensverluste in Höhe von bis zu 20 % für einzelne landwirtschaftliche Betriebe wären nicht akzeptabel. Ob die Verluste in dieser Größenordnung liegen werden, muß aber noch geprüft werden.

Allerdings halte ich manche Kritik aus Kreisen des landwirtschaftlichen Berufsstandes an der Agenda 2000

für zu pauschal und überzogen. Das will ich auch deutlich sagen. Für mich sind einige Aspekte wichtig; ich will sie kurz nennen. Die stärkere **Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Markt** ist unbestritten richtig. So kann übrigens auch die Landwirtschaft Verantwortung für die Welternährungslage mittragen.

(Zuruf von der CDU: Muß sie auch!)

Mehr Gewinne aus dem Markt und weniger Preisausgleichszahlungen können und müssen dazu führen, daß in Zukunft mehr Mittel aus der Agrarleitlinie für die Strukturförderung im ländlichen Raum zur Verfügung gestellt werden können. Es darf aber nicht dazu kommen, daß sie bei unseren Landwirten zu Einkommensverlusten führen oder Existenzgefährdungen hervorrufen. Es liegt im ureigensten Interesse der Landwirtschaft, daß die Agrarausgaben der EU mehr als bisher für die Arbeitsplatzsicherung in der Landwirtschaft und für die positiven ökologischen Leistungen der Landwirtschaft eingesetzt werden.

Frau Präsidentin, darf ich noch eine Minute in Anspruch nehmen, wenn ich mich sonst ordentlich betrage?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, diese Zeiten sind so vereinbart. Sie eröffnen damit nur neue Redezeiten für die Fraktionen, die natürlich nicht in Anspruch genommen werden müssen.

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Frau Präsidentin, wenn Sie einverstanden sind, werde ich alles in einem Satz zusammenfassen.

Mehr Markt, viel weniger direkte Einkommensübertragungen und mehr Akzeptanz der europäischen Politik durch die Landwirtschaft sind unsere Ziele. Diesen Zielen werden wir uns nähern. Die Definition der Ziele der Agrarpolitik der Europäischen Union und die Weiterentwicklung der Struktur in den ländlichen Regionen gehören zusammen. Wir brauchen ein Europa der Regionen, und das Europa der Regionen braucht die Weiterentwicklung gesunder Regionen einschließlich einer gesunden Landwirtschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist Ausschußüberweisung beantragt worden. Wer dafür ist, sowohl den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/978, als auch den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/978, federführend dem Europaausschuß und mitberatend dem Agrarausschuß zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich begrüße auf der Besuchertribüne Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Mucheln und das 12. Luftwaffenausbildungsregiment 1 in Heide.

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 16 und 20 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erhalt der BGS-Standorte in Schleswig-Hostein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/985

b) Einspruch gegen die Schließung der BGS-Schule in Bredstedt

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/984

c) Konzeption zur Neuordnung des Bundesgrenzschutzes

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1010

Wird das Wort zur Begründung der Anträge gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat einen Antrag zur Neuordnung des Bundesgrenzschutzes vorgelegt, der wie folgt lautet:

„1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hält die Neuordnung des Bundesgrenzschutzes aufgrund der Grenzöffnung innerhalb der Europäischen Union für notwendig.

2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der anstehenden Beratungen des BGS-Reformkonzeptes des Bundes für folgende Punkte einzusetzen:

- den Erhalt des Ausbildungsstandortes Bredstedt,
- den Erhalt des Standortes Schwarzenbek,
- die Schaffung eines angemessenen strukturellen Ausgleichs für unumgängliche Standortkorrekturen,
- die Vorlage eines Konzeptes für sozialverträgliche Umsetzungen der Beschäftigten beim BGS

3. Der Landtag begrüßt die Bereitschaft des Bundesinnenministers, die Länder bei der Erfüllung ihrer polizeilichen Aufgaben personell zu unterstützen.

4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit dem Bundesinnenminister Verhandlungen darüber aufzunehmen, wie und in welchem Umfang die Unterstützung durch BGS-Beamte unter Beachtung der polizeirechtlichen Landesvorschriften und in Verantwortung des Landes erfolgen kann.“

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat einen Änderungsantrag eingebracht. Wir werden die Nummern 3 bis 6 dieses Antrages ablehnen. In Gesprächen hat sich herauskristallisiert, daß bei den Nummern 1 und 2 unseres und des CDU-Antrags eine möglichst große Übereinstimmung in diesem Hohen Haus erzielt werden kann. Wir sind dahin übereingekommen, daß wir von der SPD-Fraktion die Nummer 1 des CDU-Antrages übernehmen und nur geringfügige Änderungen daran vornehmen. Statt des Begriffes „ehemalige Zonengrenze“ wollen wir den Begriff „innerdeutsche Grenze“ einfügen. Bei der Passage „Aus diesen Gründen ist die Neuorganisation des Bundesgrenzschutzes zwingend notwendig“ soll das Wort „zwingend“ gestrichen werden. Dafür hat die CSU-Fraktion signalisiert, daß sie der Nummer 2 unseres Antrages folgen werde. Wir bitten Sie deshalb, nachher getrennt über die Nummern 1, 2 und anschließend 3 bis 6 unseres Antrages abzustimmen.

Dem SSW-Antrag wird die SPD-Landtagsfraktion zustimmen. Frau Spoerendonk beschränkt sich in ihrem Antrag auf die Erhaltung des Schulstandortes Bredstedt. Das unterstützen wir selbstverständlich. Wir beziehen in unseren Antrag allerdings auch

Schwarzenbek ein, wo die BGS-Einsatzabteilung aufgelöst werden soll.

Beide im Kanther-Konzept vorgesehenen Schließungen halten wir für falsch. Er verkennt damit die tatsächliche Sicherheitslage, und die Schließungen können zu Defiziten in den Sicherheitsbereichen führen, für die der Bundesgrenzschutz verantwortlich ist. Soweit die CDU den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein für die konzeptionellen Mängel in den Planungen des Bundesinnenministers in die Pflicht nimmt - das sind die Nummern 3 bis 6 Ihres Antrages, Herr Schlie -, weise ich den Antrag als untauglichen Versuch zurück.

Herr Schlie, soweit in Schleswig-Holstein die Landespolizei zuständig ist, ist die **innere Sicherheit** gewährleistet. Soweit der Landesinnenminister zuständig ist, kann von konzeptionellen Defiziten im Sicherheitsbereich nicht die Rede sein. Soweit von einer **verstärkten Zusammenarbeit** zwischen Bundesgrenzschutz und Landespolizei die Rede ist, mag dies geschehen. Auch wir sind bereit, darüber nachzudenken. Anders als Ihnen von der CDU geht es uns dabei aber nicht um die Frage, ob und in welchem Umfang die Landesregierung bereit ist, auf landesspezifische Kompetenzen zu verzichten. Es kann bei der Verstärkung der Zusammenarbeit nur um eine Unterstützung der Landespolizei durch den Bundesgrenzschutz gehen, wie sie bereits möglich ist, aber möglicherweise noch verbessert werden kann. Wir wollen keine Landespolizei unter dem Kommando des Bundes.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir treten ein für den **Erhalt der BGS-Standorte** in Bredstedt und Schwarzenbek. Wir wissen, daß wir mit dieser Forderung bei unserem Innenminister offene Türen einrennen. Herr Dr. Wienholtz hat sich bereits vor und auch gleich nach dem Bekanntwerden der Neuplanungen des Bundesinnenministers in Stellungnahmen und Podiumsdiskussionen für den Erhalt beider Standorte eingesetzt.

Hinsichtlich **Bredstedt** sind auch wir der Auffassung, daß das immer wieder propagierte und jetzt Schritt für Schritt realisierte Europa der offenen Grenzen für den Bundesgrenzschutz keineswegs weniger, sondern eher mehr Arbeit bringt.

Durch den Wegfall der Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze in etwa zwei Jahren und die voraussichtliche Zunahme des Verkehrs über die

deutsch-dänische Grenze durch die Querung über den Großen Belt wächst auch die Gefahr eines zunehmenden Nord-Süd-Transports von Illegalität und Kriminalität und die Gefahr illegaler Einreisen und des Kriminalitätsimports über die Ostsee.

Hinzuweisen ist auch auf die deutsche Verpflichtung zur Kontrolle nicht nur der Ostsee-, sondern auch der Nordseeküste, weil es sich dabei um die offenen und nur schwer kontrollierbaren Außengrenzen des Bereichs der Schengener Vertragsstaaten handelt.

Die Beibehaltung der Möglichkeit einer ortsnahen und praxisbezogenen Ausbildung für die Bundesgrenzschulzschüler in Bredstedt sollte aufgrund der veränderten Sicherheitslage auf keinen Fall in Frage gestellt werden. Auf die sozial- und regionalpolitischen Aspekte einer Schließung der BGS-Schule in Bredstedt wird mein Kollege von Hielmcrone nachher noch eingehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist in Bredstedt ortsnah?)

Ich will hier noch einige konkrete Argumente für den Erhalt des Standorts **Schwarzenbeck** vortragen. Hier brauchen wir den Bundesminister eigentlich nur beim Wort zu nehmen. Auf Seite 14 des Kanther-Konzepts heißt es:

„Auch aus einer polizeistrategischen Bewertung der Kriminalitätsentwicklung heraus gehören zu den insgesamt sieben geographischen Aufgabenschwerpunkten des BGS künftig insbesondere der Ballungsraum Hamburg mit nördlicher Landesgrenze und Ostseeküste und der Ballungsraum Berlin mit der Grenze zu Polen.“

Schwarzenbeck liegt geographisch exakt auf der Verbindungsachse zwischen den beiden Ballungsräumen. Die Anbindung nach Hamburg ist verkehrsmäßig günstig. Der Ballungsraum Berlin ist über die Bundesautobahn A 24 schnell zu erreichen.

Auf den Seiten 3 und 4 des Kanther-Konzepts heißt es weiter:

„Durch den Wegfall der innerdeutschen Grenze ist zwar der wichtigste Einsatzbereich der geschlossenen Einsatzverbände entfallen. Als Aufgaben bleiben aber unverändert und künftig vorrangig die Unterstützung der Landespolizei bei besonderen polizeilichen Lagen“

- BGS sozusagen als Bereitschaftspolizei -

„und die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung auf Bahnhöfen und Bahnanlagen sowie im innerdeutschen und grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr.“

Auch insoweit liegt Schwarzenbeck günstig, nämlich exakt auf der Eisenbahntransitstrecke Hamburg - Berlin und darüber hinaus. Es liegt geographisch äußerst verkehrsgünstig auch zu immer wieder als Großeinsatzräumen in Betracht kommenden Orten wie Gorleben oder Krümmel.

Insgesamt halten wir nicht nur aus regionalstrukturpolitischen, sondern auch und in erster Linie aus sicherheitspolitischen Gründen die vorgesehenen Schließungen von Bredstedt und Schwarzenbeck für nicht vertretbar. Wir bitten den Innenminister, sich bei den weiteren Verhandlungen in Bonn für den Erhalt beider Standorte einzusetzen. Wir bitten Sie alle hier im Landesparlament, diese Forderung durch eine möglichst große zustimmende Mehrheit für unseren Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schlie.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollen wir mal sehen, wie stark der Innenminister beim Verhandeln ist!)

Klaus Schlie [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bundesinnenminister Kanther hat mehrmals deutlich gemacht, daß das Wesen einer Grenzpolizei darin liegt, daß sie an die Grenzen gehört. Wenn diese sich so wesentlich verändern, wie es in Deutschland in den Jahren 1989 und 1990 geschehen ist, muß dem die Grenzpolizei folgen. Bei dem vom Bundesinnenminister vorgelegten Konzept zur **Neustrukturierung des BGS** ist auch nie verschwiegen worden, daß es auch um Standortentscheidungen geht. Minister Kanther führte in einem Brief an die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes wörtlich aus:

„Kein Land der Welt leistet seine Grenzsicherungsaufgaben aus Standorten in der Mitte des Landes und Hunderte Kilometer entfernt von der Grenzlinie.“

Dies ist allerdings nicht die einzige große Änderung, die verkraftet werden muß. Vielmehr sind seit 1992 mit Bahnpolizei und Luftsicherheit neue Aufgaben auf den BGS zugekommen, und das Schengener Abkommen hat die Situation an den EU-Binnengrenzen von Grund auf verändert.

Während früher mit der Hauptaufgabe der Verbände an der innerdeutschen Grenze und dem gelegentlichen bereitschaftspolizeilichen Einsatz an der Seite der Landespolizei das **Berufsbild der BGS-Beamten** klar war, ist es jetzt differenziert nach Maßgabe der vielen unterschiedlichen Aufgaben.

Die Aufgabenerfüllung durch den BGS vor allem an den östlichen Landesgrenzen wird immer mehr durch einzeldienstliche Tätigkeiten geprägt. Aufgrund der begrenzten materiellen Ressourcen, die dem BGS zur Verfügung stehen, muß es notwendig Änderungen auch aus diesem Bereich heraus geben.

Von den 30.000 Polizeivollzugsbeamten des BGS werden künftig rund 18.600 einzeldienstlich eingesetzt. Der Zuwachs im **Einzeldienst** beträgt insgesamt rund 4.600 Beamte, davon allein an der Ostgrenze 1.500 Beamte. Damit wird der Einzeldienst in die Lage versetzt, seine Aufgaben ohne ständige Verstärkung aus den Verbänden heraus zu bewältigen.

Der dargestellten quantitativen und qualitativen Aufgabenverlagerung im BGS folgt somit eine massive personelle Veränderung aller einzeldienstlichen Aufgabenbereiche, Grenze, Bahn, Luft. Das ist der Kern des BGS-Konzepts.

Dieser Grundauffassung des Bundesinnenministers stimmten Sie, Herr Minister Wienholtz, auch zu. Sie bezeichneten die eben zitierten Grundlagen des Konzepts als „nachvollziehbar“. In der von Ihnen initiierten Veranstaltung zum Thema BGS am 15. November 1996 betonte Ihr Referent, der zuständige Abteilungsleiter - ich zitiere wörtlich -:

„Das Konzept ist in sich schlüssig und baut aufeinander auf, wobei im Vordergrund eine Effizienzsteigerung im Aufgabenbereich des BGS erreicht werden soll.“

Soweit die offizielle und - wie ich finde - auch sachlich orientierte Einschätzung der Landesregierung Schleswig-Holstein zum BGS-Entscheidungskonzept!

Selbst meiner Einschätzung, daß die Entscheidung des Bundesinnenministers für die betroffenen Standorte

Bredstedt und Schwarzenbeck zwar schmerzlich, die Entscheidung für das Land aber insgesamt positiv sei, haben Sie ja zugestimmt. Die Aufwertung der BGS-Standorte in Neustadt und die Sicherung der Standorte in Bad Bramstedt, Lübeck, Ratzeburg bewerteten auch Sie, Herr Minister, als positiv. Allerdings sind Sie der irrgen Auffassung, daß dies ein Erfolg der intensiven Bemühungen der Landesregierung sei.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!
- Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Soweit aber die mehr oder weniger sachliche Bewertung des BGS-Neuordnungskonzeptes!

Dann aber kam die Entscheidung des Bundesinnenministers mit der konkreten Vorgabe, die Schule des BGS in Bredstedt und den BGS-Standort Schwarzenbeck aufzulösen. Nun ging es richtig los, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Sicherheitslage unseres Landes Schleswig-Holstein brach - zumindest im Konzert der Pressemitteilungen - am 11. September 1997 völlig zusammen. Den Einstieg machte der Kollege Böttcher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Grenzschutzplanung paradox“, verkündete er und fragte den Bundesinnenminister, ob er denn nun den BGS in Schleswig-Holstein für notwendig hält. Ich frage Sie, Herr Böttcher: Halten Sie denn den BGS in unserem Land für notwendig?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Matthiessen zu Demonstrationen aufruft, natürlich!)

Am 20. Juli 1996 gaben Sie selber die Antwort. Ich zitiere:

„Die schleswig-holsteinischen Grünen bezeichneten die Schließungen im BGS-Bereich als Chance für das Land.“

In der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 7. August 1996 sagte der Kollege Böttcher, er halte es auf Dauer für nicht vertretbar, in Schleswig-Holstein den BGS aufrechtzuerhalten, wenn er nicht gebraucht werde.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Matthiessen braucht ihn jetzt!)

Der Innenminister des Landes, sonst immer bemüht, das kriminelle Gefährdungspotential in unserem Land herunterzuspielen, sagt, es sei „fahrlässig, die Kräfte des Bundesgrenzschutzes in Schleswig-Holstein auszudünnen, wenn man bereits heute sicher weiß, daß sich der **Kriminalitätsimport** aus Süd- und Mitteleuropa über Rußland, Polen und das Baltikum in den Ostseeraum und auch nach Schleswig-Holstein erstreckt“. Frau Kollegin Fröhlich, Rumänien wurde übrigens namentlich nicht erwähnt.

Selbst den Abbau der Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze erkennt der Innenminister als Sicherheitsproblem an, obwohl er den Vorschlag der CDU nach Einführung einer anlaß- und verdachtsunabhängigen Identitätskontrolle sonst als Teufelswerk verdammt. Er erkannte jedoch in der Sitzung des Europaausschusses am 10. Februar 1997 an, daß sich beim Wegfall der Binnengrenzen der sogenannte Sicherheitsraum vergrößere und es - man höre und staune! - zu verstärkten polizeilichen Anstrengungen kommen müsse.

Geben Sie Ihren ideologischen Widerstand auf und stimmen Sie der Schleierfahndung zu!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nix! -
Holger Astrup [SPD]: Blödsinn!)

Standorte, so der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, könne man wegorganisieren, aber nicht die Kriminalität und die Angst der Menschen vor dieser Bedrohung. Welche scheinheilige Argumentation, wenn es darum geht, auf den Bund zu schimpfen! Erfüllen Sie Ihre Pflichten als Innenminister des Landes, Herr Dr. Wienholtz! Sorgen Sie für genügend Polizeibeamte!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Stellen Sie mehr Nachwuchskräfte ein! Erhöhen Sie die Fahndungskapazitäten im Lande! Stimmen Sie der Schleierfahndung zu!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Sorgen Sie dafür - auch im Bundesrat; dazu haben Sie morgen Gelegenheit -, daß straffällig gewordene Ausländer konsequent abgeschoben werden! Auch der Justizminister muß dafür sorgen, daß die Verurteilung der Tat auf dem Fuße folgt.

Sie tragen die Verantwortung für die **mangelnde Bekämpfung der Kriminalität** in diesem Land. Wir wünschen uns allerdings sehr, daß Sie sich dabei auch

auf die Hilfe der Polizei des Bundes stützen. Deswegen muß ein Konzept vorgelegt werden, Herr Kollege Puls, wie dies ermöglicht werden soll und auf welche landesspezifischen Kompetenzen notfalls verzichtet werden muß. Im Sinne einer wirksamen Verbrechensbekämpfung ist dieser Schritt sinnvoll.

Den Vogel im Wahlkampfwettlauf der Sozialdemokraten im Bund zum Thema „innere Sicherheit“ aber schießt die Fraktionsvorsitzende der SPD, Frau Erdsiek-Rave, ab.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Ich nehme an, sie hat gute Gründe, im Moment nicht hier zu sein.

(Holger Astrup [SPD]: Ihre Rede!)

Wörtliches Zitat: „Kanther gefährdet die innere Sicherheit in Schleswig-Holstein.“ Frau Erdsiek-Rave weiter: Der Bundesinnenminister habe bei seiner Entscheidung die Öffnung der deutsch-dänischen Grenze und die damit zusammenhängenden Sicherheitsprobleme sträflich vernachlässigt.

Sie bezeichnet den Abzug von 1000 BGS-Beamten in Schleswig-Holstein als Sicherheitsrisiko. - Soweit die Wahlkampf rhetorik, nun zu den Fakten!

Erstens. Abgezogen werden sollen nicht 1000 BGS-Beamte - das hat auch der Innenminister vermutet -, sondern nach Aussagen des Präsidenten des Grenzschutzpräsidiums Nord des BGS, Herrn Velber, 230 bis 240 BGS-Beamte.

Zweitens. Zum von der SPD befürchteten Zusammenbruch der Sicherheitslage durch den Wegzug des BGS einige Fakten: Im Zeitraum von 1. Januar 1992 bis zum 31. Juli 1997 betrug die Zahl der **Einsätze des BGS** in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 247. Davon fanden in **Schleswig-Holstein** 12 Einsätze statt. Das sind 4,86 % aller Einsätze.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wow!)

Insgesamt setzte der BGS bei diesen Einsätzen 50.928 Polizeivollzugsbeamte ein, davon für die 12 Einsätze innerhalb von fünf Jahren in Schleswig-Holstein 120 Polizeivollzugsbeamte, was einem Prozentsatz von 0,24 am Gesamteinsatz entspricht. Ich zitiere nochmals Frau Erdsiek-Rave: „Kanther gefährdet die innere Sicherheit in Schleswig-Holstein.“

Ich sage - auch wenn Sie nicht hier ist -: Machen Sie sich und Ihre Partei mit solchen Sprüchen doch nicht lächerlich. Ihrem Eingeständnis, daß die Landespolizei die organisierte Kriminalität nicht bekämpfen kann, stimme ich zu. Aber Sie haben doch die Mehrheit, um dies zu ändern. Jammern Sie also nicht, sondern handeln Sie! Sie können das doch tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es gibt überhaupt keine Probleme, daß Sie vernünftigen Anträgen der Opposition zustimmen und daß wir uns vor dem Hintergrund einer **organisierten Kriminalität**, einer Bandenkriminalität, wie sie noch nie dagewesen ist, hinsetzen und uns fragen, wie wir diese Probleme gemeinsam lösen wollen.

(Holger Astrup [SPD]: Sind Sie nun für oder gegen Schwarzenbek?)

Und nun zu der Absicht des Bundesinnenministers, die beiden Standorte aufzulösen.

(Holger Astrup [SPD]: Vielen Dank!)

Die geplante Auflösung der **BGS-Schule in Bredstedt** und die geplante Auflösung des **Standortes Schwarzenbek** stellen für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BGS und für die betroffenen Regionen eine besondere Härte dar. Wenn es eine Möglichkeit gibt, die BGS-Schule in Bredstedt und den Standort Schwarzenbek zu erhalten, so muß diese ausgeschöpft werden. Sie müssen dann allerdings, Herr Innenminister - anders geht es nicht -, einen Vorschlag vorlegen, der sich in die Konzeption zur Neuordnung des BGS einfügt

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und der den Bedürfnissen der Mitarbeiter, den Anforderungen an die Sicherheitslage und den berechtigten Interessen der Region gerecht wird. Wenn es eine Chance gibt, für diese beiden Standorte etwas zu unternehmen, dann müssen Sie hierzu, Herr Innenminister Wienholtz, konkrete Vorstellungen entwickeln.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Wieso das denn? - Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn diese Standortentscheidungen allerdings nicht mehr abwendbar sein sollten - da sind wir uns einig; deswegen versteh ich Ihre Aufregung nicht -,

(Holger Astrup [SPD]: Wir sind nicht aufgeregt, wir amüsieren uns!)

dann muß der **Bundesinnenminister** - auch das ist eine deutliche und klare Forderung, die ich formuliere - ein sozialverträgliches Personalkonzept vorlegen, und es muß vom Bund einen angemessenen strukturellen Ausgleich geben.

(Holger Astrup [SPD]: Wer soll das vorlegen?)

- Herr Astrup, Sie können das noch einmal nachlesen, wenn Sie wollen.

Lassen Sie mich abschließend sagen, daß wir, die wir uns für diese beiden Standorte eingesetzt haben - damit meine ich insbesondere die betroffenen Politikerinnen und Politiker sowie die Gremien vor Ort -, die Entscheidung des Bundes mit Bestürzung zur Kenntnis nehmen mußten. Wenn es noch eine Chance gibt, für diese Standorte etwas zu unternehmen, dann muß die **Landesregierung** dem Bundesinnenminister ein überzeugendes und in sich geschlossenes **Konzept** vorlegen.

(Lachen bei der SPD)

Dann darf nicht nur gesagt werden - da machen Sie es sich zu einfach -: „Wir wollen alle Standorte erhalten. Es hat sich in Deutschland nichts verändert; alles ist noch so wie vor zehn Jahren.“ - Die Welt hat sich an Ihnen vorbei verändert. Sie müssen da etwas flexibler werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie müssen einmal darauf eingehen, was sich in diesem Lande wirklich abspielt. Wenn Sie Ihrer Verantwortung als Regierungsparteien wirklich nachkommen wollen, dann sollten wir gemeinsam handeln. Ich würde es für einen wichtigen Beitrag halten, wenn wir die ersten beiden Punkte in dem Sinne, wie Herr Kollege Puls es vorgetragen hat, mit großer Mehrheit verabschieden könnten. Auch das wäre ein Signal in die entsprechenden Regionen hinein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich herzlich den Bürgermeister von Bredstedt.

(Beifall)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Schlie hat mit seinen Ausführungen zwei Sachen belegt - eigentlich sind es drei -:

Erstens. Die Anhörung zur Schleierfahndung ist spurlos an ihm vorbeigegangen.

Zweitens. Von Freiheitsrechten von Bürgern hat er auch noch nie etwas gehört.

Drittens. Die Zahlen über die Einsätze des BGS in Schleswig-Holstein, die er vorhin vorgetragen hat, belegen, daß die Sicherheit in Schleswig-Holstein nicht gefährdet ist, wenn der BGS abzieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU)

- Ich habe leider nicht soviel Zeit. Herr Schlie hatte zehn, ich habe nur fünf Minuten zur Verfügung. Ich muß mich ein bißchen beeilen und bin auch noch erkältet.

Die logische Konsequenz aus der **Grenzöffnung** wäre aus meiner Sicht aber eine **Reduzierung der BGS-Stärke** insgesamt. Deshalb ist es für mich unverständlich, daß der Bundesgrenzschutz von 24.000 Beamten im Jahre 1993 auf demnächst 30.000 Kräfte aufgestockt werden soll. Hinzu kommen 1.300 Unterstützungskräfte und 650 Einstellungen für Personen- und Gepäckkontrollen auf Flughäfen. Insgesamt sollen 1998 3,15 Milliarden DM für den BGS ausgegeben werden. Als Begründung führt das BMI dazu aus - Zitat aus den neuesten Mitteilungen des Bundesministeriums des Innern -:

„Die Erfolge des neuen Asylrechts dürfen nicht dadurch unterlaufen werden, daß an die Stelle der mißbräuchlichen Berufung auf das Asylrecht eine illegale Zuwanderung über die Grenzen trete.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie wahr, wie wahr!)

- Ja. Das ist auch die einzige Begründung. Unabhängig davon ist das neue **Asylrecht** eher ein

Asylverhinderungsrecht, und wir brauchen in Deutschland unbedingt eine legale Zuwanderungsmöglichkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Von der Bekämpfung der **organisierten Kriminalität** ist bei der massiven Verstärkung des BGS nicht die Rede. Aber das ist auch nicht die Aufgabe des Bundesgrenzschutzes und auch nicht dessen gesetzlicher Auftrag; vielmehr ist das die Grenzsicherung. Die Verantwortung für die Polizei liegt nach wie vor bei den Ländern. Ich habe den Eindruck, daß der Bundesinnenminister dies ändern möchte. Denn wie ist es zu erklären, daß einerseits unter dem angeblichen Zwang der Bekämpfung der illegalen Einwanderung der BGS massiv verstärkt wird, andererseits Herr Kanther offensichtlich so viele Beamte hat, daß er den Ländern personelle Unterstützung bei der Kriminalitätsbekämpfung anbietet?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es geht um die Sache!)

Hinzu kommt, daß der Bundesinnenminister zwar davon gesprochen hat, mehr Beamte zum Schutz von Bahnhöfen und S-Bahnen in die Großstädte zu schicken, wofür nach § 3 des Bundesgrenzschutzgesetzes der Bundesgrenzschutz sowieso zuständig ist, tatsächlich aber den Innenministern von Hamburg und Niedersachsen mitteilt, daß er nicht beabsichtige, Personaldefizite bei den Ländern abzubauen nach dem Motto „100 Polizeibeamte mehr sind immer nützlich“.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist auch etwas dran!)

Offensichtlich versucht der Bundesinnenminister, sich mit seinem Angebot als Oberkriminalitätsbekämpfer darzustellen und sich mit dem Lockmittel Personal in die Arbeit der Länderpolizeien einzumischen, indem er die Unterstützung an inhaltliche Vorgaben knüpft.

Angesichts dieser Widersprüche ist die Hoffnung, reale personelle Unterstützung durch den BGS zu erhalten, die nicht nur zur Imageverbesserung des Bundesinnenministers beiträgt, sondern zu einer verbesserten Kriminalprävention, trügerisch. Versuchen sollten wir es trotzdem. Um das **Konzept** von mehr Präsenz von Polizei wirkungsvoll zu unterstützen, brauchen wir keine Massierung von BGS-Beamten in sogenannten Sicherheitszonen, die implizieren, daß es

anderswo unsicher ist, und lediglich einen Vertreibungseffekt bewirken. Wir brauchen tatsächlich eine Verstärkung des Polizeidienstes im polizeilichen Streifendienst, der alltäglichen Arbeit in den Revieren. Zur Verstärkung der polizeilichen Präsenz eingesetzte BGS-Beamte müssen möglichst weit in die **Strukturen der Landespolizei** eingebunden sein - bis hin zur Uniform -, um einen effektiven Einsatz überhaupt zu ermöglichen. Wir brauchen keine zwei Befehlsstrukturen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eigentlich sieht das BGS-Gesetz auch vor, daß BGS-Beamte, wenn sie auf Anforderung in den Ländern eingesetzt werden, den Gesetzen der Länder unterliegen. Diese Möglichkeit würde zumindest einigen BGS-Beamten die Chance bieten - unabhängig von der Frage der Standorterhaltung -, in Schleswig-Holstein zu bleiben, wenn man es mit der Unterstützung der Länder bei der Kriminalitätsbekämpfung denn ernst meint.

Ich komme noch einmal zur **Neuordnung des BGS**. Ich halte eine Neuordnung des BGS für erforderlich, wobei ich die Art und Weise, wie sie erfolgt, für falsch halte, und zwar insbesondere vor dem Hintergrund, daß Polen früher oder später dem Schengener Abkommen beitreten wird und die Hochsicherheitsgrenzen fallen werden.

(Klaus Schlie [CDU]: Das sind noch ein paar Tage!)

Die Verantwortung für diese Entscheidung liegt jedoch in Bonn und nicht beim hiesigen Innenminister. Dort fallen auch die Entscheidungen. Da wir nicht das einzige Land sind, das betroffen ist, wäre es eine Illusion zu glauben, daß alles bleibt, wie es ist. Was wir von der Bundesregierung aber erwarten können, ist eine Neuordnung, die sozialverträglich für die Beamten und deren Familien ist und die dort, wo es möglich ist, auch strukturpolitische Aspekte berücksichtigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das ist im Fall der standortunabhängigen Ausbildung möglich. **Bredstedt** oder Walsrode, das ist eine strukturpolitische Entscheidung und keine, die aufgrund von Einsatzerfordernissen zu treffen ist. Für den Standort **Schwarzenbek** gibt es aus meiner Sicht nicht so gute Argumente.

(Zuruf von der CDU: Krümmel!)

Ich meine, durch den Wegfall der innerdeutschen Grenzen und durch die Entwicklung der Region um Hamburg befindet sich Schwarzenbek nicht mehr in einer Randlage. Schwarzenbek braucht vielmehr Hilfe beim Umbruch, damit die Entwicklungschancen dort genutzt werden können und nicht alles so bleibt, wie es ist, während die Welt sich verändert.

Zum Schluß noch einmal zum CDU-Antrag! Zu den Punkten 3 bis 6 kann ich nur feststellen, daß Sie, meine Damen und Herren von der CDU, wieder einmal die sicherheitspolitische Sau durchs Dorf treiben: Schleierfahndung, Fahndungskapazitäten et cetera, obwohl diese Themen noch in der Beratung sind oder eben erst abgeschlossen wurden. Es fehlt in Ihrem Antrag zum Bundesgrenzschutz nur noch die Forderung nach dem großen Lauschangriff.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der würde jetzt beschlossen werden!)

Zu diesen Ihren Forderungen kann man nur feststellen: Dadurch, daß Sie die Sau durch jedes Dorf treiben, wird sie auch nicht fatter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Völlig neue Erkenntnis!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pläne von Bundesinnenminister Kanther zur **Umstrukturierung des BGS** haben für Schleswig-Holstein zu Einschnitten in einer Größenordnung geführt, die wir in diesem Hohen Haus kaum so erwartet haben. Die Haltung der F.D.P. war bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt - Herr Innenminister, Sie werden sich daran erinnern -, daß Maximalforderungen nur dazu führen, daß das Land am Ende mit leeren Händen dasteht.

Die SPD hat es im Konzert mit Landesinnenminister Wienholtz vorgezogen, den Erhalt aller **BGS-Standorte** zu fordern. Auch im vorliegenden Antrag rückt sie von ihrem „Alles oder Nichts“ nicht ab. Das Ergebnis ist bekannt. Weder **Bredstedt** als Schulstandort noch **Schwarzenbek** konnten erhalten

werden; der BGS ist im Norden des Landes nur noch mit kleineren Organisationseinheiten vertreten. Darum muß es unser gemeinsames Anliegen sein, auf einer realistischen Grundlage für eine Teilrevision der Pläne des Bundesinnenministers zu kämpfen.

Dazu - so sage ich vorweg einmal - nützt es nichts, Herr Puls, wenn man mit Beschimpfungen derer anfängt, von denen man etwas haben will. Sie werden nämlich schlecht darauf reagieren, wenn man sie beschimpft. Man muß vielmehr mit überzeugenden Argumenten kommen, und ich denke, wir haben einige.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Ich habe heute auch gelernt, daß sich der Kollege Matthiessen um den BGS-Standort Schwarzenbek in besonderer Weise verdient macht. Ich weiß jetzt, daß der eigentliche Hintergrund für seine Demonstrationsaufrufe bei Krümmel der ist, daß der BGS-Standort Schwarzenbek erhalten bleibt.

(Heiterkeit)

Im Gegensatz zum Landesinnenminister und auch zu der Kollegin Erdsiek-Rave ist die F.D.P. allerdings der Meinung, daß die Entscheidung des Bundesinnenministers zum Teil nachvollziehbar ist. Die Grenze ist nun einmal nach Osten gerückt, und damit sind es auch die Einsatzorte für die Beamtinnen und Beamten des BGS. Diese Tatsache ist einfach nicht wegzudiskutieren. Wo es keine **Grenze** mehr gibt, da brauche ich auch keinen **Grenzschutz**. Und die Überwachung der Seegrenze auf dem Wasser ist durch den Beschuß von Minister Kanther nicht tangiert. Der BGS-See bleibt in seiner bisherigen Struktur erhalten.

Rot-grün geht es aber offensichtlich gar nicht so sehr um die Grenzüberwachung. Ihnen geht es vielmehr darum, daß sie zukünftig selbst, ohne die Unterstützung durch den BGS für die **innere Sicherheit** in **Schleswig-Holstein** sorgen müssen. Das bereitet ihnen schwere Probleme, und das ist auch der einzige Grund, warum sie so massiv gegen die Pläne des Bundesinnenministers opponieren.

An der Stelle des Landesinnenministers würde ich mir auch Sorgen machen. Herr Minister Wienholtz, Sie wissen doch selbst - ich hoffe es zumindest -, wie schlecht die Polizei in Schleswig-Holstein für ihre Aufgaben gerüstet ist.

(Widerspruch bei der SPD)

Mittel für die Reparatur des Polizeibootes „Helgoland“ sind nicht vorhanden, Rechnungen für die laufenden Ausgaben sollen nicht mehr bezahlt werden. Das Personal wird in den Revieren stärker festgehalten als früher, statt auf die Straße zu gehen, weil die entsprechenden Entlastungsprogramme nicht mehr gefahren werden.

(Zuruf von der SPD: Alles Quatsch! -
Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin
Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

- Herr Hentschel, Sie müssen doch die Dinge einmal wahrnehmen; es muß doch einen Hintergrund haben, daß die Kollegin Erdsiek-Rave bestimmte Aussagen macht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten ihr Gelegenheit geben, das noch weiter auszuführen!)

Wer wie Ute Erdsiek-Rave den Zusammenbruch der öffentlichen Sicherheit durch den Abzug des BGS beschwört, der wird nicht nur zu Recht der Jammerlappenpolitik - so die „Lübecker Nachrichten“ vom 12. September dieses Jahres - gescholten, sondern er muß sich auch fragen lassen, ob eine solche Aussage nicht die Bankrotterklärung des Landes bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was ist denn den **Ländern** im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik noch an eigenen **Kompetenzen** geblieben? Kultusaufgaben mit den großen Blöcken Schule und Universität sowie Polizei! Das ist nicht viel, und jetzt erklären Sie: Einen Teil dieser Aufgabe können wir nicht mehr erfüllen. Das ist ein starkes Stück und wirft ein bezeichnendes Licht auf die Situation in diesem Lande. Ich denke, es ist auch eine wirklich unehrliche Debatte in dieser Frage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Korrekturbedarf, den die SPD an den Plänen von Minister Kanther angemeldet hat, bezieht sich in erster Linie auf die Schließung der Schule in **Bredstedt**. Denn in diesem Fall gilt das Argument der Nähe zum Einsatzort gerade nicht. Dies wird ausdrücklich auch vom Bundesinnenminister bei der Aufzählung der relevanten Kriterien zur Beschreibung der Qualität eines Standortes so gesehen.

Zudem haben die vergangenen Jahre gezeigt, daß die Ausbildung in Bredstedt von hoher Qualität ist. Es gibt keinen Grund, warum dies nicht auch in Zukunft möglich sein sollte. Unberücksichtigt blieb auch, daß der Standort Bredstedt aus strukturpolitischen Gesichtspunkten gewählt wurde, um die strukturschwache Westküste zu stärken. Zudem hat die Verlegung von zwei Luftwaffengeschwadern und die Schließung von Depots der Bundeswehr schon zu großen arbeitsmarktpolitischen Problemen geführt, die sich durch die Schließung der BGS-Schule verstärken würden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von
Hielmcrone [SPD])

Ersatzarbeitsplätze für die Zivilbeschäftigen sind jedenfalls an der Westküste nicht vorhanden, was sich allein aus der Rangfolge im GA-Fördergebiet ablesen läßt. Bredstedt liegt auf Rang 12, Walsrode hingegen nur auf Rang 49. Zudem ist die Argumentation des Bundesinnenministers beim Datenvergleich zwischen den Standorten Bredstedt und Walsrode nicht stringent. In Bredstedt ist bereits eine Infrastruktur vorhanden, in die in den nächsten Jahren 27 Millionen DM investiert werden müßten. In Walsrode hingegen müssen laut Bundesinnenministerium nur 13,7 Millionen DM investiert werden. Unterschlagen wird dabei aber, daß die Kosten für die bei einer Verlegung der kompletten Ausbildung notwendigen Erweiterung der Schule nicht eingerechnet sind.

Für die Erhaltung von Bredstedt spricht auch, daß sich der Bedarf an Bundesgrenzschutzpersonal nach dem Beitritt von Dänemark zum Schengener Abkommen erhöhen könnte. Sollte dieser Fall eintreten, dann ist mit Bredstedt eine logistische Grundstruktur bereits vorhanden, so daß eine Personalaufstockung ohne lange Anlaufzeiten möglich wäre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Argumente müssen in den kommenden Wochen von allen Beteiligten im Schleswig-Holsteinischen Landtag, in der Landesregierung und von den jeweiligen Bundestagsabgeordneten - ich sage ausdrücklich von den „jeweiligen“ Bundestagsabgeordneten - vorgetragen werden, denn auf sie kommt es letztlich an.

(Beifall des Abgeordneten Martin
Kayenburg [CDU])

Es mag bei den Bürgerinnen und Bürgern gut ankommen, den Erhalt aller Standorte zu fordern, wie dies die SPD und neuerdings auch die CDU in ihrem

Antrag tun - neuerdings übrigens, das war vorher ja anders, Herr Kollege Schlie!

Ich möchte allerdings noch einmal dringend vor dieser Strategie warnen. Wer alles fordert, steht am Ende oftmals mit gänzlich leeren Händen da. Eine sinnvolle und realistische Lösung zum Wohle Schleswig-Holsteins werden die F.D.P.-Fraktion und auch Jürgen Koppelin in Bonn selbstverständlich voll unterstützen.

(Klaus Schlie [CDU]: Da sind wir einer Meinung!)

Wir unterstützen den Antrag der SPD-Fraktion trotz - und nicht wegen - Ihrer Begründung, Herr Kollege Puls!

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Heiterkeit bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kubicki, ich gehe davon aus, daß Sie auch den SSW-Antrag unterstützen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja auch in dem Punkt identisch!)

- Nein, nicht ganz.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die F.D.P. unterstützt doch immer alles!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun liegen uns also zu diesem Tagesordnungspunkt sowohl zwei Anträge als auch ein Änderungsantrag vor. Da könnte sich der Zuschauer einer solchen Landtagsdebatte sagen: „Das ist ja toll! Die machen was. Die setzen sich ja alle für den Bundesgrenzschutz ein.“ - Leider - und ich sage das jetzt wirklich ohne jegliche Ironie - trifft das aber überhaupt nicht zu. Das möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat zu den Anträgen von SPD und SSW einen Änderungsantrag eingebracht, der in Teilen - auch das sage ich ausdrücklich - durchaus sinnvoll ist.

Punkt 1 und 2 kann ich ohne weiteres unterstützen. Aber unter Punkt 5 dieses Änderungsantrages heißt es dann:

„Der Landtag unterstützt die Forderung nach einer Änderung des Landesverwaltungsgesetzes, um anlaß- und verdachtsunabhängige Kontrollen der Identität von Personen durch die Landespolizei in bestimmten Fällen zu ermöglichen (sog. Schleierfahndung).“

(Beifall der Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] und Jost de Jager [CDU])

Das ist also die sogenannte **Schleierfahndung**.

Nun muß der Zuhörer aber wissen, daß wir die Frage der Schleierfahndung bereits mehrfach erörtert haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und abgelehnt haben!)

Die CDU will die Schleierfahndung, weiß aber ganz genau, daß sie hierfür zur Zeit im Landtag keine Mehrheit bekommen kann;

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

denn die meisten Abgeordneten sind dagegen, wie ja auch schon aus der Debatte hervorgegangen ist. Das bedeutet aber auch - ich kann das nicht anders sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU -, daß Sie genau wissen, daß Ihrem Antrag niemals zugestimmt werden kann, wenn die Forderung nach Einführung der Schleierfahndung darin enthalten ist.

(Beifall des Abgeordneten Peter Zahn [SPD])

Mit anderen Worten: Wenn die CDU die Schleierfahndung dennoch in ihren Änderungsantrag einbaut, dann kann das nur bedeuten, daß sie gar nicht beabsichtigt, Zustimmung zu erhalten.

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Ich weiß, jetzt hat sich das etwas anders ergeben; aber als ich den Antrag las, mußte ich das so interpretieren.

(Klaus Schlie [CDU]: Neue Situation! - Heinz Maurus [CDU]: Das war gestern!)

Ich gehe noch weiter mit meiner Interpretation. Der Sinn der Sache - so sah ich das - konnte doch nur sein, einen eigenen Antrag zu haben, dem man zustimmen kann, damit man ein gutes Alibi hat, die beiden anderen Anträge abzulehnen.

(Klaus Schlie [CDU]: Das stimmt heute doch einfach nicht mehr!)

Ich sage es noch einmal: Mag sein, daß ich Ihren Antrag genauso gelesen habe wie der Teufel die Bibel.

(Heiterkeit - Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber ich muß sagen, ich war ein bißchen verstimmt.

(Zurufe von der CDU)

Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen - das sage ich jetzt auch noch einmal ausdrücklich -, das Thema ist zu ernst - das haben Sie jetzt allerdings auch deutlich gemacht -, als daß wir damit Spiele spielen sollten.

(Klaus Schlie [CDU]: Es geht doch darum, daß es Tatsachen sind!)

Wir sollten uns alle dafür einsetzen, daß die 180 Arbeitsplätze in **Bredstedt** erhalten bleiben.

Es wäre auch nicht nötig, Bredstedt zu schließen. Trotz des Inkrafttretens des Schengener Abkommens besteht weiterhin sowohl dienstlicher als auch fachlicher Bedarf für die BGS-Einrichtungen im Landesteil Schleswig. Das ergibt sich aus dem Positionspapier der Landesregierung. Wenn Ausbildungseinrichtungen unabhängig von den jeweiligen Einsatzorten des Bundesgrenzschutzes plaziert bleiben können, frage ich mich, warum Bredstedt derartig bestraft werden soll.

Ich habe bisher jedenfalls nicht ein einziges Argument vernommen, das mir hätte einleuchten können. Das macht die Debatte so schwierig. Es gibt nichts, was man in Frage stellen könnte. Da ist eigentlich nur die Wiedervereinigung Deutschlands, durch die Niedersachsen keine Grenze mehr hat. Deshalb soll Niedersachsen nun ein Bonbon erhalten. Vielleicht findet Herr Kanther auch Herrn Schröder viel netter als Frau Ministerpräsidentin Simonis? - Da kann man nicht mit sachlichen Gegenargumenten kommen.

Die Anträge von SPD und SSW stimmen insofern überein, als beide sich für die Aufrechterhaltung von Bredstedt aussprechen. Aber während sich der Landtag nach dem Antrag der SPD gegen die Schließung des BGS-Standortes in Schleswig aussprechen soll, fordert der SSW die Landesregierung dazu auf. Die beiden Anträge ergänzen sich meiner Meinung nach recht gut. - Doppelt hält besser.

Der SSW hat sich ausschließlich auf Bredstedt bezogen. Das liegt daran, daß die fehlende Rücksichtnahme auf strukturpolitische Belange im Hinblick auf eine Stadt der Größe Bredstedts, auch mit dem Hintergrund ihrer Plazierung im Landesteil Schleswig, aus der Sicht des SSW besonders schwer wiegt. In Bredstedt ist sonst nichts. Für mich ist nicht zu erkennen, wie hier ein angemessener struktureller Ausgleich geschaffen werden kann, wenn der Bundesinnenminister an seiner Entscheidung festhält. Ich kann jedenfalls nicht zaubern und glaube auch nicht, daß die Landesregierung dazu in der Lage ist. Deshalb haben wir uns auf Bredstedt konzentriert.

Bei Betroffenheit so kleiner Ortschaften wie Bredstedt muß der Grundsatz der Konversion gelten: Es darf erst dann ein Abbau beziehungsweise ein Abzug erfolgen, wenn für Ersatz gesorgt worden ist. Die Wiederbeschäftigung der Betroffenen muß gesichert sein, bevor eine Schließung erfolgt. Das muß der Grundsatz sein. Da wir es in Bredstedt mit einer Einrichtung zu tun haben, die unabhängig vom Standort gesehen werden kann, muß das auch die Konklusion sein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich begrüße ausdrücklich, daß die SPD dem SSW-Antrag zustimmt. Ich hoffe auch, daß die Kollegen von der CDU und der F.D.P. das ebenfalls tun werden. Ich bin gern bereit, dem Antrag der SPD und - wie eben gesagt - den Punkten 1 und 2 des CDU-Antrages zuzustimmen. Dann könnten wir zumindest dokumentieren, daß zwei ernstgemeinte **Anträge** die **Zustimmung** des Landtages erhalten haben. Das wäre wenigstens etwas, wenn es auch nicht dem Ergebnis entspricht, das ich in dieser Frage gern gesehen hätte,

(Glocke der Präsidentin)

daß wir uns nämlich im Schultertshluß gemeinsam gegen einen folgenschweren Federstrich des Bundesinnenministers stellen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, ich wollte Ihnen nicht das Wort entziehen, sondern darum bitten, daß das Plenum etwas mehr Ruhe bewahrt, damit Sie in Ruhe weitersprechen können.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin hier nach vorn gegangen, um für die Stadt **Bredstedt** eine Lanze zu brechen.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut! - Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie braucht Hilfe und Menschen, die zu ihr stehen.

An den Ortseingängen dieser kleinen nordfriesischen Stadt stehen Schilder mit der Aufschrift: BGS muß bleiben. Diese Aussage bringt es auf den Punkt. Es ist richtig: Veränderte Verhältnisse fordern Anpassungen an diese Veränderungen. Das gilt generell. Das gilt für den Bundesgrenzschutz, für die Bundeswehr und alle Lebensbereiche. Frage: Gilt das auch für den Fall Bredstedt, ist er vergleichbar? - Man hat Bredstedt seinerzeit als Standort ausgewählt, nicht etwa weil die Stadt in der Nähe der Grenze lag, nicht etwa weil die strategische Lage es erforderte, sondern weil hier ganz gezielt eine Strukturmaßnahmen ergriffen und eine Region unterstützt werden sollte, die in einem hohen Maße strukturschwach geworden war, unter anderem auch wegen Veränderungen in der Landwirtschaft.

Hier sollte damals durch Maßnahmen des Bundes ganz bewußt gegengesteuert werden, indem man dort eine Schule des Bundesgrenzschutzes einrichtete, die eben nicht an bestimmte Einsatzgebiete gebunden war. Verkehrsfern lag die Stadt damals schon. An dieser Ausgangslage, die Bredstedt übrigens durchaus von anderen Standorten unterscheidet, hat sich nichts geändert. Im Gegenteil, die Veränderungen in der Landwirtschaft sind weitergegangen, die Strukturprobleme sind erheblich geblieben und haben sich noch verstärkt. Auch die derzeitige allgemeine

wirtschaftliche Lage ermöglicht es nicht, Alternativen zu finden und zu entwickeln. Es sprechen heute immer noch dieselben Gründe für Bredstedt, die seinerzeit dazu geführt haben, dort eine Schule zu errichten.

Damals wurden also deutliche Zeichen für die **Stadt** und die **Region** gesetzt, nämlich, daß hier ein **Schwerpunkt der BGS** sein sollte. Das geschah zu einer Zeit des Wohlstandes und günstiger wirtschaftlicher Vorzeichen. Dadurch daß der Stadt die Aufgabe eines BGS-Standortes zugewiesen wurde, sie das auch wollte, war ihre Entwicklung vorgezeichnet. Nicht nur das, es waren auch andere Entwicklungen kaum mehr möglich; aus heutiger Sicht müssen wir sagen, sie wurden dadurch vielleicht verhindert. Bredstedt konnte sich nicht um andere wirtschaftliche Standbeine kümmern, denn es hatte ja seine Aufgabe. Das Arbeitskräftepotential, das ja in kleineren Gemeinden nur in begrenztem Maße zur Verfügung steht, war durch den BGS ausgeschöpft.

Man hätte dieser Gemeinde und dieser Region mit der damaligen Einrichtung des Standortes einen Bären Dienst erwiesen, wenn man ihn jetzt auflösen würde, denn die Zeichen alternativer wirtschaftlicher Aufgabenfindung sind vorbei, das Zeitfenster für eine Gemeinde wie Bredstedt ist geschlossen. Damals hat der Bund für Bredstedt eine Verantwortung übernommen, die er jetzt nicht wie einen alten nutzlosen Gegenstand wegschmeißen kann und darf.

Deshalb unser gemeinsamer Appell: BGS in Bredstedt muß bleiben!

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoerrendonk [SSW] und Peter Zahn [SPD])

Es geht nicht nur um die Wirtschaftskraft der Stadt Bredstedt, es geht auch um die Menschen. Die Diskussion um die Kaufkraft der Wirtschaft verkürzt das Problem. Genauso betroffen ist das soziale Leben in der Stadt. Die Angehörigen des BGS sind angesehen und unverzichtbare Mitbürgerinnen und Mitbürger der Stadt gewesen. Sie sind in das soziale Netz eingewoben und gehören dazu. Dies würde zerrissen und mit Füßen getreten.

Hinter der Aufgabe des Standortes stecken also in erheblichem Maß menschliche Probleme und Einschnitte, die nur dann unvermeidbar sind, wenn wirklich keine schwerwiegende Bedenken dagegenstehen. Ich verkenne nicht, daß diese Verpflichtung eines Standortes an für soziale Gewebe

auch für andere Standorte, wie zum Beispiel **Schwarzenbek**, gilt. Auch aus diesem Grunde stimme ich dem Antrag meiner Fraktion zu, die an beide Standorte denkt, auch wenn für mich natürlich die Waagschale zugunsten Bredstedts ausschlägt. Ich kann der Gemeinde Schwarzenbek die Solidarität nicht versagen, die ich für Bredstedt einfordere.

Ich bitte um Unterstützung unseres Antrages und hoffe sehr, daß es bei der Abwägung von Sachargumenten zu einer sinnvollen Entscheidung kommt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der letzten halben Stunde hatte ich bei dem einen oder anderen Beitrag doch den Eindruck eines gewissen Vorgesmacks auf die Diskussion, die ich morgen im Bundesrat bestreiten werde.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann bleiben Sie doch gleich hier!)

Ich kann Ihnen nur versichern, ich werde hier wie dort auf bestimmte Argumente nicht eingehen, weil sie mit der Sache nichts zu tun haben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde mich hier wie dort darum bemühen, mich auf die Sache zu konzentrieren. Ich glaube, daß das der richtige Weg ist, das eine oder andere noch für Schleswig-Holstein zu erreichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Erste Bemerkung: Die **Landesregierung** hat in ihrer **Stellungnahme** an den Bundesinnenminister vom 14. Mai 1997 sehr deutlich gemacht, welche Strukturüberlegungen, welche Arbeitsmarktüberlegungen, welche sicherheitspolitischen Überlegungen und welche polizeitaktischen Überlegungen für unsere Standorte sprechen. Darum sind wir vom Bundesinnenminister zur Vorbereitung seiner Entscheidung gebeten worden. Ich habe dieses Papier mit dem Landtag abgestimmt,

wir haben im Ausschuß miteinander darüber beraten, und es liegt Ihnen als Umdruck vor. Deswegen wiederhole ich nicht, was dort drinsteht.

Zweite Bemerkung: Der Bundesinnenminister ist auf dieses Konzept nicht eingegangen. Das, was wir seit dem 11. September 1997 auf dem Tisch liegen haben, ist ein **Konzept**, das wesentliche Mängel aufweist.

Erste Bemerkung dazu! Das Konzept wird nicht durch **Personalstärken** belegt. Wenn hier der Herr Abgeordnete Schlie sagte, es seien nicht 1000, sondern nur 230 bis 240, die in Schleswig-Holstein davon betroffen sind, so finde ich das sehr interessant. Hoffentlich kann er das auch belegen. Nach meinen Berechnungen sieht das nämlich anders aus: 231 in Lübeck an der Schule weg, 630 in Schwarzenbek weg, 148 in Bredstedt weg; das ist noch nicht einmal alles in Bredstedt, denn in Bredstedt haben wir pro Jahr auch noch über 800 Anwärter, die dort hinkommen und die für den Ort und die Struktur dort Kaufkraft bringen.

(Beifall bei der SPD)

Man kann also nicht nur einmal so sagen, es seien nur 100 oder 200. Ich höre das ja in der Diskussion immer öfter. Aber es scheint ernster zu sein.

Wenn die Zahlen, die ich eben genannt habe, nicht stimmen, dann ist das ein Grund dafür, weshalb ich den Kollegen Kanther gebeten habe, doch einmal sein Konzept mit den Personalstärken zu unterlegen. Es kann ja sein, daß er in Neustadt zulegt, es kann auch sein, daß er in Lübeck zulegt, weil er nämlich in der Schule andere Aufgaben ansiedeln will. Aber das müßten wir dann einmal miteinander bilanzieren. Deshalb habe ich ihn gebeten, mir das zu erklären.

Zweite Bemerkung! Es gibt keine nachvollziehbaren **Begründungen** zu den **Standortentscheidungen**. Auf alle Begründungen, die ich vorhin genannt habe, ist er nicht eingegangen.

Dritte Bemerkung! Das Konzept berücksichtigt nur die gegenwärtige **Sicherheitslage**, läßt jedoch künftige politische Entwicklungen in Osteuropa wie zum Beispiel die NATO-Osterweiterung, den Beitritt Polens und Tschechiens zur EU völlig außer Betracht. Da ergeben sich möglicherweise in zwei oder drei Jahren ganz andere Konstellationen. Ich werde darauf noch einmal zurückkommen.

Vierte Bemerkung! Der **Verdrängungseffekt** über die Ostsee und die Landwege Skandinaviens für die organisierte **Schleuserkriminalität** und

Bandenkriminalität, die durch die massierte personelle Überwachung der Ostgrenzen zu prognostizieren sind, bleibt unberücksichtigt. Alles das findet keine Berücksichtigung, obwohl wir unsere Argumente rechtzeitig vorher auf den Tisch gelegt haben.

Ich habe deswegen Herrn Kanther mit Schreiben vom 11. September gebeten, das näher zu begründen; denn nur dann kann ich bis zum 15. Oktober Stellung nehmen, worum er mich gebeten hat.

Ich habe für den 29. und 30. September 1997 die Landräte, Bürgermeister und Abgeordneten des Landtages und des Deutschen Bundestages aus den jeweiligen Standorten hierher eingeladen, um mit ihnen zusammen noch einmal die Situation zu bereden und eine abgestimmte Stellungnahme zu erreichen. Ich denke, wir werden am 1. Oktober im Ausschuß Gelegenheit haben, Herr Abgeordneter und Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses Maurus, das noch einmal zu diskutieren.

Da ist viel von Kompensationsmaßnahmen die Rede. Dazu möchte ich nur noch einmal deutlich machen: Dafür ist in erster Linie der **Bundesinnenminister** zuständig, Herr Abgeordneter Schlie.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er hat bisher kein **Konzept** für **Kompensationsmaßnahmen** vorgelegt, zum Beispiel für die Nutzung als ausgelagerter Schulstandort in Bredstedt, für die Einrichtung einer mobilen Komponente beim Bundesgrenzschutzmamt in Flensburg, für den Standort einer Inspektion für Verbrechensbekämpfung, für den Erhalt einer zweiten Einsatzabteilung in Schleswig-Holstein. Alles das sind Möglichkeiten, die in dem Konzept insgesamt vorgesehen sind und bei denen man auch dann, wenn man in Schleswig-Holstein bestimmte Dinge abzieht, Kompensation anbieten kann. Das jedenfalls ist bisher nicht geschehen.

Wenn es dann um die Kompensations- und Hilfsmöglichkeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht, so muß hier auch einmal deutlich werden, daß das nicht die Beamten des Bundesgrenzschutzes sind, die dort betroffen sind, sondern daß es Tarifpersonal ist, das betroffen ist. Um die muß sich Herr Kanther bemühen, und für die muß er einen anständigen Sozialplan vorlegen, wenn es denn

nicht zu vermeiden ist, daß wir dort zu anderen Aufgabenstellungen kommen.

Es ist also nicht Sache des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein, hier Konzeptionen vorzulegen, sondern Sache des Bundesinnenministers. Er hat ein an Daten und Fakten orientiertes, nachvollziehbares Konzept mit entsprechenden Personalstärken für die noch einzurichtenden Grenzschutzinspektionen, Bundesgrenzschutzmämter, Grenzschutzpräsidien, die mobilen Komponenten bei den Schwerpunktgrenzschutzmämtern und die Inspektion für Verbrechensbekämpfung darzulegen. Hier ist und bleibt der Bundesinnenminister verantwortlich.

Wir werden das in unserer Stellungnahme bis zum 15. Oktober deutlich machen, wenn wir denn die Frist nicht verlängert bekommen, worum ich gebeten habe. Dann wird es sicherlich sehr differenzierte Argumente für den einen oder anderen Standort geben.

Aber ich glaube, wenn wir es hier im Landtag diskutieren - so verstehe ich auch die Anträge - , dann sind wir in Schleswig-Holstein in der Situation, daß wir für die beiden Standorte zu kämpfen haben. Wir werden nachher sehen, wie die sehr differenzierten Begründungen für die Standorte, die wir haben - ein Schulstandort ist in einer strukturschwachen Region in Nordfriesland anders zu begründen als ein Ort, der im Hamburger Umland Standort einer Kaserne ist -, ausfallen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, daß dann auch von der politischen Seite her deutlich gemacht werden kann - deswegen bin ich sehr dankbar dafür, Herr Abgeordneter Kubicki, daß Sie auch die Bundestagsabgeordneten erwähnt haben, die sich nach meiner Kenntnis übrigens bisher auch sehr engagiert an der Diskussion beteiligt haben -, welche Hilfestellungen möglich sind.

Gestatten Sie mir jetzt noch zwei abschließende Bemerkungen zum Umfeld dieser Diskussion. Ich habe schon vor einer Weile im Bereich der Landespolizei Schleswig-Holstein eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Erarbeitung eines gemeinsamen **Sicherheitskooperationssystems** zwischen der **Landespolizei**, dem **BGS** und dem **Zoll** beschäftigen soll - dies halte ich aus vielen Gründen für wichtig -, die mit der internationalen Kriminalitätsbekämpfung zusammenhängen. Ich habe darüber an anderer Stelle

bereits berichtet. Das ist aber auch erforderlich, weil es in der Folge des Schengener Abkommens auch ganz andere Möglichkeiten der Kooperation zwischen der Landespolizei, dem BGS und dem Zoll und anderen Einrichtungen des Bundes geben muß. Nur, damit da keine Mißverständnisse auftreten: Die Rechtsgrundlage für ein Tätigwerden von Polizei in Schleswig-Holstein ist die schleswig-holsteinische Rechtslage.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das gilt auch für jedes Kooperationsbündnis mit dem Bundesgrenzschutz.

Letzte Bemerkung! Zu diesem Angebot jüngsten Datums von Herrn Kanther, bei dem es dann um die Hilfestellung durch BGS-Beamte im Zusammenhang mit Modellversuchen bei großen Städten gehen soll, muß man ja zunächst einmal fragen, wie ernst er das eigentlich gemeint hat. Wenn ich seine Reaktion gegenüber den Schreiben aus Niedersachsen und aus Bayern - um nur einmal zwei zu nehmen - in der Presse richtig verfolgt habe, hat er das ja alles nicht so gemeint, sondern anders. Wir müssen also einmal fragen, wie er es gemeint hat.

Unabhängig davon bin ich dabei, mit den Bürgermeistern unserer kreisfreien Städte und einer großen Stadt wie Norderstedt, die ich in der nächsten Woche treffen will, und mit den entsprechenden Polizeiinspektionen einmal zu überlegen, wie wir das Angebot im Rahmen dessen aufgreifen können, was wir dort an Möglichkeiten haben.

Insgesamt überlege ich auch - um noch einmal zu dem Konzept des Bundesinnenministers zu kommen -, ob nicht eine der Möglichkeiten sein muß - wenn denn das Konzept schon umgesetzt wird -, daß wir die Umsetzung vielleicht für drei bis fünf Jahre aussetzen, um dann alle die neuen Entwicklungen, die sich in Europa ergeben könnten - ich erwähnte das vorhin in bezug auf mögliche NATO- oder EU-Beitritte und den Ostseeraum -, mitberücksichtigen zu können. Auch das wäre eine Möglichkeit, die uns ein Stück weit einen Aufschub geben könnte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 58 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung hat jetzt der Herr Abgeordnete Zahn das Wort.

Peter Zahn [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich ist es ja ein Kompliment für den Bundesinnenminister gewesen, Herr Schlie, wenn Sie gesagt haben, nachdem Minister Kanther in Bonn die Karre mit dem **BGS** in den Dreck gefahren hat, solle er sie nun wieder herausholen. Die Frage der **Konzeption**, die Frage, wer hier was vorzulegen hat, ist ja wohl eben auch durch Minister Wienholtz eindeutig beantwortet worden.

Es ist ja schon ein Stück aus dem Tollhaus, sich hier hinzustellen und zu sagen, der Bundesinnenminister habe einen Vorschlag gemacht und nun müsse die Landesregierung von Schleswig-Holstein sehen, daß das alles wieder geradegerückt wird. Hier liegen Sie völlig verkehrt.

Das gilt im gleichen Zusammenhang auch bezüglich der Frage der Verstärkung des BGS auf den Großbahnhöfen - wie es der Innenminister eben dargestellt hat - und des gleichzeitigen Abbaus des BGS in Schleswig-Holstein. Wie soll das funktionieren? Das kann nur eine Luftnummer gewesen sein.

Lassen Sie mich jetzt einmal eindrücklich sagen: Neben den guten Argumenten, die für **Bredstedt** schon genannt wurden - gerade auch von dem Kollegen Kubicki -, ist für mich das wichtigste Argument für Bredstedt im Zeichen schmaler Haushaltssmittel, die man überhaupt zur Verfügung hat, daß in Walsrode erst ein völlig neuer Ausbildungsstandort geschaffen werden muß, während in Bredstedt die gesamte Infrastruktur vorhanden ist. In solch einem Fall müßte unnötigerweise Geld ausgegeben werden. Das allein ist doch schon ein Grund, sich für Bredstedt einzusetzen und die Konzeption von Bundesinnenminister Kanther zu verwerfen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Hier gibt es auch etwas von Herrn von Schmude, zu lesen in der „Bergedorfer Zeitung“. Er sprach sich dafür aus, die Priorität für Bredstedt aufzugeben.

(Zurufe: Das heißt nicht „Brettstedt“, sondern „Breedstedt“!)

Man müsse gleichberechtigt über beide Standorte sprechen. Es komme darauf an, die Auswahl kritisch zu überprüfen und den Bürgern Argumente zu geben. -

Was denn nun, Herr Schlie? Was soll mit Bredstedt aufgeweicht werden?

(Zurufe: Breeedstedt!)

- Bredstedt, Entschuldigung, ich habe es begriffen.

(Beifall)

Herr Bürgermeister, ich bitte um Entschuldigung. Ich habe es begriffen.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, innerhalb der CDU - Bundestagsabgeordnete wie Landtagsabgeordnete - muß eine einheitliche Auffassung entstehen. In **Schwarzenbek** genauso, Herr Kollege Schlie! „Bergedorfer Zeitung“ vom 22. September: Sie sagen, man könne nicht Ratzeburg und Schwarzenbek gleichzeitig erhalten; alles andere sei eine unredliche Diskussion. - Soweit kann ich dem noch zustimmen. - Dann sagen Sie aber weiter, die Nähe zu wichtigen Einsatzorten wie Krümmel oder Hamburger Hauptbahnhof in guter Erreichbarkeit aufgrund einer optimalen Infrastruktur spreche für Schwarzenbek. Was denn nun, Herr Schlie? Soll damit gleichzeitig gesagt werden, daß Ratzeburg geschlossen werden soll?

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Wehe!)

Nein, hier muß erst einmal eine abgestimmte Position der schleswig-holsteinischen CDU auf den Tisch. Dann kann man hier gern darüber reden.

(Zurufe von der F.D.P.: In der SPD ist das doch genauso!)

- Bleiben Sie ganz ruhig! - Sportlich betrachtet haben Sie alle die Anwartschaft auf die Weltmeisterschaft im Eiertanz erreicht.

(Angelika Volquartz [CDU]: Ach? Und die SPD hat wie immer eine klare Linie?)

Letzter Punkt! Noch ein Konzeptfehler in Innenminister Kanthers Programmatik, die **Bahnpolizei**. Ich sage das deshalb, weil man beim Studieren der Konzeption erst spät darauf kommt - und nach Gesprächen mit der Gewerkschaft der Polizei, insbesondere der BGS-Bahnpolizei in Schleswig-Holstein; die Kollegen sitzen hier ja auf der Tribüne. Die Bahnpolizei in Neumünster und Husum soll geschlossen werden. Herr

Innenminister, auch das halte ich für eine absolut falsche Konzeption. Auf der langen Strecke zwischen Hamburg und Flensburg nach Dänemark nur in dem Abgangsbahnhof Hamburg sowie in Flensburg eine Kontrolle durchzuführen und Neumünster zu schließen, halte ich für eine falsche Entscheidung von Kanther; auch die muß überprüft und untersucht werden, ob wir richtig davor sind.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die meisten Züge in Schleswig-Holstein über diese Linie, über die Große-Belt-Linie, und - das wird der Kollege Poppendiecker nicht gern hören - auch die Nachtzüge hauptsächlich über die Große-Belt-Strecke und nicht mehr über die Vogelfluglinie fahren werden. Und trotzdem soll in Neumünster der Bahnposten geschlossen werden? - Ich halte das für eine falsche Entscheidung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Heinold. - Ich möchte darum bitten, daß wir, auch wenn es schon spät ist, etwas ruhiger sind. Denn es ist nicht zumutbar, daß die Rednerinnen und Redner hier schreien müssen. - Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete.

(Zurufe)

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Standortpolitik ist das Wort der Debatte. Was ist denn Standortpolitik? Ich behaupte einfach einmal: Das sind die Orte, in denen die Politiker ihre Stände haben. Das nennt man dann Standing.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist aber ein Widerspruch in sich!)

Da bin ich dann bei Koppelin. Ich glaube, wir haben von ihm schon einmal gehört: F.D.P.-Bundestagsabgeordneter. Der hat seinen Standort in Bad Bramstedt. Deshalb ist Bad Bramstedt hier gar nicht in der Diskussion.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gott sei Dank!)

Hätte er seinen Standort in Bredstedt, würden wir heute wahrscheinlich über Bad Bramstedt diskutieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist aber eine Unterstellung! - Meinhard Füllner [CDU]: Sie überschätzen den Einfluß von Koppelin gewaltig! - Weitere Zurufe)

Denn Bad Bramstedt liegt mitten in Schleswig-Holstein und überhaupt nicht an der Grenze. Das muß hier deutlich gesagt werden: Die Strukturreformen, die notwendig sind, laufen leider immer unvorbereitet und relativ konzeptionslos.

(Meinhard Füllner [CDU]: Koppelin, den kennt doch keiner in Bonn! - Unruhe)

Normal wäre es, sich anzusehen, wo es Standorte gibt und was an welchen Orten alternativ gemacht werden kann, wo regional Mittel eingesetzt werden können, um unnötige Standorte auflösen zu können. Dann gäbe es ein Gesamtkonzept mit Angeboten für die Region.

Wenn wir so weitermachen wie bisher, daß **Strukturmaßnahmen** aus vernünftigen Gründen ins Gespräch kommen - das wird uns die nächsten Jahre bei der Funktionalreform extrem begleiten -, wir aber bei vernünftigen strukturellen Entscheidungen immer die **Standortdiskussion** hervorholen, weil wir alle bei jeder Entscheidung betroffen sind, kommen wir überhaupt nicht zueinander,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern werden uns gegenseitig massiv blockieren.

Deshalb meine große Bitte an die Bundesregierung, aber auch an uns alle: Wenn wir Strukturveränderungen wollen, müssen sie mit Konzepten geplant, aber auch mit Mut und Alternativen für die Region durchgeführt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat zunächst nach § 58 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Maurus.

(Unruhe)

Heinz Maurus [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst kann ich noch einmal feststellen: Das Konzept zur **Neuorganisation des Bundesgrenzschutzes** war notwendig, weil sich schlichtweg die Rahmenbedingungen, wie Frau Heinold das ausgeführt hat, verändert haben. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, die für das Konzept sprechen; einen möchte ich einmal kurz anführen. 1996 hat der Bund 26 Millionen DM für den Reise-BGS ausgegeben, weil der kasernierte BGS durch die Zeit, durch die veränderten Rahmenbedingungen bereits überholt war.

Herr Minister Wienholtz, mit Ihrer Globalablehnung haben Sie dem Land keinen Gefallen getan. In der Debatte, die um die Neuorganisation des BGS eröffnet worden ist, war es sicherlich auch nicht hilfreich, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, hier die innere Sicherheit im Lande in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gerade das hat die Kollegin der CDU-Fraktion dazu veranlaßt, auch das Thema innere Sicherheit hier mit zu belegen und deutlich zu machen, daß für die innere Sicherheit im Lande in erster Linie der Landesinnenminister zuständig ist.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sollte man denken!)

Ich bin aber nach vorn gekommen, um natürlich zu dem Konzept selbst und zu der einen Standortentscheidung Stellung zu beziehen. Bredstedt

(Zurufe: Bredstedt!)

in Nordfriesland, in einer strukturschwachen Region - - Ich habe „Bredstedt“ gesagt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es heißt aber Bredstedt! - Heiterkeit)

- Ich sehe, daß die Schwerpunkte hier heute sprachlich gesetzt werden.

(Unruhe)

In Bredstedt sind 50 Polizeivollzugsbeamte und 110 zivile Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von der

Neuordnung berührt, vor allen Dingen die Tarifarbeiternehmer in der Region bangen um ihren Arbeitsplatz; das geht rund 80 Mitarbeiter an.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie bitte, ich möchte um etwas mehr Ruhe bitten und möchte mich da nicht mehr wiederholen müssen. - Sie haben das Wort, Herr Maurus!

Heinz Maurus [CDU]:

Die heimische Wirtschaft befürchtet Umsatzeinbußen, wenn die rund 800 Lehrgangsteilnehmer nicht mehr in **Bredstedt** leben. Eine ganze **Region** hat sich geschlossen für den **BGS** eingesetzt. Der BGS selbst ist in dieser Region fest integriert. Auch ich darf Sie alle noch einmal um Unterstützung in dem vor uns liegenden Verfahren bitten.

Die Gründe, die für eine Verlegung der Schule nach Walsrode sprechen, bedürfen in der Tat der Überprüfung. Ein Schulstandort ist kein Einsatzstandort. Der Leiter der BGS-Schule hat mir das in der letzten Woche ganz klar verdeutlicht. Herr Kollege Puls, er hat deutlich gemacht, daß er seine Lehrgangsteilnehmer jederzeit zur Vermißtensuche einsetzen, aber für weitere polizeiliche Aufgaben auf keinen Fall zur Verfügung stellen könne; das sei aufgrund des Ausbildungsstandes nicht verantwortbar.

Lassen Sie uns gemeinsam noch einmal alle Argumente zusammentragen, um das Konzept zur Neuorganisation des BGS noch zu beeinflussen. Die Gespräche in der nächsten Woche sowie die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses werden uns dazu Gelegenheit geben, und sie werden auch zeigen, wer bereit ist, hier seine Schularbeiten zu machen.

Herr Minister Wienholtz, ich muß noch eine weitere Bemerkung an Sie richten. Es ist bedauerlich, daß Sie nicht berücksichtigt haben, daß in der nächsten Woche der Deutsche Bundestag tagt. Sie wissen ganz genau, daß Mitglieder der Regierungsfraktion bei diesen Tagungen nicht fehlen können. Oppositionsabgeordneten fällt das Fehlen sicherlich leichter.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung vor. Zunächst Herr Abgeordneter Schlie, anschließend Herr Abgeordneter Kubicki!

Klaus Schlie [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stehe nicht hier, um pro domo für **Schwarzenbek** zu sprechen. Das kann auch nicht Aufgabe dieses Parlaments sein. Ich will dem Hohen Hause aber noch einmal deutlich machen, daß ich hier nicht anders argumentiere, als ich es in Schwarzenbek vor 500 Bürgerinnen und Bürgern gemacht habe. Herr Minister Wienholtz, Sie gehen von einem grundlegend falschen Ansatz aus. Ich will jetzt nicht auf Bredstedt eingehen, dazu ist bereits genug gesagt worden. Ich will mich auf die beiden Einsatzverbände im Kreis Herzogtum Lauenburg beschränken.

Wir sind davon ausgegangen, daß beide Einsatzverbandstandorte nicht gehalten werden können. Es ist ein gewaltiger Erfolg für die Region, aber vor allen Dingen auch für die Sicherheit in Schleswig-Holstein, daß es auch nach der Neukonzeption einen Standort weiterhin geben wird. Das habe ich auch in der Öffentlichkeit gesagt, und darin unterscheide ich mich grundlegend von Ihnen, Herr Dr. Hinz. Sie haben den Menschen nämlich suggeriert, daß beide Standorte weiterbestehen könnten. Das ist falsch. Es kann nicht beide Standorte weiterhin geben. Es ist schon ein Erfolg, daß es weiterhin einen Standort geben wird.

(Beifall bei der CDU)

Nach einer intensiven Beschäftigung mit den Vorgängen nehme ich auch eine unterschiedliche Gewichtung der Faktoren vor, die für eine Entscheidung für Schwarzenbek beziehungsweise für eine Entscheidung für Ratzeburg sprechen. Darin unterscheide ich mich auch von meinem Kollegen Füllner. Darin liegt doch kein Problem. Das Problem liegt vielmehr darin, daß Sie den Menschen glauben machen wollen, daß beide Standorte weiterbestehen können. Das ist aber Unsinn.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem müssen Sie, Herr Minister, eine eigene **Konzeption** vorlegen. Kollege Michael von Schmude hat gesagt, daß es falsch war, keine klaren **Prioritäten** zu setzen, und daß Sie gemeint haben, es könnte alles

so bleiben, wie es ist. Das geht eben nicht, das ist eine falsche Politik. Herr Kollege Zahn, Sie können hier nicht anders reden als draußen im Lande. Ich habe es nie getan. Deswegen meine ich, daß ich auch glaubwürdig geblieben bin. Ich habe keine Probleme. Erklärungsbedarf haben jetzt diejenigen, die den Menschen gesagt haben, alles bleibt so, wie es ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort nach § 56 Abs. 4 erhält Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war zuvor keine böse Absicht, daß ich aufgesprungen bin, aber der Blick der Präsidentin ereilte mich plötzlich.

(Heiterkeit)

Ich habe jetzt gelernt, daß der Blick nichts damit zu tun hat, daß ich schnell hier nach oben komme.

In allem Ernst, Frau Kollegin Heinold und liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich habe die Bedeutung des Kollegen Koppelin noch nie unterschätzt, auch nicht seine Bedeutung in Bonn. Ich wage aber zu bezweifeln, daß ein **Bundesinnenminister** ein bestimmtes **Konzept** in einer bestimmten Weise aufstellt, nur weil bestimmte Abgeordnete an bestimmten Orten wohnen. Möglicherweise mag bei Ihnen die Landespolitik so gestaltet werden, die Bundespolitik wird so jedenfalls nicht gestaltet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich könnte jetzt zurückfragen, wo eigentlich „Manta-Manni“, Peter Harry Carstensen und die anderen Bundestagsabgeordneten waren. Sie haben doch auch Bundestagsabgeordnete. Wo waren die mit ihrer Durchsetzungskraft, um die Standorte zu erhalten?

Herr Minister, es gibt einen Kritikpunkt - mehr will ich gar nicht anbringen -, es ist die Form der **Zusammenarbeit mit den Bundestagsabgeordneten der Regierungsfraktionen**. Schon am ersten Treffen konnten die Vertreter der Regierungsfraktionen nicht teilnehmen. Sie wurden sogar entschuldigt von den Vertretern der SPD mit der Erklärung, man könne bei einer Mehrheit von fünf Stimmen im Bundestag und angesichts der Tatsache, daß einmal sehr schnell die

Kanzlermehrheit gefordert wird, nicht erwarten, daß die Abgeordneten der Regierungsfraktionen während einer Bundestagswoche vor Ort sind. Das gleiche gilt auch für die nächste Woche.

Ich unterstelle jetzt nicht, daß wir hernach auf die Straße gehen und sagen, was nicht erreicht worden ist und wer daran schuld ist. Wenn Sie die Termine besser koordinieren, könnte in dem einen oder anderen Fall mehr erreicht werden. Ich glaube auch, daß zumindest in einem Fall von beiden noch nicht alles zu Ende ist. Bei den Gesprächen, die ich mit F.D.P.-Abgeordneten in Bonn, aber auch anderswo geführt habe, habe ich gemerkt, daß zumindest in einem Fall noch mehr zu erreichen ist. Darauf sollten wir unsere gemeinsame Kraft setzen und nicht zu öffentlichen Deklamationen übergehen. Wir sollten diese Chance nutzen, und damit hätten wir für das Land gemeinsam viel erreicht, Sie als zuständiger Minister und wir als Abgeordnete.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Hinz.

Dr. Jürgen Hinz [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schlie, es ist schon eigenartig, wie Sie versuchen, Ihre Argumente aufrechtzuerhalten. Wir waren am vergangenen Samstag doch gemeinsam bei der Demonstration in **Schwarzenbek**. Sie wissen genau, daß uns der Bundesinnenminister mit der Entscheidung über die beiden Standorte Schwarzenbek und Ratzeburg in eine Zwickmühle bringt. Denn wer für Schwarzenbek plädiert, muß automatisch Ratzeburg in Frage stellen. Sie als direkt gewählter Abgeordneter in Schwarzenbek treffen dann auch noch die Aussage, für den Standort Schwarzenbek kämpfen zu wollen. Deshalb ist es schon - mit Verlaub gesagt - eine Eierei gewesen, die Sie dort geleistet haben.

(Klaus Schlie [CDU]: Das mögen Sie anders sehen!)

- Das kann schon sein. Ihre Selbsteinschätzung liegt sowieso immer daneben.

(Beifall bei der SPD)

Der Bundestagsabgeordnete von Schmude warf unserem Innenminister zwar vor, er würde sich nur für

Bredstedt einsetzen, nicht aber für Schwarzenbek. Er war aber immerhin so fair und hat gesagt, wir müßten noch einmal die Kriterien überprüfen und uns für den Standort Schwarzenbek einsetzen. Das haben Sie überhaupt nicht fertiggebracht, weil Sie vorher in Ihrer Pressemeldung schon erklärt haben, daß die Aufgabe eines Standortes zwar traurig, aber nicht zu ändern sei. Das finde ich nun überhaupt nicht stark.

(Meinhard Füllner [CDU]: Es war aber ehrlich!)

Mir werfen Sie jetzt vor, daß ich gesagt habe, man solle wenigstens die Einschätzung der Folgen dieses Konzeptes in Frage stellen. Diesen Vorwurf halte ich nicht für gut. Ich habe für Ihre Leute in Ihrem Wahlkreis geredet. Sie vertreten nur irgendein obskures Interesse, möglicherweise das Interesse des Bundesinnenministers.

(Klaus Schlie [CDU]: Das haben doch nur Sie so aufgefaßt!)

Wichtig ist, was der Landesinnenminister und Herr Kubicki hier gesagt haben. Bürgermeister Krämer aus Schwarzenbek, der gestern beim Parlamentarischen Vertreter des Bundesinnenministers war, hat mir gesagt, daß die Begründung der Aufgabe des Standortes Schwarzenbek sehr nebulös sei und auf veralteten Zahlen beruhe. Kollege von Hielmcrone und Kollege Kubicki haben ähnliches über Bredstedt gesagt, und dies gilt in gleicher Weise auch für die neuerliche Diskussion über den Standort Schwarzenbek. Am Montag wird der Landesinnenminister beim Informationstreffen vom Bürgermeister der Stadt Schwarzenbek zusätzliche Argumente für eine neuerliche Diskussion hören.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden.

Zunächst ist über den Änderungsantrag abzustimmen. Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung wie folgt durchzuführen: Über die Nummern 1 und 2 besteht Einvernehmen, so daß ich zunächst darüber abstimmen lasse. Anschließend lasse ich über die Nummern 3 bis 6 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU und dann über die Nummern 3 und 4 des Antrages der SPD abstimmen.

Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Nummer 1 aus dem Antrag der CDU und Nummer 2 aus dem Antrag der SPD!

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

So lasse ich gleich abstimmen. Ich möchte nur wissen, ob Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind. Dann lasse ich über den Antrag des SSW abstimmen.

Ich lasse nun über Nummer 1 abstimmen. Es ist zwischen den Fraktionen vereinbart worden, daß über Nummer 1 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1010, abgestimmt werden soll.

(Martin Kayenburg [CDU]: Mit zwei Änderungen! - Holger Astrup [SPD]: Mit der zarten Änderung, aus den Wörtern „ehemaligen Zonengrenze“ die Wörter „innerdeutschen Grenze“ zu machen!)

- Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Astrup.

Ich verlese die Änderung.

(Wortmeldung des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Bitte!

Martin Kayenburg [CDU]:

Es soll außerdem das Wort „zwingend“ gestrichen werden.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Deshalb sagte ich, ich verlese das noch einmal. Dann wissen alle, worüber abgestimmt wird. Ich stelle zur Abstimmung Nummer 1 aus dem soeben genannten Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der lautet:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag erkennt an, daß sich mit der deutschen Wiedervereinigung, dem Wegfall der innerdeutschen Grenze, der Öffnung der Grenzen zu den Ländern des östlichen Mitteleuropa ... geändert haben.

Die Sitzung ist geschlossen.

Aus diesen Gründen ist die Neuorganisation des Bundesgrenzschutzes notwendig.“

Schluß: 18:04 Uhr

Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann auch keiner bestreiten!)

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, über Nummer 2 des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/985 (neu), in der Fassung, in der sie dort steht, abzustimmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Nummern 3 bis 6 aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1010, en bloc abstimmen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist abgelehnt worden. Die Ablehnung erfolgte mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW.

Ich lasse jetzt über die Nummern 3 und 4 aus dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/985 (neu), abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich lasse jetzt über den Antrag des SSW, Drucksache 14/984, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist angenommen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der CDU und der Abgeordneten Aschmoneit-Lücke bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion

-

(Heinz Maurus [CDU]: Nein, nein, nein!
Die CDU hat sich enthalten!)

- Entschuldigung! -, bei Enthaltung der Fraktion der CDU und der F.D.P. bis auf Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke, die dagegengestimmt hat.

Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt und wünsche Ihnen einen schönen Abend.